

Genehmigt 19. September 2002

Protokoll Nr. 34

Sitzung von Donnerstag, 27. Juni 2002, 14.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin Annemarie Sancar-Flückiger

Anwesend:

Michael Aebersold	Natalie Imboden	Beat Schori
Raymond Anliker	Daniele Jenni	Rolf Schuler
Thomas Balmer	German Kalbermatten	Rudolph Schweizer
Christof Berger	Margareta Klein-Meyer	Sylvia Spring Hunziker
Margrith Beyeler	Peter Künzler	Ernst Stauffer
Peter Blaser	Annemarie Lehmann	Michael Straub
Markus Blatter	Liselotte Lüscher	Barbara Streit-Stettler
Jsabelle Blunschy	Markus Lüthi	Ueli Stückelberger
Christine Bosshardt	Mario Marti	Béatrice Stucki
Walter Christen	Corinne Mathieu	Margrit Stucki-Mäder
Marie-Louise Durrer	Barbara Mühlheim	Hans-Ulrich Suter
Rudolf Friedli	Christoph Müller	Katharina Suter
Verena Furrer-Lehmann	Rosmarie Okle Zimmermann	Max Suter
Hans Ulrich Gränicher	Ruth Rauch	Margrit Thomet
Rolf Häberli	Ursula Rudin-Vonwil	Catherine Weber
Ueli Haudenschild	Erich Ryter	Thomas Weil
Kurt Hirsbrunner	Doris Schneider	Andreas Zysset
Stephan Hügli		

Entschuldigt:

Hans Peter Aeberhard	Michael Jordi	Erik Mozsa
Oskar Balsiger	Esther Kälin Plézer	Philippe Müller
Peter Bernasconi	Daniel Kast	Lydia Riesen
Dieter Beyeler	Rudolf Keller	Heinz Rub
Peter Bühler	Markus Kiener	Sabine Schärner
Michael Burri	Blaise Kropf	Miriam Schwarz
Thomas Fuchs	Andreas Krummen	Peter Sigerist
Guglielmo Grossi	Anton Maillard	Kurt W. Weyermann
Urs Jaberg	Christian Michel	Beat Zobrist

Vertretung des Gemeinderats:

Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Edith Olibet
Alexander Tschäppät
Kurt Wasserfallen

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner

Ratssekretariat:

Jürg Stampfli

Stadtkanzlei:

Irène Maeder van Stuijvenberg

Traktanden

1.	Protokollgenehmigung	---
2.	Verwaltungsbericht für das Jahr 2001 (GPK/Gemeinderat)	---
3.	NSB-Jahresbericht 2001 (FIKO/GPK/Gemeinderat)	82
4.	Gemeinderechnung 2001 (FIKO/Gemeinderat)	---
5.	Bericht der Ombudsstelle an den Stadtrat 2001 (GPK)	---

Sitzungskonzept Behandlung Verwaltungsbericht

- Eintretensdebatte** als allgemeine Diskussion zum gesamten Verwaltungsbericht (Gesamtwürdigung, keine Detailfragen):
Kurze Vorstellung des Berichts der GPK zu den einzelnen Direktionen durch den GPK-Präsidenten
Fraktionserklärungen zum Gesamtbericht
Einzelvoten Stadtrat
Erste Stellungnahmen des Stadtpräsidenten und der Mitglieder des Gemeinderats
- Detailberatung** der einzelnen Direktionsberichte:
Die Detailberatung beschränkt sich auf die vorgängig (**bis spätestens 22. Mai 2002**) schriftlich eingereichten Fragen und vorliegenden Antworten. Die Antworten werden den Stadtratsmitgliedern am 13. Juni 2001 zugestellt. Die Fragestellenden können eine kurze Bemerkung zur Antwort abgeben oder vom Gemeinderat eine Zusatzfrage gleich mündlich beantworten lassen.
Reihenfolge der Direktionen:
Präsidialdirektion
Direktion für Hochbau, Stadtgrün und Energie
Direktion für Öffentliche Sicherheit
Direktion für Soziale Sicherheit
Direktion für Bildung, Umwelt und Integration
Direktion für Planung, Verkehr und Umwelt
Direktion für Finanzen, Personal und Information
- Rückkommensanträge** (inkl. Antworten des Gemeinderats)
- Schlussabstimmung**

Maximale Redezeiten:

Eintretensdebatte

GPK-Präsident	15 Minuten
Fraktionserklärungen	10 Minuten
Einzelrednerinnen und -redner	3 Minuten
Gemeinderat (gesamthaft)	20 Minuten

Die letzten 30 Sekunden der zur Verfügung stehenden Redezeit werden durch die blinkende rote Lampe am Rednerpult angezeigt.

Detailberatung

Mitglieder des Rats	kurze Zusatzfragen
Mitglieder des Gemeinderats	kurze Beantwortung der Fragen

Redezeitbeschränkung Behandlung NSB-Jahresbericht und NRM-Rechnung

FIKO-Präsidentin	15 Minuten
Fraktionserklärungen	8 Minuten
Einzelrednerinnen und -redner	3 Minuten

Mitteilungen

Die *Vorsitzende* begründet, weshalb die Traktandenlisten für den Stadtrat zum Teil mehrere Male abgeändert werden. Im Juni jeden Jahres gibt es viele Geschäfte, die möglichst noch vor den Sommerferien traktandiert werden sollten. In diesem Jahr hat es einige Geschäfte, die aufgrund der Totalrevision GO anstehen und extrem viele Abstimmungsgeschäfte. Jede verantwortliche Direktion möchte ihr Abstimmungsgeschäft zuerst behandelt wissen, weil es ihr als wichtigstes erscheint: Baukredit und Überbauungsordnung Schwellenmätteli, Leistungsvertrag Kornhausbibliotheken, Ausgliederung Stadtbauten, Kredit für Olympia, Reglement über die politischen Rechte, Masterplan Bahnhof Bern: Fussgängerstreifen, Weissenstein: Verlegung eines Teils der Familiengärten, Planung Rehhag usw. Dazu kommen noch Vorstösse. Die vielen Geschäfte können zu einem Stau führen. Die Eintretensdebatte StaBe wurde von der Traktandenliste vom 4. Juli abgesetzt, da das Ratsbüro davon ausgeht, dass dieses Geschäft im Rat in 2 Lesungen beraten wird und wir es besser finden, die Eintretensdebatte mit der 1. Lesung nach den Sommerferien durchzuführen, damit nur 2 Stadtratssitzungen für StaBe beansprucht werden müssen. Eine Redezeitbeschränkung ist eigentlich reglementswidrig. Die Vorsitzende bittet aber die Ratsmitglieder, über unbestrittene Geschäfte nicht lange zu diskutieren und nicht mehrmals das Gleiche zu sagen. Die Ratspräsidentin hat in der Fraktionspräsidienkonferenz gewarnt, dass das 3. Quartal 2002 schwierig sein werde, da sehr viele Geschäfte anstehen. Die Ratsmitglieder sollten sich deshalb nicht wundern, wenn weiterhin Traktandenverschiebungen vorgenommen werden müssen. Sie bittet den Rat um Verständnis.

Raymond Anliker (SP) stellt im Namen der Fraktion SP/JUSO aufgrund der Geschäftslast den Antrag, die Stadtratssitzung vom 15. August 2002 um 15 Uhr zu beginnen.

Rudolf Schweizer (SVP) unterstützt den Antrag des Vorredners und beantragt seinerseits, die Eintretensdebatte zu den StaBe für den 4. Juli wieder zu traktandieren. Die GPK hat für sich dasselbe Vorgehen gewählt: Eintretensdebatte, 1. Lesung und 2. Lesung (3 Sitzungen) und als sehr gut befunden. Dieses Geschäft ist sehr wichtig, denn eine Ablehnung hätte Einfluss auf das Budget 2003 und den Mehrjahresplan des Gemeinderats. Es sollte den Ratsmitgliedern und Fraktionen ermöglicht werden, über dieses Geschäft während der Sommerferien untereinander zu diskutieren.

Barbara Mühlheim (SP) unterstützt den Antrag von Rudolf Schweizer. Auch sie findet der Rat sollte in der Sommerpause versuchen können, konsensfähige Lösungen zu finden. Die Eintretensdebatte sollte deshalb vor den Sommerferien stattfinden.

Thomas Balmer (FDP) lehnt den Antrag von Raymond Anliker ab, denn am 15. August finde vor der Stadtratssitzung eine PVK-Sitzung statt, die ordentlich durchgeführt werden können sollte. Wenn die Ratsmitglieder sich an Erich Kästner orientieren, der sagte: „Wer etwas zu sagen hat, hat keine Eile, er lässt sich Zeit, und sagt's mit einer Zeile“ würde die Zeit immer ausreichen.

Beschlüsse

1. Der Antrag Rudolf Schweizer wird mit 32 : 9 Stimmen gutgeheissen, d.h. die Eintretensdebatte zu StaBe wird erneut für die Stadtratssitzung vom 4. Juli 2002 traktandiert.
2. Der Antrag Raymond Anliker wird mit 23 : 20 Stimmen abgelehnt, d.h. die Sitzung vom 15. August beginnt wie üblich um 17.00 Uhr.

Ordentliche Traktanden

1 Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nrn. 17 und 18 vom 4. April 2002 werden mit bestem Dank an die Verfasserin und den Verfasser genehmigt.

2 Verwaltungsbericht für das Jahr 2002

Für die GPK verweist deren Präsident *Rudolph Schweizer* (SVP) auf den schriftlich abgegebenen Bericht der GPK vom 11. Juni 2002 und schildert die Delegationsarbeit:

Präsidialdirektion PRD: Die Delegation zu dieser Direktion befasste sich mit der Wirtschaftsförderung und mit den Steuervergünstigungen. Die Federführung für Steuererleichterungen liegt bei der kantonalen Steuerverwaltung, bzw. bei der Finanzdirektion. Die Gemeinden werden zum Mitbericht eingeladen und in der Stadt Bern entscheidet der Gemeinderat über die Antwort zuhanden des Kantons. Den Entscheid fällt letztlich der Regierungsrat. Die PRD wurde auf die unterschiedlichen Gebührentarife in Zusammenhang mit Veranstaltungen aufmerksam gemacht. Es wurde eine einheitliche Anwendung verlangt. Kritisiert wurde, dass es in der Stadt Bern drei Informationsdienste gibt. Eine Zusammenlegung wurde angeregt.

Auf der *Direktion für Öffentliche Sicherheit* DSI liess sich die GPK-Delegation über verschiedene Themen im Zusammenhang mit der Polizeiarbeit informieren und besuchte den Polizeistützpunkt West, der hauptsächlich aus einem Grossraumbüro besteht. Der neue Polizeistützpunkt West sollte so rasch wie möglich realisiert werden. Ein Dauerthema ist nach wie vor die schwierige Personalrekrutierung bei der Polizei, bzw. die hohe Fluktuationsrate. Über die Hintergründe gibt es – wie im GPK-Bericht beschrieben – unterschiedliche Einschätzungen. Weiter haben sich FIKO und GPK detailliert über mögliche Konsequenzen bei grösseren Budgeteinsparungen bei der Berufsfeuerwehr informieren lassen.

Direktion für Soziale Sicherheit DSO: Die Delegation hat sich mit den Themen Spitex, Vormundchaftswesen, Standplatz für Fahrende, Drogen-Anlaufstelle Hodlerstrasse und Beschäftigungsprojekte für Arbeitslose auseinandergesetzt.

Direktion für Bildung, Umwelt und Integration BUI: Die Delegation hat sich folgenden Themen gewidmet: Schulzahnklinik, Sportamt, Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle, NSB-Pilot Gesundheitsdienst.

Direktion Hochbau, Stadtgrün und Energie HSE: Die Delegation hat sich informieren lassen über die Ausgliederung von EWB und GWB, die Zentralisierung der Gebäudebewirtschaftung und die Projektierung für die Auslagerung der Liegenschaften aus dem Verwaltungsvermögen in die StaBE. Die Besucherzahlen im Tierpark sind leider etwas zurückgegangen. Rudolph Schweizer ruft die Ratsmitglieder zu vermehrten Besuchen des Tierparks auf.

Direktion für Finanzen, Personal und Informatik FPI: Die Delegation hat sich schwerpunktmässig und vertieft mit der Liegenschaftsverwaltung beschäftigt. Es konnte festgestellt werden, dass die LV immer besser funktioniert. Es wird gegenüber früher im operativen wie im strategischen Bereich besser gearbeitet.

Direktion für Planung, Verkehr und Tiefbau (PVT). Die Delegation hat die Werkanlagen an der Schwarztorstrasse besichtigt. Als erfreulich kann zur Kenntnis genommen werden, dass das Tiefbauamt mit dem „Prix du Service Public 2001“ ausgezeichnet worden ist.

Abschliessend dankt der GPK-Präsident dem Stadtpräsidenten, den Direktorinnen und Direktoren sowie sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die im Jahr 2001 geleistete Arbeit.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion CVP/ARP spricht *German Kalbermatten* (CVP). Wir haben den Verwaltungsbericht 2001 mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen. Es ist das erste Erfahrungsjahr mit den neu zusammengestellten Direktionen. Veränderungen zu erkennen, ist erst in den nächsten Verwaltungsberichten möglich. Wir hoffen auf positive Feststellungen. Trotz einer gewissen Entlastung des Gemeinderates von operativen Tätigkeiten ist nach wie vor eine Fülle strategischer Geschäfte vorhanden und sind Entscheide zu fällen. Die Behauptung, eine Verkleinerung der Exekutive ergäbe mehr Freiräume, steht in krassem Gegensatz dazu.

Dem Verwaltungsbericht zur *Präsidialdirektion* sind u.a. rege Kontakte zum Kanton und zur Eidgenossenschaft zu entnehmen. Unsere Fraktion begrüsst diese Kontakte und Gespräche und erwartet, dass damit endlich das Anliegen für eine gerechtere Abgeltung für Leistungen für Kultur, Sicherheit und Verkehr, die wir als Kernstadt erbringen, erfüllt wird. Unsere Leistungen werden sehr gerne benutzt, sie sollten auch abgegolten werden. - In der Einleitung der *Direktion für Öffentliche Sicherheit* wird der grosse Philosoph Arthur Schopenhauer zitiert. Wir hoffen, dass sich die DSI nicht in den Kreis der Pessimisten einreicht, denn Schopenhauer ist häufig als Pessimist bezeichnet worden. Wir wünschen uns eine real-optimistische Sicherheitsdirektion. Sicherheit ist ein Teil der Lebensqualität und hat auch ihren Preis. Für uns ist klar, dass wir die für die tägliche Sicherheit notwendigen Mittel bereitstellen müssen. - Zur *Direktion für Öffentliche Sicherheit*: Die Qualität eines Gemeinwesens wird auch daran gemessen, wie es mit den Schwächeren unserer Gesellschaft umgeht. Hier gilt es zu differenzieren. Die jeweilige Hilfe darf nach Art und Umfang abgewogen werden. Eine Unterstützung nach dem Giesskannenprinzip lehnen wir ab. Die Hilfe zur Selbsthilfe hat für uns Priorität - in Anlehnung an das Sprichwort: „Gib einem Menschen einen Fisch, dann hat er für einen Tag zu essen. Lerne ihn fischen, dann hat er sein Leben lang zu essen.“ - Die *Direktion für Bildung, Umwelt und Integration* ist eine der Direktionen, die starken Veränderungen unterworfen worden ist. Die neue Zusammensetzung und die Führung durch eine neue Direktorin waren für alle Beteiligten eine besondere Herausforderung. Wir wünschen uns von dieser Direktion eine politische Stossrichtung in Bezug auf eine solide und moderne Volksschule. Es darf nicht sein, dass Jugendliche mit nur einer Volksschulbildung zu Menschen zweiter Klasse degradiert werden. Der heutige Berufsalltag benötigt auf dieser Stufe gut ausgebildete Schulabgängerinnen und -abgänger. Unseres Erachtens kann hier noch mehr Potential genutzt werden. - Im Verwaltungsbericht der *Direktion für Planung, Verkehr und Tiefbau* ist das breitbandige Aufgabenspektrum ersichtlich. Wir verlangen zukunftsgerichtete Planungen, Projekte, die Erfolg versprechen. Für teure Planungsexperimente auf einen ideologischen Hintergrund ausgerichtet hat unsere Stadt kein Geld und unsere Fraktion kein Verständnis. Mit der *Direktion Hochbau, Stadtgrün und Energie* ist eine Direktion geschaffen worden, die spürbare Beiträge zu strukturellen Verbesserungen in der Stadtverwaltung leisten kann. Mit der Ausgliederung von EWB und GWB ist ein erster Schritt erfolgt. Für uns ist ein weiterer Schritt, die Gründung der Stadtbauten, jedoch ebenso wichtig. Nur wenn sich unser Gemeinwesen wieder auf seine Kernkompetenzen besinnt, kann es die Aufgaben mit der nötigen Gründlichkeit wahrnehmen. Zu einer lebenswerten Stadt gehören auch saubere Parkanlagen, Grünflächen, Spielplätze, Blumen und Bäume, Plätze als Oasen und grün aufgelockerte Strassenzüge. German Kalbermatten gratuliert der Stadtgärtnerei im Namen der Fraktion CVP/ARP herzlich zum Jubiläum 125 Stadtgärtnerei. Mit dem Gesamtplan des Tierparks ist die Entwicklung wird die nächsten 15 Jahre vorgezeichnet. Wir erwarten eine kontinuierliche Umsetzung der Planung und eine Bewilligung der nötigen Mittel. Mit speziellem Interesse verfolgen wir das Projekt der neuen Seehundanlage und das Projekt Bärenpark. - In der aktuellen Situation der knappen Finanzen fällt der *Direktion für Finanzen, Personal und Informatik* als Schlüsseldirektion eine spezielle Bedeutung zu. Wunder dürfen nicht erwartet werden. Die Stadt Bern steht in vielfältiger Konkurrenz: finanzpolitisch zur Agglomera-

tion und zur Region, arbeitspolitisch zu Kanton, Bund und Privatwirtschaft. Wir müssen aus diesem verhängnisvollen Kostenspielrahmen herausfinden.

Abschliessend dankt German Kalbermatten im Namen der Fraktion CVP/ARP allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für die grosse geleistete Arbeit und ihr Engagement. Herzlichen Dank auch der GPK, denn wir sind uns bewusst, dass diese Kommission viel Zeit investiert und mit ihrer Delegationsarbeit unverzichtbare Arbeit leistet. Der Bericht der GPK ist sehr hilfreich. Wir wünschen eine gute Fortsetzung im laufenden Jahr und in der Zukunft.

Für die Fraktion SP/JUSO spricht *Raymond Anliker* (SP) zum Verwaltungsbericht und zum NSB-Jahresbericht. Die Verwaltungsberichterstattung ist Ausdruck von Kontinuität in der Stadtverwaltung und im Angebot des Service Public. Begonnenes wird weiter- oder zu Ende geführt, Routinearbeiten werden fachkundig erledigt. Das Personal leistet kontinuierlich gute Arbeit für die Stadt. Dafür danken wir ihm. Die Berichterstattung ist auch Ausdruck des Wandels. Neue gesellschaftliche Herausforderungen bedingen auch ein Umdenken in der Verwaltungsarbeit. Nach der eher sanften Regierungsreform sind Verwaltungsteile neu zugeteilt worden und die neuen Rechnungsmodelle und NSB-kompatible Verwaltungsarbeit hinterlassen Spuren in der Berichterstattung. Die Berichterstattung ist jedoch auch Ausdruck einer Gratwanderung, auf der sich die Stadt und die Stadtverwaltung angesichts der finanziell schwierigen Situation im Moment befinden. Mit zum Teil dramatisch verminderten Ressourcen müssen Angebote aufrecht erhalten werden. Überall drückt der Sparschuh und immer wieder stösst man im Verwaltungsbericht auf Aussagen, wie schwierig die Arbeit zunehmend werde, wenn mehr geleistet, jedoch weniger Ressourcen zur Verfügung stehen. Auf Dauer kann dieser Druck dem Personal der Stadt Bern nicht zugemutet werden. Wir können ihn jedoch auch dem Service Public nicht zumuten, auf den wir alle ein Anrecht haben. Gerade die Diskussionen der bürgerlichen Sparvorschläge zeigte, dass die Angestellten Arbeiten leisten, die nicht so einfach ausgelagert oder privatisiert werden können. Vielfach ist diese Arbeit pauschal diskreditiert worden. Dieser unfaire Druck muss jetzt ein Ende haben. Er belastet die Verwaltungsangestellten zusätzlich zum Spardruck.

Die GPK hat die Arbeit der Verwaltung im Auftrag des Stadtrats kontrolliert. Ihr Bericht zeigt einmal mehr, dass die Kontrollarbeit der Legislative nur eine punktuelle sein kann. Die zeitlichen Ressourcen sind für ein Milizparlament schnell erschöpft, und es braucht die speziellen Fachkenntnisse und Interessen einzelner GPK-Mitglieder, damit diese punktuelle Arbeit zu Resultaten führt. Die bei den Direktionsbesuchen gesetzten Schwerpunktthemen nehmen grösstenteils zentrale Anliegen auf, z.B. die Frage nach einem angemessenen Verteilschlüssel für das kulturelle Angebot der Stadt Bern, die Frage nach den Doppelspurigkeiten in der Verwaltungsarbeit, die Situation im Polizeinspektorat oder die Feststellung, dass sich nicht alle Direktionen in gleicher Weise an die Sparvorgaben halten. Bei genauem Hinsehen kann auch festgestellt werden, dass eine Direktion viel und gute Arbeit leistet, wie dies Delegationsleiter Heinz Rub in seinem Bericht zur BUI formuliert hat. Erstaunlich sind die vielen zum Verwaltungsbericht gestellten Fragen. Sind sie Ausdruck einer unvollständigen Berichterstattung? Liegt der Grund darin, dass mit den Fragen zum Verwaltungsbericht immer auch unsere politischen Töpfe am Kochen gehalten werden? Zeigen sie die Grenzen der traditionellen Berichterstattung auf? Mit den Jahresberichten zu den NSB-Piloten nähern wir uns einem konkreteren Idealzustand, nämlich einer Berichterstattung darüber, welche der gesetzten Ziele mit welchem Aufwand erreicht worden sind oder nicht und welche politischen Konsequenzen sich daraus ergeben sollten.

Die Reformkommission unter der Leitung von Liselotte Lüscher arbeitet im Moment mit Voll-dampf an der Umsetzung von NSB. Etliche Ratsmitglieder lassen sich in Workshops in die Systematik von NSB einführen und lernen u.a. wie ein Globalbudget oder der Jahresbericht gelesen werden müssen. Die Form der Berichterstattung ist einheitlich. Die Aussagen sind

klar. Die Abschlüsse der Abteilungen sind in der Regel gut und zeigen, dass im Rahmen der Globalbudgetierung auch Einsparungen möglich sind. Es ist erfreulich, wenn die Qualität der Produkte gehalten und Indikatoren und Kennzahlen eingehalten werden können. Die positiven Abschlüsse erlaubten auch, Boni auszuzahlen. Es konnte auch befriedigt festgestellt werden, dass kreative und sinnvolle Ideen ausgeführt wurden, um diese Boni einzusetzen. Mit Kopfschütteln und Befremden mussten wir jedoch zur Kenntnis nehmen, dass in der FIKO ein Antrag auf Auszahlung eines Bonus trotz negativem Abschluss gestellt worden ist. Dies ist systemfremd. Es zeigt sich auch bei den NSB-Piloten, dass das Limit für weitere Sparmassnahmen im Personalbereich erreicht oder sogar bereits überschritten worden ist. – Weshalb lässt man sich Feuerwehrleistungen immer noch so zögerlich abgelten? Wir teilen die Auffassung nicht, dass die Bevölkerung erwarte, dass die Stadt z.B. das sehr teure Wegstellen von Fahrzeugen mitfinanziere. Welches waren die konkreten Auswirkungen der tageweisen Schliessung der Kitas? Wurde aus dieser Sparmassnahme eine Mehrausgabe? Mit welchen weiteren Massnahmen könnte der schwierigen Personalsituation in der Kinderbetreuung begegnet werden? Gibt es kreativere Ansätze? Noch vor einer Woche wurde im Rat gefordert, die Informatikdienstleistungen sollten von Dritten erbracht werden. Dieser Jahresbericht zeigt, dass die Informatikdienste der Stadt Bern im schweizerischen Bench-Marking-Vergleich sehr gut abschneiden und kostengünstige Dienstleistungen in hoher Qualität anbieten. Zudem funktioniert das Informatik-Controlling gut. Es wäre verantwortungslos, diesen Bereich outsource zu lassen, und es ist blauäugig, zu meinen, private Anbieter könnten die ganze Komplexität einer Informatikversorgung einer städtischen Verwaltung mit der gleichen Qualität problemlos erfassen.

Auch wir sind nicht mit allen Entscheidungen oder Dienstleistungen ganz einverstanden und stellen kritische Fragen. Grundsätzlich wird in der Regel jedoch gute Arbeit geleistet. Dafür danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Der Dank unserer Fraktion geht auch an die GPK-Mitglieder, die diese Arbeit wie jedes Jahr mit grossem persönlichem Engagement kontrolliert hat.

Ueli Stückelberger (GFL) dankt der Verwaltung im Namen der Fraktion GFL/EVP für die geleistete Arbeit im letzten Jahr und die Auskunftsbereitschaft gegenüber den Ratsmitgliedern. Der Verwaltungsbericht ist umfassend und zeigt, dass sehr gute Arbeit geleistet worden ist. Unsere Fraktion ist sich bewusst, dass es für Ratsmitglieder, die nicht in der GPK Mitglied sind, schwierig ist, die effektive Arbeit würdigen zu können. Dies ist jedoch die eigentliche Aufgabe der Legislative. Wie letztes Jahr suchten wir nach dem Nutzen des Verwaltungsberichts in dieser Form für das Plenum. Eine echte Beurteilung der Verwaltung und der Arbeit ist gestützt auf den Bericht nicht möglich, denn konkrete und überprüfbare Zielsetzungen fehlen. Es ist schwierig, die inhaltliche Arbeit der Verwaltung zu würdigen, denn ein Direktvergleich mit anderen Jahren oder zwischen den Direktionen ist nicht möglich. Wichtig ist vor allem die Arbeit der Geschäftsprüfungskommission, deren Mitglieder Ueli Stückelberger herzlich für ihr Engagement dankt. Die GPK hat viele Verwaltungsbesuche absolviert und einen Bericht verfassen müssen. Dieser Bericht ist für uns massgebend. Es geht daraus jedoch noch zuwenig hervor, wo die GPK Handlungsbedarf ortete und welche Direktionen enger begleitet werden sollten. Vor drei Jahren schlug unsere Fraktion zum Jahresbericht drei Sachen vor. Der Verwaltungsbericht sollte nur noch in der GPK diskutiert, Fragen der GPK gestellt und die GPK zuhanden des Parlaments einen Bericht verfassen. Ein Bericht der GPK liegt heute vor, der zeigt, dass diese Kommission eine umfassende Würdigung vorgenommen hat. Ferner verlangten wir, dass die schriftlich gestellten Fragen auch schriftlich beantwortet werden. Auch diese Forderung wurde erfüllt, was viel Zeit spart. Wir verlangten zudem, dass in Zukunft mit NSB dafür gesorgt wird, dass aussagekräftigere Berichte und eine Stellungnahme zu den Indikatoren und zu den Zielsetzungen unterbreitet werde. Unsere Zielvorstellung ist immer noch die, dass

der Jahresbericht klar zum Stand und der Umsetzung der Legislaturrichtlinien und zu den Zielen, die damit gesetzt wurden, Stellung nimmt. Bezüglich NSB stellen wir fest, dass der richtige Weg eingeschlagen worden ist, die Umsetzung jedoch wesentlich langsamer voran geht, als wir uns dies vorgestellt haben, da die Probleme in den Detailpunkten liegen. Wir sind überzeugt, dass wir die Chance von NSB packen müssen. NSB soll aber nur dort umgesetzt werden, wo dies sinnvoll ist. Es soll dem Rat eine konkrete Würdigung anhand der Indikatoren und der Produkte möglich sein. Wir beantragen dem Rat, den Verwaltungsbericht 2001 zu genehmigen.

Im Rahmen der Diskussion zum Verwaltungsbericht 1999 haben wir dem Gemeinderat einen grünen Pflasterstein als Dank für seine Leistungen im öffentlichen Raum geschenkt. Der Gemeinderat hat letztes Jahr eine schmerzliche Niederlage erlitten. Er hat sich sehr stark für ein Glasdach über dem Bahnhofplatz eingesetzt. Der Stadtrat hat ein Glasdach jedoch abgelehnt und einen mehrheitsfähigen Projektierungskredit verabschiedet, der vom Volk unterstützt worden ist. Als Trost und Erinnerung an dieses Glasdach überreicht Ueli Stückelberger Vizestadtpäsidentin Ursula Begert einen grünen Knirps als Symbol und Dank nach dem abgeänderten Motto: Lieber ein grüner Knirps in der Hand als ein grosses Glasdach am Himmel.

Für die Fraktion GB/JA!/GPB spricht *Natalie Imboden* (GB). Welche Art von Politik macht die Stadt Bern und für wen? Diese Frage stellte sich Natalie Imboden bei der Lektüre dieses Verwaltungsberichts. Unsere Fraktion hält den Verwaltungsbericht immer noch für ein wichtiges Instrument. Wir haben ihn aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Einerseits aus der Optik der Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt, die meistens auch Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind. Sie wollen wissen, welche Dienstleistungen erbracht werden, welchen Service public die Stadt bietet. Andererseits aus der Optik der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, welche diese Dienstleistungen unter der Führung der Exekutive erbringen. Zudem aus der Perspektive des Parlaments, das während des Jahres streitet und beschliesst, welche Art von Politik gemacht werden soll, wo die politischen Schwerpunkte liegen und das mit dem Verwaltungsbericht Rechenschaft über die Umsetzung erhält. - Aus der Perspektive der Bewohnerinnen und Bewohner zeigt der Verwaltungsbericht in einigen Punkten, wo die Stadt Schwerpunkte gesetzt hat. Z.B. die Koordinationsstelle für Integration, die Fragen der Integration und der Zusammenarbeit von Migrantinnen/Migranten und Schweizerinnen/Schweizer thematisiert und angeht. Auch die Velofachstelle hat ihre Arbeit im Jahr 2001 aufgenommen. Sie schiebt die Rückerobung der Stadt durch den Langsamverkehr an. Ein sehr wichtiger Schwerpunkt ist die Wohnpolitik, deren Früchte der Arbeit leider noch zu wenig sichtbar sind. Die Zahl der Abwandernden ist immer noch zu hoch. Studien zeigen, dass Leute aus der Stadt Bern wegziehen, weil es zuwenig Grün gebe, die Wohnungen zu klein und das Wohnumfeld zu wenig attraktiv sei. Die Stadt Bern wird der Nachfrage zu wenig gerecht. Eine massive Unterversorgung besteht weiterhin bei den familienergänzenden Angeboten. Neben Tagesschulen und Kindertagesstätten gibt es auch Horte und Mittagstische. Auch zeigt der Verwaltungsbericht Lücken auf und einzelne Geschäfte gehen unter. Die Themen Wohnen, Kinderbetreuung und Langsamverkehr beschäftigen einen grossen Teil der städtischen Bevölkerung. Es gibt jedoch auch Aktivitäten der Stadt Bern, die einen kleineren Teil der Bevölkerung betreffen. Es muss uns aufrütteln, wenn im Verwaltungsbericht steht, dass ein Drittel der Fürsorgeabhängigen Kinder und Jugendliche unter 17 Jahre sind und dass alleinerziehende Frauen ein hohes Armutsrisiko haben. Ein sehr düsteres Kapitel der Stadtpolitik sind für unsere Fraktion die 978 verfügbaren Wegweisungen (2,6 pro Tag) nicht angenehmer Personen und sog. Minderheiten, die nicht auf Hochglanzbroschüren des Stadtmarketing passen. Diese repressive und ausgrenzende Polizeipolitik ist für unsere Fraktion inakzeptabel und mit einer offenen Stadt Bern nicht vereinbar. Der Gemeinderat trägt hierfür Verantwortung und ist zu einer Kurskorrektur aufgerufen. - Aus der Perspektive der 4470 Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter der Stadt Bern stellen wir in verschiedenen Direktionen einen zunehmenden Druck durch Arbeitsbelastung und Arbeitsverdichtung fest. Die Belastung des Personals hat die Grenzen überschritten. Die Anzahl Überstunden von 2 762 391 ist absolut zu hoch. Nur motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können gute, qualitativ hohe Dienstleistungen erbringen. Allen städtischen Angestellten, die unter sehr schwierigen Bedingungen tagtäglich für den Erhalt des Service public arbeiten, möchten wir an dieser Stelle ganz herzlich danken. - Aus der Binnensicht des Parlaments möchten wir zwei Dinge gewichten. Einerseits hat das Ratssekretariat seine Arbeit im Berichtsjahr aufgenommen, um das Parlament zu stärken. In eine entgegengesetzte Richtung – in Richtung Entpolitisierung – geht unseres Erachtens der Entscheid für die flächendeckende Einführung von NSB. Unter dem Etikett der Effizienzsteigerung werden im Moment mit sehr grossem Aufwand für die Verwaltung akribisch Produktgruppenbudgets erarbeitet – auch wo es wegen hoheitlicher Aufgaben gar keinen Spielraum gibt. Die operative und strategische Ebene lassen sich auf einer politischen Ebene – wie uns dies NSB-Prediger und -Predigerinnen vorbeten – aber nicht trennen. Dies zeigt z.B. der Fussgängerstreifen am Bahnhof.

Natalie Imboden hat bis jetzt bewusst darauf verzichtet, den engen finanziellen Spielraum der Stadt zu erwähnen. Er ist uns allen bewusst. Wir haben diese Finanzschere häufig im Kopf. Dennoch oder gerade trotzdem müssen wir den noch vorhandenen politischen Spielraum optimal ausnützen. Dass die Stadt Bern eine repressive Polizeipolitik macht, ist nicht eine Frage der engen Finanzen, sondern des politischen Willens, oder des fehlenden politischen Willens. Unsere Fraktion ist klar der Meinung, hier müsse eine andere Politik möglich sein. Unverständlich und unserer Ansicht nach falsche Prioritäten setzt der Gemeinderat, indem er sich für die unrealistische Olympiakandidatur einsetzt und wofür der Stadtpräsident während mehreren Monaten einen halben Arbeitstag pro Woche investiert. Wir verlangen eine städtische Politik, die Prioritäten zugunsten einer Verbesserung der Lebensqualität der Stadtbewohnerinnen und -bewohner setzt. Anstatt prestigeträchtige olympische Luftschlösser zu planen, die sich als Seifenblase entpuppen werden, braucht diese Stadt z.B. mehr Turnhallen und Sportplätze und eine Strategie, wie Massnahmen zur Steigerung der Lebensqualität und Gesundheitsförderung umgesetzt werden können. Politische Steuerung ist nicht von NSB abhängig, sondern wir sollten unseren politischen Spielraum nutzen und zugunsten der Bevölkerung gestalten. Wir nehmen den Verwaltungsbericht 2001 in diesem Sinne zur Kenntnis.

Für die Fraktion SVP/JSVP spricht *Erich Ryter* (SVP). Das Jahr 2001 war für unsere Stadt politisch ein Jahr der Neuorganisation. Die Regierungsreform stellte die Mitarbeitenden der Verwaltung vor besondere Aufgaben. Für die geleistete Arbeit danken wir den Angestellten der Verwaltung bestens. Es kann festgestellt werden, dass die Neuorganisation ohne grössere Pannen verlaufen ist. Ebenfalls zu erwähnen ist die flächendeckende Einführung von NSB, der wir nicht zugestimmt haben. Wir helfen jedoch, diesen demokratisch gefällten Entscheid mitzutragen, denn wir hoffen immer noch, dass unter dem Strich ein Spareffekt resultiert.

Präsidialdirektion: Man erfährt von der Kehrtwende betreffend Regierungsreform, wonach neu plötzlich 5 Gemeinderatsmitglieder genügen sollten. Man staunt. Nachdem das Projekt Klee-Museum erfreulich vorankommt, ist auch Bewegung in das Projekt Masterplan gekommen. Ein Schwergewicht wird der Olympiakandidatur Bern-Montreux 2010 eingeräumt. Man besinnt sich auf das Image der Bundesstadt. Jetzt fehlt nur noch der Bär im Wappen. Der Bericht der Präsidialdirektion zeigt, dass der Sparwille vorhanden ist, jedoch noch zuwenig konkret umgesetzt wird. Wenn einerseits geklagt wird, dass Baugesuche für grössere Wohn- oder Neubauten selten seien, andererseits jedoch festgestellt werden kann, wie zögerlich Ausnahmegesuche bewilligt werden, besteht dort Handlungsbedarf. Der Bericht enthält viele gute Absichten und schöne Worte. Es wird sich zeigen, ob diese auch in Taten umgesetzt werden. - *Direktion für Öffentliche Sicherheit:* Ohnmächtig haben wir im Jahr 2001 zur Kenntnis nehmen

müssen, dass es die absolute Sicherheit nicht gibt, was uns die Ereignisse vom 11. September in den USA und 2 Wochen später das Attentat in Zug mit brutaler Härte gezeigt haben. Die Stadtpolizei Bern hat ihre Aufgaben gut gemeistert. Wir sind froh zu wissen, dass wir ein motiviertes, gut ausgebildetes und gut ausgerüstetes Polizeikorps haben. Sorgen machen uns die vielen Überstunden, welche die Korpsangehörigen leisten müssen, um ihre wichtigen Aufgaben erfüllen zu können. Ein ganz besonderer Dank gilt der Sanitätspolizei. Die Arbeit, die von ihr geleistet wird, ist sensationell. Wer schon einmal ihren Dienst in Anspruch nehmen musste, wird dies vorbehaltlos bestätigen. Die Feuerwehr hat mit der Sparovorgabe von einer Million eine grosse Bürde zu bewältigen. Laut Aussagen der Direktion wird es aus Gründen der Sicherheit kaum möglich sein, diese Million aufzufangen. Es ist für uns klar, dass die Sicherheit nicht aufs Spiel gesetzt werden darf, wir können uns jedoch vorstellen, dass der Ausbau von Dienstleistungen im Regionalverbund zu Mehreinnahmen führen könnte. - *Direktion für Soziale Sicherheit*: Mit Elan hat diese Direktion das Jahr 2001 in Angriff genommen und dieser Elan hat das ganze Jahr hindurch angehalten. Reorganisationsmassnahmen im Zusammenhang mit der Regierungsreform (Wechsel von Ämtern) hat die Direktion mit viel Akzeptanz mitgetragen und dabei auch festgestellt, dass solche Massnahmen auch sehr sinnvoll sein können, wie dies die Übernahme des Bereichs „Weiterbildung und Beschäftigung“ zeigte. Die Sanierung der Stadtfinanzen – ein wichtiges Legislaturziel - bereitet der DSO einige Sorgen und treibt sie immer mehr in die Enge. Sie hat jedoch die Sparvorgaben ausnahmslos erfüllt, ohne dabei einen Leistungsabbau vorzunehmen. Diese Tatsache darf hier lobend erwähnt werden. In vielen Bereichen der DSO ist die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden sehr hoch und nimmt ständig noch zu. Mit Genugtuung nehmen wir zur Kenntnis, dass nicht einfach nur zusätzliche Stellen geschaffen werden. Vielmehr wird durch gezielte Reorganisation die Arbeitsbelastung gesenkt und die Fachpersonen befähigt, mit Belastungssituationen adäquat und wirkungsvoll umzugehen. Leider prägt das Thema „Gewalt und Bedrohungen“ auch die DSO. Auch hier stellen wir fest, dass die Verantwortlichen der Direktion auf diese Situation reagierten und klare Strategien zur Lösung oder mindestens Verminderung des Problems ausgearbeitet haben. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Situation in der Stadt Bern bezüglich Drogenproblematik stabil auf einem relativ guten Niveau gehalten werden konnte – obschon ein gutes Niveau für uns eigentlich Null bedeutet. Wir danken der Vorsteherin und den Mitarbeitenden der DSO für ihre wertvolle Arbeit zu Gunsten der Stadt Bern und wünschen ihnen den notwendigen Elan für das kommende Jahr. - *Direktion Bildung, Umwelt und Integration*: Mit der Zentralisierung der Gebäudebewirtschaftung wechseln die zentralen Dienste Bau und das betroffene Personal zur Direktion HSE. Von der DSO werden die Abteilungen Amt für Umweltschutz, Heilpädagogische Sonderschule und Spitalverband zur BUI transferiert, von der DSI die Badebetriebe. Die Sportbetriebe AG und die Hallenbad AG werden ins Sportamt überführt. Unter der Leitung des Generalsekretariats wird die flächendeckende Einführung von NSB vorbereitet, was einige Probleme verursacht. Der Leistungsvertrag mit der Stiftung Kornhausbibliothek läuft Ende 2002 aus. Aus Spargründen hat der Kanton 55 Lektionen Spezialunterricht abgebaut. Nach dem abgelehnten Gesuch an die Erziehungsdirektion, diese Massnahme rückgängig zu machen, reichte die BUI Beschwerde beim Regierungsrat ein. Das Pilotprojekt Integrierte Schulsozialarbeit im Schulkreis Brunnmatt wirkt sich positiv aus. Andere Schulkreise meldeten ebenfalls Interesse an. Mit dem Sportamt ist die BUI eine sehr grosse Direktion geworden. - *Direktion Hochbau, Stadtgrün und Energie*: Der Souverän beschloss am 23. September die Ausgliederung der Städtischen Werke EWB und GWB. Es ist erfreulich, dass die Abstimmung zugunsten der Vorlage erfolgt ist. Die zentrale Gebäudebewirtschaftung ist per Ende 2001 realisiert worden. Wir sind sehr zuversichtlich, dass eine Effizienzsteigerung stattfinden wird. Unangenehm auf die Tierpark-Besuchenden wirken sich die Bewachung und die Sicherheitsmassnahmen der USA-Botschaft aus. Für eine konsequente Energiepolitik wurde der Stadt Bern im Jahr 2001 wiederum das Label „Energie-

stadt“ verliehen. Die Beurteilung beschränkt sich auf folgende energiepolitisch wichtige Gebiete: Bau und Planung, Energieversorgung, Wasser/Abwasser/Abwärme, Verkehr und Transport, Öffentlichkeitsarbeit. Die Stadtgärtnerei hat in den letzten Jahren rund 40 Stellen abgebaut. Auch die HSE hat ihren Sparauftrag entgegen genommen. Sie bildet im Vergleich mit den anderen Direktionen die meisten Lehrlinge aus. Dafür danken wir. - *Direktion Planung, Verkehr und Tiefbau*: Mit der Regierungsreform wurden die Stadtgärtnerei und das Hochbauamt zur HSE verschoben. Im Gegenzug übernahm die PVT das Strasseninspektorat. Im Generalsekretariat PVT wurden die beiden Fachstellen ÖV und Wohnen eingerichtet. Die Fachstelle Wohnen kann aber praktisch nur reagieren anstatt agieren zu können. Dieser Bereich sollte überprüft werden muss. Wir erwarten eine kostenneutrale Lösung. - *Direktion für Finanzen, Personal und Informatik*: Die FPI legt die Finanzlage der Stadt Bern dar und stellt fest, dass weiterhin gespart werden muss. Erfreulich ist, dass die Finanzverwaltung einen gesamstädtischen Versicherungsschutz sicherstellt, wobei sich das zentrale Management mit einer besseren Risikoabdeckung bei geringeren Kosten auszahle. Die Liegenschaftsverwaltung hat viel zu tun mit dem Projekt „Kostendeckende Mietzinse“. Nach langwierigen Verhandlungen konnte ein Versicherungsvertrag für das Bauwesen und die Bauherrenhaftpflicht Hochbauten abgeschlossen werden, der eine bessere Risikoabdeckung bei nicht höheren Kosten bringt. Der Rat möge den Verwaltungsbericht und den NSB-Jahresbericht 2001 zur Kenntnis nehmen.

Stephan Hügli für die FDP-Fraktion: Braucht es einen solchen Jahresbericht? Was sagen wir dazu? Was machen wir mit diesen 447 Seiten? Diese Fragen können dahingehend beantwortet werden, dass wir wesentlich mehr von NSB erwarten. Wir brauchen eine Übersicht über die städtische Tätigkeit im letzten Jahr. Verglichen mit den letzten 7 Jahren ist der vorliegende der kürzeste Bericht. Vielleicht ist dies ein Zeichen dafür, dass die Stadtverwaltung auch in diesem Bereich effizienter gearbeitet hat. Unsere Fraktion hat auch dieses Jahr das Wohnen zum Leitthema gemacht. Die Schaffung von qualitativ hohem Wohnraum ist uns immer ein Anliegen. Dazu fanden wir im Bericht nicht sehr viel. Es haben zwei Volksabstimmungen stattgefunden, nämlich zum Zonenplan Weyermannshaus Ost III, der glücklicherweise abgelehnt worden ist - nicht zuletzt dank der Mithilfe des betroffenen Stadtteils. Mit diesem Zonenplan wäre schlechter Wohnraum geschaffen worden. Am 2. Dezember hat das Volk dann überdeutlich ja gesagt zur Überbauungsordnung Weissenstein, womit Wohnungen ermöglicht werden. Das Bauinspektorat hat 23 Abbruchbewilligungen für Wohnungen erteilt. An deren Stelle sind 12 neue Wohnungen geschaffen worden. Von den 605 erteilten Baubewilligungen, betrafen deren 15 den Neubau von Wohnungen. Der Reinzuwachs an Wohnungen betrug im letzten Jahr 93 (72 im vorletzten Jahr). Unter Liegenschaftsverwaltung und Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik sind weitere Zahlen zu finden: Von 3000 Wohnungen des Fonds sind 143 5-Zimmerwohnungen oder grössere = 4,8%. Werden die 4-Zimmerwohnungen dazu gezählt, ergeben sich rund 20%. Gemäss Statistikdienste betrug der Reinzuwachs an Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern im Jahr 2001 40 Wohnungen. Darin eingeschlossen sind 6 Einfamilienhäuser. Der Gesamtzuwachs an Gebäuden betrug 11. Der Zuwachs an 5-Zimmerwohnungen seit 1990 beträgt 250 Wohnungen (21 pro Jahr), an 6-Zimmerwohnungen oder grösseren deren 36 (ca. 4 Wohnungen pro Jahr). Total Wohnungen im Jahr 2001 in der Stadt Bern 73 252, davon 5-Zimmerwohnungen oder grössere 6033 oder 8,2%. Schlussfolgerungen: Der Handlungsbedarf für eine rege Wohnbautätigkeit in der Stadt Bern ist dringend gegeben. Wir begrüssen die genehmigten Überbauungsordnungen und die an die Hand genommenen Planungen, auch wenn es nicht immer einfach ist, das Gewünschte zu realisieren – nicht zuletzt wegen Widerstand von Anwohnenden. Stephan Hügli hofft, dass in Brünnen gebaut werden kann. Vielleicht hilft nicht zuletzt auch die Olympiade 2010, die wir anders beurteilen als die Fraktion GB/JA!/GPB. Wir begrüssen es, dass eine Wohnungsbeauftragte

eingesetzt worden ist und erwarten vom Gemeinderat, dass er in dieser Richtung immer mehr tätig wird. - Auffallend hoch ist der Zuwachs an Steuern bei den Juristischen Personen (Zunahme um 100%). Urs Jaberg wird sich dazu in der Fraktionserklärung zur Rechnung 2001 äussern. Raymond Anliker hat von einem drastischen Abbau der dringlich benötigten Personal-Ressourcen gesprochen. Laut Verwaltungsbericht sind im letzten Jahr 22 von 3 682 Stellen abgebaut worden. Dies entspricht nicht einmal einem halben Prozent. Es geht hier darum, die nicht unbeschränkt vorhandenen Ressourcen besser zu verteilen. Zu denken gibt der Bericht der Personalvorsorgekasse. Im Jahr 2000 betrug der Deckungsgrad 100,18%, im letzten Jahr aber nur noch 92,32%, d.h. der versicherungstechnische Fehlbetrag beläuft sich auf Fr. 125 209 676 auf einem Vorsorgekapital von Fr. 1 441 960 359.00, was auf die Entwicklung der Wirtschaft und die Entwicklung an der Börse zurückzuführen ist. Die Stadt ist verpflichtet, bei Unterdeckung das nötige Geld einzuschiessen.

Die Fraktion FDP nimmt den Verwaltungsbericht zur Kenntnis und dankt der Stadtverwaltung, dem Gemeinderat und allen Ratsmitgliedern für ihre tatkräftige Mitarbeit an der Entwicklung der Stadt Bern. Da der Bär aus dem Stadtlogo entfernt worden ist, verzichtet Stephan Hügli auf die Verleihung irgend eines Bären: Goldener Gummi-, Brumm-, Erd- oder Himbär. Er trägt jedoch eine der Rechnung entsprechende Krawatte, nämlich eine rote, denn man sollte sich nicht trügen lassen von Zahlen, die auf den ersten Blick positiv aussehen.

Mit NSB-Piloten haben wir bereits Erfahrungen gesammelt. Viele offene Fragen werden im Moment in der Reformkommission NSB geklärt: Bonus/Malus? Auf welcher Regelungsebene soll geregelt werden? Welche Kompetenzen hat der Rat? Erfreut stellen wir fest, dass mit NSB gespart wird. Der Rat möge den Verwaltungsbericht und den NSB-Jahresbericht zur Kenntnis nehmen.

Vizestadtpäsidentin *Ursula Begert* dankt für den grünen Regenschirm. Seit der schriftlichen Beantwortung sind zu verschiedenen Fragen zur Präsidialdirektion Änderungen eingetreten. Zur *Ablieferung von Entschädigungen von Mitgliedern des Gemeinderats aus Parlamentstätigkeit*: Diese Angelegenheit ist an das Bundesgericht weitergezogen worden. Die *Vereinbarung mit dem Verein „Läbige Stadt“* ist beim Regierungsstatthalteramt hängig. Die *Optimierung des Verkehrsversuchs Bahnhofplatz* ist beim Kanton hängig. Die *Zuschlagungsverfügung zur externen Revisionsstelle* ist vom Verwaltungsgericht rechtskräftig abgewiesen worden. Zur *Tätigkeit des Stadtpräsidenten für Olympiade Berne 2010*: Hinter dieser Kandidatur steht der Gemeinderat als Ganzes. Wir sind überzeugt, dass eine Fussball-Weltmeisterschaft oder eine Olympiade in einer Stadt und in einer Region einen Aufschwung möglich macht. Einen solchen Aufschwung hätte der Kanton Bern sehr nötig. Ein solcher Anlass bringt Mittel, die auch im sozialen Bereich eingesetzt werden können. Wir möchten am vorgesehenen Abstimmungsfahrplan festhalten, d.h. FIKO und GPK werden am 1. Juli über die Olympiade diskutieren, der Stadtrat am 22. August. Die Volksabstimmung dazu findet am 24. November statt. – Zu den *Kulturverträgen* ist vom Vorstand RKK mit dem Kanton ein Vorschlag ausgearbeitet worden, der bei den 84 RKK-Gemeinden keine Mehrheit fand. Der Vorstand RKK hat einen neuen Kompromissvorschlag ausgearbeitet, den wir noch nicht einsehen konnten. Auch der Gemeinderat der Stadt Bern ist daran interessiert, dass die Verträge zustande kommen. Unsere Kulturinstitutionen sind ein wichtiger Faktor für die Stadt Bern und ihre Ausstrahlung geht weit über unsere Stadt hinaus. Diese Kulturinstitutionen sollten ihre Budgets endlich machen können: Das Historische Museum, das weit über die Stadtgrenzen ausstrahlt, das Kunstmuseum, das Klee-Museum mit internationaler Bedeutung, das Stadttheater und das Symphonie-Orchester, auf die wir stolz sein können. Diese Ablehnung der Kulturvertragsentwürfe zeigt, dass neue Wege gefunden werden müssen und das kantonale Kulturförderungsgesetz geändert werden muss. – Zur *Direktion für Soziale Sicherheit*: Die Ferienwoche in den Kitas hatte keine negativen Auswirkungen und führte auch nicht zu einer Kostensteigerung,

weil die Eltern im voraus planen konnten. Bei schwierigen Engpässen konnten Lösungen gefunden werden. Gemeinderätin Begert bestätigt, dass mehr neue Betreuungsangebote auch das entsprechende Personal erfordere. Die BFF führt ihre Ausbildung nach unserer Intervention doppelt und hat im Zusammenhang mit dem PPP-Projekt einen Lehrgang für sog. Späteinsteigerinnen aufgebaut, und zwar vor allem für Frauen, die nach den Jahren, in denen sie ihre Kinder betreut haben, nicht mehr auf ihrem angestammten Beruf arbeiten können und sich beruflich neu ausrichten möchten. Wir sind überzeugt, dass dieses Angebot auf Interesse stösst. Gemeinderätin Begert ist überzeugt, dass eine Frau, die Kinder erzogen und einen Haushalt gemanagt hat, mit einer Zusatzausbildung sehr wohl fähig ist, Kinder in Kindertagesstätten zu betreuen, damit Engpässe überwunden werden können.

Gemeinderätin Begert dankt allen Ratsmitgliedern für ihr Engagement in der Beurteilung des Verwaltungsberichts. Insbesondere dankt sie den Mitgliedern der GPK, die sich immer mit grossem Einsatz mit dem Verwaltungsbericht befassen und die Direktionen besuchen. Sie schätzt die GPK-Mitglieder als gute Gesprächspartnerinnen und -partner.

Detailberatung der einzelnen Direktionsberichte. Die Detailberatung beschränkt sich auf die vorgängig schriftlich eingereichten Fragen und die schriftlich vorliegenden Antworten.

Allgemeiner Teil GB/JA!/GPB-Fraktion:

**VI. Stadtkanzlei
mit Ratssekretariat,
Stadtarchiv,
Rechtskonsulent
und Mietamt /
Arbeitsgericht**
Stadtarchiv
S. 14

Weshalb wird den jugendlichen MitbürgerInnen die CD-ROM „bernvirtuell“ nicht gleich zusammen mit dem Begrüssungsbrief verschickt? Das individuelle Vorsprechen kostet die Stadtverwaltung ja auch Zeit und mit einem direkten Versand wären alle Jugendlichen gleichberechtigt mit dem sinnvollen Geschenk bedient?

Antwort:

1. Würde das Geschenk des Gemeinderats an alle Jugendliche per Post verschickt, wären die Gesamtkosten relativ hoch: Der Spezialpreis der Vereinigung «Für Bern» beträgt Fr. 10.00 pro Stück (statt Fr. 28.00 im Verkauf); hinzu kämen ca. Fr. 5.00 Versandkosten, so dass das Geschenk bei 870 Jugendlichen total Fr. 13'050.00 (bei einem Gesamtbudget von Fr. 3400.00) ausmachen würde. Das Geschenk wird deshalb nur an die wirklich daran Interessierten abgegeben.

2. Die Abgabe des Geschenks gegen Gutschein am Empfang der Stadtkanzlei verursacht nur einen minimalen Verwaltungsaufwand, da der Empfang während den Bürozeiten ohnehin bedient ist. Zudem ist damit die Idee verbunden, dass die Jugendlichen einen ersten, unkomplizierten Kontakt zur Stadtverwaltung und namentlich zum Sitz der Stadtregierung im Erlacherhof erhalten.

Rechtskonsulent
S. 14

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Um was für Fälle handelt es sich bei diesen 8 Verfahren, welche sind noch hängig und um was für 4 Fälle handelt es sich, bei denen der Entscheid zugunsten der Stadt ausgefallen ist?

Antwort:

Hängige Verfahren (per 31.12.2001)

- Gemeindebeschwerdeverfahren betreffend das Reglement über die Ablieferung von Entschädigungen von Mitgliedern des Gemeinderats aus Parlamentstätigkeit
- Gemeindebeschwerdeverfahren betreffend Beschluss des Gemeinderats über eine Vereinbarung mit dem Verein „Läbige Stadt“

- Gemeindebeschwerdeverfahren betreffend Optimierung des Verkehrsversuchs auf dem Bahnhofplatz
- Verwaltungsbeschwerde betreffend verwaltungsexterne Revisionsstelle (Zuschlagsverfügung)

Abgeschlossene Verfahren

- Gemeindebeschwerdeverfahren betreffend Vorbereitung und Durchführung des Stimm- und Wahlmaterialversands für die Gemeindewahlen vom 26. November 2000
- Verwaltungsbeschwerde betreffend Baubewilligung für eine Plakatierungsstelle
- Gemeindebeschwerdeverfahren betreffend Baustopp für die Schiessanlage Riedbach
- Verwaltungsbeschwerdeverfahren betreffend Gesuch um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Präsidialdirektion GB/JA!/GPB-Fraktion:

Agglomerationskonferenz: Welche Strategie vertritt der Stadtpräsident in dieser Konferenz für die Stadt Bern?

I. Einleitung

S. 19

Antwort:

Die Stossrichtung zielt auf eine echte Anerkennung des Agglomerationsstatus und der Zentrumsfunktionen und damit auf eine rasche, konkrete und zielwirksame Umsetzung der vom Bund und vom Kanton formulierten Absichten in diesem Bereich. Dabei ist das Verhältnis zwischen Bund und Agglomerationen bzw. Städte einerseits sowie zwischen Kanton und Agglomerationen bzw. Städte andererseits auf eine dauerhafte Basis zu stellen und den Zugang der Städte zum Bund zu verbessern.

II. Generalsekretariat GB/JA!/GPB-Fraktion:

Offenbar wurde ein „Auftrag zur Bestimmung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erteilt“, unter „Integration der interessierten Investorengruppen“. Ist ein, mindestens so dringender Auftrag geplant, mit dem Ziel, die ökologischen und verkehrstechnischen Rahmenbedingungen (und damit verbundenen Kosten und Auswirkungen) für die Stadt Bern und Umgebung zu evaluieren, unter Einbezug von Fachstellen und Interessenverbänden im Bereich Umwelt- und Naturschutz?

Olympia-Kandidatur
S. 28

Antwort:

Die Kandidatur „Berne 2010“ wird für die Phasen der Planung, der Projektierung und der Realisierung entsprechende Nachhaltigkeits- und Umweltkonzepte aufbauen. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und Umweltaspekte sollen gleichwertig einbezogen werden. Dabei wird die Situation für jeden Austragungsort und jede Austragungsregion und damit auch für die Stadt Bern berücksichtigt. Die bereits praktizierte Kooperations- und Kommunikationskultur garantiert den Einbezug von Fachstellen und Interessenverbänden. Ein Beirat mit Umweltfachexpertinnen und Umweltfachexperten ist in Gründung.

S. 28 ff.

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Mit der Wirtschaftsförderung, über den VRB, aber auch über die beiden Dossiers Brünnen und Eisstadion Allmend (die im Kandidaturdossier enthalten sind) ist die Stadt Bern an den Vorbereitungen der Olympia-Kandidatur beteiligt. Welchen personellen Aufwand bedeutete das Dossier Olympia im Jahr 2001 (Freistellung Vorsteher Wirtschaftsamt seit November; Wirtschaftsamt intern, Gemeinderat, indirekt über VRB, etc.)?

Antwort

Von anfangs September 2001 bis Ende 2001 führte der Stadtpräsident als Vizepräsident interimistisch das Initiativkomitee. Während dieser Zeit betrug sein Engagement ca. ½ Arbeitstag pro Woche. Im Zusammenhang mit der Freistellung des Leiters Wirtschaftsamt wurden in Absprache mit dem Kanton und dem Initiativkomitee die Modalitäten wie folgt festgelegt: Die Stadt übernahm die effektiven Lohnkosten für 3 Monate bis Januar 2002. Während der Freistellung des Leiters Wirtschaftsamt bis längstens Ende Juli 2003 stellt der Kanton eine erfahrene Mitarbeiterin des kantonalen Amtes für wirtschaftliche Entwicklung unentgeltlich zur Verfügung. Sie übernahm mit ihrem 60%-Pensum den Bereich Wirtschaftspolitik und das Mandat der regionalen Wirtschaftsförderung (VRB) sowie die Leitung des Wirtschaftsamtes. Dr. Dres von Weissenfluh behält während der Freistellung jene Dossiers, die Bezug zur Olympiakandidatur haben. Die von der Stadt übernommenen Lohnkosten des beurlaubten Leiters Wirtschaftsamt bis Januar 2002 in der Höhe von rund Fr. 51 000.00 gelten als Vorleistungen, die nach einem Zuschlag für Bern in Eigenmittel der mit der Organisation und Durchführung beauftragten Aktiengesellschaft umgewandelt werden sollen. Seit Februar 2002 übernimmt das Initiativkomitee die Lohnkosten für den beurlaubten Leiter des Wirtschaftsamts vollumfänglich. Da die Lohnkosten für die ad interim Leitung vom Kanton getragen werden, wird die Stadt während der Phase der internationalen Kandidatur unter dem Strich entlastet.

Falls „Berne 2010“ im Juli 2003 den Zuschlag erhält, wird die personelle Situation definitiv geregelt werden.

S. 29

SP/JUSO-Fraktion:

Wie geht der Gemeinderat mit den immer wieder in der Presse auftauchenden negativen Äusserungen im Volk zu Olympia um?

Antwort:

Olympische Spiele müssen in der Bevölkerung des Gastgeberlandes breit abgestützt sein. Die Kandidatur „Berne 2010“ soll nur weiterverfolgt werden, wenn eine Mehrheit hinter dem Vorhaben steht. Deshalb beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, die Olympiakredite gestützt auf Artikel 46 der Gemeindeordnung freiwillig den Stimmberechtigten zum Entscheid zu unterbreiten. Neben den kritischen Äusserungen gibt es ebenso viele positive seitens der Presse und der Bevölkerung.

Liselotte Lüscher (SP) erkundigt sich, was passiere, wenn der Kanton im September den Kredit für die Olympiade ablehne und was passiere, wenn der Kanton dem Kredit zustimme und die Stadt im November einen Kredit ablehne?

Vizepräsidentin *Ursula Begert* glaubt, wenn der Kanton ablehne, werde die Olympiade nicht durchgeführt werden können.

V. Abteilung Kul- GB/JA!/GPB-Fraktion:

turelles

S. 32 ff. / S. 30 ff.

Anhang

Es ist die Rede davon, dass sich die Kulturinstitutionen geöffnet haben und die Zusammenarbeit „über Gräben“ gesucht wird. Neben der Kostensenkung, wird auch das Innovationspotential dieser Zusammenarbeit erwähnt. Wie äusserte sich diese Zusammenarbeit? Wer war daran beteiligt und (wie) konnte „neue Erfahrungen und neue Ideen“ zu fördern ermöglicht werden, insbesondere mit dem Augenmerk auf die zeitgenössische Kultur?

Antwort:

Hier seien einige Beispiele von Zusammenarbeit aufgeführt, die ohne die Controlling-Gespräche und die Verknüpfung zwischen institutioneller Förderung und direkter Förderung (Kulturfördernde Kommissionen, die sich mit den Problemen, den Projekten und dem Potenzial des zeitgenössischen Kulturschaffens auseinandersetzen) nie zustande gekommen wären und den Kulturräum Stadt – und Region Bern zu einer Besonderheit im gesamtschweizerischen Zusammenhang machen:

- Musikbereich
 - Die Freitagsakademie: Konzerte im Kunstmuseum
 - Berner Kammerorchester im Kunstmuseum
 - Mottettenchor engagiert den Jazzler Daniel Pfäffli als Solisten
- Tanz/Theater
 - Zusammenarbeit Schlachthaus Theater, Dampfzentrale, Kornhausforum u.a. bezüglich Tanztage
 - Zusammenarbeit Schlachthaus Theater, Stadttheater im Zusammenhang „auawirleben“
 - Stadttheater erarbeitet zusammen mit Freien Gruppen eine Grossproduktion in der Grossen Halle der Reitschule
- Übergreifendes
 - Set-Connection, eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit etablierter und nicht etablierter, aber auch subventionierter und nicht subventionierter Institutionen (z.B. Historisches Museum, Dampfzentrale, Wasserwerk, Schlachthaus Theater usw.)
 - Gemeinsamer Internet-Auftritt unter dem Namen „Bernkultur“ (Vorerst: „Tanztage“, „Schlachthaus Theater“, „Kornhausforum“, „Dampfzentrale“; offen für andere Interessierte.)
 - Der Verein Museen Bern ist mit seiner Aktivität ebenfalls eine Folge dieser Ausgangslage.

U.a. folgende Themen aus den Controlling-Gesprächen sind als gemeinsamer Handlungsbedarf erkannt worden:

- Umgang mit Publikumsstruktur/Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchsförderung sind gemeinsame Anliegen.
- Betriebsklima, besonders auch unter Leistungsdruck, muss ein zen-

trales Anliegen der Führung bei Kulturinstitutionen sein.

- Tauschhandel (mit Know-how, Infrastrukturen) muss zunehmend Geldmangel wettmachen und steigert die Qualität des Kulturangebots.

S. 32 ff.

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Zeitgenössische Kultur: Wie hoch ist der ungefähre Anteil der „zeitgenössischen Kultur“ an den gesamten städtischen Kulturausgaben (Institutionen, Förderbeiträge, Subventionen, Einzelbeiträge, etc.)?

Antwort:

- Gesamtstädtische Kulturausgaben gemäss Budget 2001: 31'800'110 Franken
- Ausgaben für die vier grossen Institutionen: 19'718'000 Franken
- Ausgaben für die 12 Institutionen, bei denen die Stadt alleinige Subventionspartnerin ist: 2'571'000 Franken
- Ausgaben für die direkte Förderung des zeitgenössischen Kulturschaffens: 2'359'540 Franken

Im ausgewiesenen Aufwand für kulturelle Zwecke nicht enthalten sind Personal- und Sachkosten, Ausgaben für Kunst im öffentlichen Raum zulasten von Baukrediten, Aufwand für Denkmalpflege, Tierpark Dählhölzli, Anschaffung von Bildern für Wandschmuck in Schulen, Stipendien für Musikunterricht. Ebenfalls nicht eingerechnet sind Beiträge zur Förderung des Jugendsportes als auch diverse Beiträge an kulturelle Anlässe zulasten des „Freien Beitragskredites des Gemeinderates“ und „Sportvereine und Sportveranstaltungen“ und die Beiträge z.L. der Fonds, die durch die Stadt verwaltet werden.

Natalie Imboden (GB) erkundigt sich, ob ihre Rechnung stimme, wonach der Anteil der Ausgaben für die zeitgenössische Kultur 4,36% der 54 Mio des Kulturbudgets der Stadt Bern ausmache.

Gemeinderätin Begert geht davon aus, dass *Natalie Imboden* rechnen kann. Sie empfiehlt ihr, sich beim Kulturverantwortlichen zu erkundigen.

S. 33

SP/JUSO-Fraktion:

Wie könnte man die „städtische Kultur“ besser mit dem Stadtrat als Zuständigem für die Finanzierung vernetzen?

Antwort:

Der FIKO wird jährlich der umfangreiche Controlling-Bericht zugestellt, auch als Arbeitspapier. Die interfraktionelle Kulturgruppe des Stadtrats hat ebenfalls Zugang zu dieser Arbeitsgrundlage. Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit informiert die Abteilung Kulturelles vor interessierten Foren jederzeit über die kulturpolitischen Problemkreise im Bezug auf das kulturpolitische Konzept des Gemeinderates und dessen Umsetzung.

S. 30 Anhang

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Wie und wo wird das Programm der städtischen Filmkommission: cinéville nach der Schliessung des bisherigen Austragungsortes (Kellerkino) fortgeführt?

Antwort:

Die Städtische Filmkommission führt zur Zeit Gespräche mit der Kantonalen Kommission für Foto, Film und Video, um zu prüfen, wieweit zwischen dem städtischen Programm „Cinéville Bern“ und dem kantonalen Projekt „Sélection“ Synergien erschlossen werden können. Geplant ist, dass das neukonzipierte „Cinéville“-Programm ab Oktober 2002 oder ab Frühjahr 2003 im Kino im Kunstmuseum stattfindet. Spezielle Veranstaltungen z.B. zur Filmgeschichte und -technik sollen im „Lichtspiel“ (Film- und Kinogerätsammlung und Alternativ-Abspielstelle an der Bahnstrasse) durchgeführt werden. Die Filmkommissionen der Stadt und des Kantons Bern sind dabei, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.

VI. Denkmalpflege
S. 34/35

FDP-Fraktion (K.W. Weyermann):

Die städtische Denkmalpflege wird als unentbehrlich für die Stadt dargestellt. Als Beschützerin des Weltkulturgutes Altstadt Bern stellt sie sich gerne in den Vordergrund.

Gehören die Sprayereien an den Fassaden der Altstadt Häuser auch zum Kulturgut? Warum sind diese, im Hinblick auf die Expo 02 nicht entfernt worden?

Antwort:

Die Sprayereien an den Fassaden der Altstadt (und auch an denjenigen der Aussenquartiere) sind ein echtes Ärgernis. Offenbar ist es mit polizeilichen Mitteln nicht möglich zu verhindern, dass sie angebracht werden. Der Stadtrat hat anlässlich der Beratung des Budgets 2002 den Kredit gestrichen, mit dem es, wie in früheren Jahren, möglich gewesen wäre, die Kosten für die Beseitigung von Sprayereien an privaten Liegenschaften zu zwei Dritteln zu subventionieren.

Die Denkmalpflege hat weder die Mittel, noch ist sie zuständig für ihre Entfernung. Sie hat sich indessen mit den technischen Möglichkeiten der Eliminierung auseinander gesetzt und ein entsprechendes Merkblatt herausgegeben. Dieses ermöglicht den Hauseigentümerschaften, Sprayereien mit möglichst geringem Aufwand und ohne bleibende Schäden an der Fassade (namentlich am Sandstein) zu hinterlassen, zu entfernen.

VIII. Bauinspektorat
S. 39/40

FDP-Fraktion (K.W. Weyermann):

Das Bauinspektorat befasst sich fast ausschliesslich mit klein- und kleinsten Baugesuchen:

- 27 für Wartehallen
- 63 für Plakatreklame
- 62 für Mobilfunkantennen

Wäre bei soviel kleinen Baugesuchen nicht eine personelle Reduktion des Bauinspektorates möglich, oder sogar eine Übertragung der Amtsstelle an den Kanton angezeigt?

Antwort:

Auf Seite A46 des Verwaltungsberichts ist ersichtlich, dass im Jahr 2001 insgesamt 693 Baugesuche beim Bauinspektorat eingereicht wurden. Die Gesuche für Plakatreklamen sind dabei nicht inbegriffen.

Die in der Frage erwähnten Gesuche stellen also nur einen kleinen Teil der Arbeit des Bauinspektorats dar. Im weiteren ist der Zeitaufwand für die Bearbeitung der kleinen und kleinsten Baugesuche überproportional hoch im Vergleich zu den mittleren und grossen Baugesuchen.

Das kantonale Recht bestimmt die Zuständigkeiten der Gemeinden im Baubewilligungsverfahren. Die Stadt Bern als grosse Gemeinde gemäss Artikel 33 Absatz 1 des kantonalen Baugesetzes (BauG, BSG 721) ist für das Baubewilligungsverfahren von sämtlichen Bauvorhaben auf dem Gemeindegebiet zuständig, für welche die eidgenössische oder kantonale Gesetzgebung nicht ausdrücklich eine andere Behörde als zuständig erklärt. Es liegt nicht in der Kompetenz der Gemeinden, die Zuständigkeiten des Baubewilligungsverfahrens anders zu regeln.

IX. Wirtschaftsamt

Wirtschaftsförderung
S. 41

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Regionalisierung: Wie sieht der Zeitplan für die Regionalisierung der Wirtschaftsförderung aus?

Antwort:

Im Rahmen des 9. Sparmassnahmenpaketes wurde eine Regionalisierung der Wirtschaftsförderung per Anfang 2003 angestrebt. Der anvisierte Zeitplan für eine Regionalisierung erwies sich aber aus folgenden Gründen als zu ambitiös:

- Der VRB als potentieller zukünftiger Träger einer regionalen Wirtschaftsförderung verlangte im Januar 2002 eine fundierte Evaluation der bisherigen Lösung, um anschliessend die Fragen rund um eine Regionalisierung grundsätzlich und bezogen auf die konkreten Aufgaben beantworten zu können.
- Die VRB-Statuten sehen vor, dass jede Anpassung 6 Monate vor Inkrafttreten beschlossen sein muss. Deshalb hätte das Lösungskonzept bis April 2002 vorliegen müssen. Eine Arbeit, die nicht zwischen Januar und März 2002 geleistet werden konnte.
- Aufgrund der offenen Fragen und der vorgegebenen Fristen sprach sich die Geschäftsleitung des VRB für einen Zeithorizont 2004 aus. Der Zeitplan sieht vor, dass die VRB-Vereinsversammlung bis im Mai 2003 ihren Entscheid fällt. Die Inkraftsetzung einer neuen Lösung ist per Anfang 2004 vorgesehen.

S 41 ff.

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Sind zum Wirtschaftsamt ausser der Tabelle „Raumnachfragende“ (A 65) weitere statistische Daten (z.B. Neuansiedlungen von Betrieben, Anzahl neugeschaffene Arbeitsplätze, Wegzüge von Betrieben, Verlust von Arbeitsplätzen, etc.) erhältlich?

Antwort:

Im vergangenen Jahr war das Wirtschaftsamt in 52 Fälle von An- und Umsiedlungen, Unternehmensgründungen usw. involviert, die in der Wirtschaftsregion raumwirksam wurden. 31 Unternehmungen und Organisationen aus Bern konnten ihre Raumbedürfnisse in der Gemeinde Bern abdecken, 12 zogen von ausserhalb in die Gemeinde Bern, 5 zogen von Bern in eine Regionsgemeinde, 4 verlagerten ihren Standort innerhalb der Regionsgemeinden oder zogen von ausserhalb in eine Regionsgemeinde.

Durch die intensive Beratungs- und Vermittlungstätigkeit des Wirtschaftsamts konnten 25 Unternehmungen und Organisationen mit rund 1'300 Arbeitsplätzen ihre Raumbedürfnisse in der Wirtschaftsregion Bern abdecken. Diese Zahlen dürften allerdings noch wesentlich höher sein, geschehen doch zahlreiche Vermittlungen – von denen wir keine Kenntnis erhalten – durch „Selbstbedienung“ auf unserer Internet-Raumdatei.

Aufgrund der Entwicklung der Raumnachfrage und des Nachfrageüberhangs, sowie der Arbeitsplatz-Verdichtung, die wir bei zahlreichen Firmen und Organisationen feststellen, gehen wir davon aus, dass die Zahl der Arbeitsplätze im vergangenen Jahr in Stadt und Region gestiegen ist. Verlässliche Zahlen werden jedoch erst aufgrund der nächsten Betriebszählung, d.h. ab 2004 zur Verfügung stehen.

**Direktion für
Hochbau, Stadt-
grün und Energie**

SVP/JSVP-Fraktion:

Können im Zusammenhang mit der zentralen Gebäudebewirtschaftung Kosteneinsparungen beziffert werden?

I. Einleitung

S. 153

Und

V. Bewirtschaftung von Verwaltungs- und Schulgebäuden (BVS)

S. 160

Antwort:

Zum heutigen Zeitpunkt Kosteneinsparungen konkret zu beziffern, wäre unseriös. Was sich jedoch eindeutig sagen lässt, ist, dass die zentrale Gebäudebewirtschaftung generell Potential für Kosteneinsparungen beinhaltet (z.B. durch Einsparungen beim Hausdienst oder im Bereich des baulichen Unterhalts inkl. Wartung und Service). Es gilt jedoch nicht zu vergessen, dass in der derzeitigen Einführungsphase die Verwaltung vorerst einen Mehraufwand zu leisten hat. Die Kosteneinsparungen lassen sich also erst mittel- und langfristig realisieren, was im Übrigen auch gegen eine konkrete Bezifferung der Kosteneinsparungen zum jetzigen Zeitpunkt spricht.

I. Einleitung

S. 153

SVP/JSVP-Fraktion:

Was kostet die Stadt Bern die Entfernung von Schmierereien Jährlich?

Antwort:

Abteilung Stadtbauten: Da die Sprayereien unter Sachbeschädigungen erfasst werden, ist eine konkrete Aussage bezüglich Sprayereien und den Kosten zu deren Entfernung nicht möglich. Grob geschätzt lässt sich jedoch ein jährlicher Betrag von Fr. 100 000.00 beziffern (ohne aussergewöhnliche Zwischenfälle, wie beispielsweise der diesjährige „Abendspaziergang“).

Stadtgärtnerei: Für Stadtgärtnerei-Anlagen, ohne Gebäude, zwischen Fr. 30 000.00 und 60 000.00.

VI. Tierpark/Bärengraben

S. 161

SVP/JSVP-Fraktion:

Bern ist neu Sitz des Welt-Zoo Verbandes. Werden dadurch die Erwartungen bezüglich Tierhaltung und Anlagen grösser? Was kostet uns der Sitz des Welt-Zoo Verbandes?

Antwort:

Durch den Sitz des Weltzooverbandes in Bern sind Sitzungen internationaler Gremien dieses Verbandes in Bern an der Tagesordnung. Es kann davon ausgegangen werden, dass damit auch der Tierpark ver-

mehrt durch internationale Fachleute betrachtet und beurteilt wird. Da die Gesamtstrategie des Tierparks (Gesamtplanung 2015) den klaren Schwerpunkt „artgerechte Tierhaltung“ hat (mehr Platz für weniger Tiere!) – und dies z.B. mit Aareuferanlage, Zieselanlage, Flamingoanlage, Urwaldvoliere, Breitrand Schildkrötenanlage und anderen Tieranlagen bereits teilweise umgesetzt ist – ist mit einem nachhaltigen, positivem Imagegewinn für den Tierpark und die Stadt zu rechnen.

Der WAZA Sitz Bern belastet die Rechnung Tierpark durch die nun häufigeren Kontakte nur gering (Telefon, Mail, Porto, Führungen).

S. 161

FDP-Fraktion (H.-U. Suter/J. Blunschy):

Am 2. März 2001 wurde eine Ideenskizze zur Umgestaltung des Bärengrabens zum Bärenpark (Erweiterung zur Aare hinunter) vorgestellt. Seither herrscht Stillschweigen.

Wie ist der aktuelle Stand?

Antwort:

Mit GRB 0268 vom 20.2.2002 hat der Gemeinderat vom Bericht der Direktion HSE zum Projekt BärenPark Kenntnis genommen und die Durchführung eines Wettbewerbes genehmigt. Die Kosten einschliesslich Wettbewerb sind aus Drittmitteln zu finanzieren. Der BärenPark darf nicht zu höheren Betriebskosten zulasten der Stadt führen.

Der Gemeinderat entscheidet auch über das weitere Vorgehen. Es ist eine Projektgruppe unter Co-Leitung Jörg Wilhelm (Stadtbauten) und Bernd Schildger (Tierpark) eingesetzt worden, welche von der GR-Delegation mit Dr. Klaus Baumgartner, Adrian Guggisberg und Alexander Tschäppät begleitet wird.

Die Projektgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen. Der Wettbewerb soll in diesem Jahr lanciert werden. Der Gemeinderat informiert über weitere Ergebnisse.

S. 161

FDP-Fraktion (H.-U. Suter/J. Blunschy):

Der Besucherrückgang im Vivarium wird auf die erschwerte Zufahrt zum Tierpark als Folge der Sicherheitsmassnahmen bei der USA-Botschaft zurückgeführt.

Lässt sich dort nicht eine bessere Lösung finden und wie würde diese aussehen?

Antwort:

Die klar bessere Lösung aus Sicht des Tierparks wäre der Zustand vor dem 11. September 2001. Unter den gegebenen topografischen Randbedingungen kann nur gehofft werden, dass die Sicherheitsansprüche der US-Botschaft im Laufe der Zeit reduziert werden. Eine Verlegung des Einganges zum Tierpark in Richtung Thormannstrasse ist unter den derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht realistisch. Die Stadtpolizei hilft mit, die Zufahrt zu den Parkmöglichkeiten so einfach wie möglich zu gestalten.

Hans-Ulrich Suter (FDP) überrascht diese Antwort und dass gehofft wird, dass die Sicherheitsansprüche der US-Botschaft im Laufe der Zeit reduziert werden. Er glaubt nicht daran,

dass Lockerungen der Sicherheitsmassnahmen zu erwarten sind. Weshalb nicht ein Eingang Thormannstrasse?

Direktor HSE *Adrian Guggisberg* geht immer noch davon aus, dass aus dieser Überwachung kein Providurium wird und dass in weitem Gesprächen Lösungen gefunden werden können.

Direktor DSI *Kurt Wasserfallen* betont, der Bund bestimme, wie eine Botschaft geschützt werden müsse. Der Stadtpolizei obliegt die Durchführung der Massnahmen. In Sachen Signalisation versuchen wir laufend, Verbesserungen auch bezüglich Parkfelder durchzuführen. An der Thormannstrasse hat es in der Regel genügend Parkplätze.

Direktor PVT *Alexander Tschäppät* stellt klar, die Sicherheitsmassnahmen bei der US-Botschaft seien kein Provisorium. Wenn diese Botschaft dort bleibt, werden auch die Sicherheitsmassnahmen bleiben. Es werden deshalb neue Standorte für diese Botschaft evaluiert. Der amerikanische Botschafter hat eingesehen, dass es auch für das Image der USA nicht gut ist, wenn die Botschaft an diesem Standort bleibt. Bei der in Amerika herrschenden Terroreuphorie darf niemand glauben, dass die Sicherheitsbestimmungen gelockert werden. Wenn wir wieder wie früher in den Tierpark spazieren möchten, müssen alle mithelfen, für die US-Botschaft einen andern Standort zu finden.

**VII. Elektrizitätswerk
Neue Ökostromprodukte**

S. 163

FDP-Fraktion (H.-U. Suter/J. Blunschy):

In den EWB-eigenen Kraftwerken wurden im Vergleich zum Vorjahr 22,1 Mio. kWh weniger produziert. Was ist der Grund hierfür?

Antwort:

Im KW Felsenau, mit 11 MW Leistung und einer Normalproduktion von ca. 70 Mio. kWh/a die grösste Anlage in der Stadt Bern, erfolgte im Sommer 2001 eine grössere Revision mit der Sanierung des Laufrades. Der Stillstand dauerte ca. 3 Monate. Dadurch ergab sich eine Minderproduktion von ca. 20 Mio. kWh.

S. 171

SVP/JSVP-Fraktion:

Wie weit ist die Möglichkeit der Abfalltrennung zur Produktion von Strom geprüft worden? (Durch die Vergärung von organischen Stoffen könnte Strom produziert werden.)

Antwort:

In der Ökostrombörse konzentriert sich das EWB auf den Weiterverkauf von Strom aus zertifizierten Photovoltaik- und naturemade star zertifizierten Wasserkraftwerken. Die entsprechenden Produktionsanlagen sollen vor allem auf Stadtgebiet liegen. (Photovoltaikanlagen und das Dotierkraftwerk Engehalde als Wasserkraftwerk).

Die vermutlich in der Frage angesprochene Stromerzeugung aus Biomasse wird im EWB in Zusammenhang mit der erneuerbaren Energieerzeugung verfolgt. Kontakte mit verschiedenen Anlagebetreibern sind aufgenommen worden. Der Betrieb einer Pilotanlage, wo über die Abfalltrennung Strom produziert wird, ist jedoch noch nicht geprüft worden.

VIII. GWB

Strategie KVA
S. 176

FDP-Fraktion (H.-U. Suter/J. Blunschy):

Zur Strategie der KVA gehört u.a. auch die Beurteilung der Restlebensdauer der Anlagenteile.

Wie ist diese Beurteilung ausgefallen?

Antwort:

Als erster Schritt der Strategieplanung wurde eine Beurteilung der Anlagen vorgenommen und mit einem Analysebericht dokumentiert. Zusammengefasst kann folgende Aussage gemacht werden:

Obwohl die KVA in wichtigen Bereichen konzeptionell nicht mehr dem heutigen Stand der Technik entspricht, sind die Anlagen dank intensiver Unterhaltsaufwendungen in einem guten Zustand. Die Kosten für den Unterhalt sind in den letzten Jahren stark angestiegen und werden noch weiter zunehmen. Bei gleich bleibender Unterhaltsintensität kann die KVA noch 10 bis 15 Jahre weiter betrieben werden.

Kehrichtverwertung
S. 187

FDP-Fraktion (H.-U. Suter/J. Blunschy):

Die Abfallmenge überstieg im Berichtsjahr erneut die Kapazität der Kehrichtverwertungsanlage; 13'700 Tonnen wurden der KVA Weinfelden zugeführt.

Wäre es nicht sinnvoller, diese in die 2001 eröffnete, wesentlich näher gelegene KVA Freiburg zu bringen? Oder wird etwa um Kehricht gefeilscht?

Antwort:

Die relativ grossen Überschussmengen fallen seit der Einführung des Deponieverbots am 1.1.2000 an, als die KVA Freiburg noch nicht in Betrieb war. Um die Entsorgung der Region Bern bis zur Inbetriebnahme der KVA Thun sicherstellen zu können, wurden Partner für längerfristige Lösungen gesucht. Mit der KVA Weinfelden hat man einen verlässlichen und flexiblen Partner gefunden, dem es auch möglich ist, während einigen Wochen pro Jahr (Revisionen) relativ grosse Kehrichtmengen zu übernehmen. Zudem wurde eine Logistik auf der Basis von Bahntransporten aufgebaut.

Die Kapazität der KVA Freiburg wurde auf die Abfallmenge des Kantons Freiburg ausgelegt. Sie kann keine grösseren Mengen Fremdkehricht übernehmen. Zudem wäre eine Anlieferung nur per Strassentransport möglich.

Direktion Öffentliche Sicherheit

FDP-Fraktion (U. Haudenschild/P. Müller):

Es fällt auf, dass Abbau, Sparen, Druck praktisch in jeder Verwaltungseinheit als erste Probleme genannt werden. Dennoch ist eine konkrete Konsequenz für die Bevölkerung, z.B. in Form einer drastischen Zunahme der Delinquenz, kaum erkennbar.

Einleitung
S. 47 ff.

Wo waren aufgrund des Abbaus und der Sparmassnahmen konkret Einbussen in der Sicherheit zu verzeichnen?

Antwort:

Die Direktion für Öffentliche Sicherheit beklagt sich nicht, ist aber der Überzeugung, dass der heutige gute Sicherheitsstandard gehalten werden muss und daher kein Abbau erfolgen darf. Die Sparmassnahmen wirkten sich in anderen Bereichen aus: zu lange Wartezeiten bei der Einwohnerkontrolle, zu wenig Kontrollen im Marktbereich, bei der wilden Plakatierung, bei der Strassenmusik oder beim Zivilschutz (Ein-

I. Generalsekretariat

A. Allgemeines
S. 48

stellung verschiedener Dienstleistungen, wie Arbeit im Heim).

FDP-Fraktion (U. Haudenschild/P. Müller):

Mit Sensibilisierungsaktionen wurde versucht, das Nachtfahrverbot Altstadt/Matte so weit wie möglich zu realisieren.

Was ist in diesem Zusammenhang unter „kleinen Nützlichkeiten“ zu verstehen?

Antwort a): Das Nachtfahrverbot konnte wegen Beschwerdeverfahren nicht eingeführt werden. Kleine Nützlichkeiten sind Gebrauchsgegenstände mit einer attraktiv formulierten Botschaft – die Leute sollen mit einem Lächeln auf unliebsame Nebenerscheinungen des Nachtlebens wie Lärm, Sauberkeit und unnötiger Verkehr hingewiesen werden. Träger der Botschaft sind Zündholzschachteln, Feuerzeuge, Kaugummis, Kondome sowie als Ergänzung periodisch gespannte Bänderolen über der Strasse.

Wie sieht es mit dem Kosten/Nutzen-Verhältnis aus?

Antwort b): Die Kosten seit Beginn der Arbeiten im Juli 2001 betragen per Ende Mai 2002 Fr. 34 000.00.

S. 48

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Münsterplattform: Wie setzt sich die erwähnte Arbeitsgruppe zusammen und was ist unter „namhaftem Ausführungspart“ zu verstehen?

Antwort: Eine Vertretung der Direktion für Hochbau, Stadtgrün und Energie (Herr Jaggi, Stadtgärtnerei), je zwei Vertretungen der Direktion für Planung, Verkehr und Tiefbau (Herren Müller, GS und Gräppi, TAB bzw. Wyss) und der Direktion für Öffentliche Sicherheit (Herren Stauffer, GfS und Giraudi, GS). In einer kleinen Arbeitsgruppe mit breitem Aufgabenkreis muss jedes Mitglied mehrere grössere Aufgaben erledigen.

B. Stabsdienste
S. 49

SP/JUSO-Fraktion:

Wurde das Zivilschutzzentrum Riedbach auch als möglicher Ausbildungsstandort für das Polizeikonkordat in Erwägung gezogen?

Antwort: Ja; das Zivilschutzzentrum ist vom Raumangebot her jedoch als zu klein befunden worden. In Prüfung ist, ob der Standort Riedbach eventuell als regionales Ausbildungszentrum für die Weiterbildung in Frage kommt (als Ergänzung zum Standort Hitzkirch).

SVP/JSVP-Fraktion:

S. 49

Wer hat die frei gewordenen Räume an der Zeughausgasse und an der Nägeligasse übernommen?

Antwort: Die Obergeschosse an der Zeughausgasse 16 sind von der Firma Von Graffenried, Dienstleistungen für das Vermögen, Bern, gemietet worden. Teile des Verkehrsdienstes im Erdgeschoss ziehen auf den 1. Juli 2002 in die Polizeikaserne, Waisenhausplatz 32. An der Nägeligasse 5 ist noch der Informationsdienst der Stadtpolizei untergebracht. Für ihn ist noch kein neuer Standort gefunden worden. Seit der Zentralisierung der Gebäudeverwaltung obliegt die Bewirtschaftung

der Direktion für Hochbau, Stadtgrün und Energie (Stadtbauten Bern).

II. Stadtpolizei

A. Allgemeines

S. 51

FDP-Fraktion (U. Haudenschild/P. Müller):

Von der Stadtpolizei werden an der Zeughaus- und Nägeligasse Räumlichkeiten freigemacht.

Werden die eingesparten Gelder zur Erhöhung der Sicherheit in der Stadt Bern eingesetzt?

Antwort: Nein.

S. 51

FDP-Fraktion (U. Haudenschild/P. Müller):

Der hohe Rekrutierungsbedarf der neuen Bundeskriminalpolizei führte zur höchsten Personalfuktuation in der Geschichte der Stadtpolizei.

Welche Kosten sind dadurch entstanden?

Antwort: Durch den Abgang von gut ausgebildeten und qualifizierten Kripo-Mitarbeitenden zur Bundeskriminalpolizei ging der Stadtpolizei vor allem ein kumuliertes und über Jahre kontinuierlich erworbenes Fachwissen verloren.

Durch einen Abgang werden rein rechnerisch Fr. 160 000.00 frei. Diese werden verwendet zur Ausbildung neuer Kräfte in der Polizeischule. Der Verlust an hohem Fachwissen ist nicht bezifferbar.

S. 51

FDP-Fraktion (U. Haudenschild/P. Müller):

Aus welchen Berufszweigen rekrutieren sich die Absolventen der neuen Botschaftsschutzschule und welchen Alters sind sie?

Antwort: Die 4 Absolventinnen und 23 Absolventen der Jahrgänge 1964 – 1980 wurden aus folgenden Berufen rekrutiert:

4 Sicherheitsangestellte (1972 / 76 / 79 / 80)

- 3 Automechaniker (1966 / 66 / 76)
- 3 Elektromonteur (1973 / 79 / 80)
- 2 Schreiner (1971 / 76)
- 2 Postbeamte (1965 / 74)
- 2 Dachdecker (1965 / 68)
- 2 kaufm. Angestellte (1974 / 80)
- Plattenleger (1979)
- Maurer (1973)
- Pflegeassistent (1969)
- Verkäufer (1980)
- Floristin (1978)
- Lagerist (1973)
- Elektrozeichner (1972)
- Koch, Confiseur (1964)
- Landwirt (1979)

S. 51

SVP/JSVP-Fraktion:

Die Zahl der geleisteten Überstunden hat im Berichtsjahr nicht abgenommen. Wie gestaltet sich in Zukunft die Personalpolitik damit der ordentliche Polizeieinsatz und die Ausbildung gewährleistet sind?

Antwort: Die Zahl der geleisteten Überstunden resultiert aus nicht planbaren Einsätzen wie Demonstrationen, Grossereignisse, usw. Die

Überstunden werden in der Regel kompensiert. Das heisst, dadurch fehlen im ordentlichen Dienst Kräfte. Zur Deckung der nach wie vor bestehenden Unterbestände wird pro Jahr eine möglichst grosse Polizeischule durchgeführt.

Das Kommando legt Wert auf die Feststellung, dass sowohl der ordentliche Polizeieinsatz für die Stadt Bern wie auch die planmässige Weiterbildung der Mitarbeitenden gewährleistet ist. Ausbildungsanlässe werden nur in absoluten Ausnahmefällen, wie der 11. September 2001 einer war, gekürzt.

S. 51

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Was genau beinhaltete der, am 26. Oktober 2001 eingeleitete Einsatz des Polizeikonkordats Nordwestschweiz und mit welchen Kosten für die Stadt Bern war er verbunden?

Antwort: Der PKNW-Einsatz begann am Freitag, 26.10.01 und endete für das Gros am Montag, 10.12.01. Während 22 Tagen waren 29 Polizistinnen und Polizisten und während 24 Tagen noch 23 Polizistinnen und Polizisten des PKNW zur Unterstützung der Stadtpolizei Bern im Einsatz. Die Polizistinnen und Polizisten des PKNW wurden für Überwachungs- und Kontrollaufgaben bei den Vertretungen der USA und Israel eingesetzt.

Der Bund hat sämtliche Mehrkosten, die durch den Einsatz entstanden sind, übernommen, so dass für die Stadt Bern keine zusätzlichen Kosten anfielen.

S. 52

SVP/JSVP-Fraktion:

Wie weit ist die Planung der gemeinsamen Polizeischule Sand-Schönbühl?

Antwort: Das Projekt Sand-Schönbühl ist im Moment sistiert, nachdem sich am Standort Hitzkirch eine Alternative angeboten hat, welche rascher, kostengünstiger und zusammen mit dem Zentralschweizer Polizeikonkordat effizienter realisiert und betrieben werden kann. Der definitive Entscheid sollte bis Ende 2002 gefällt werden können

S. 52

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Mit welchen Kosten für die Stadt Bern waren die – letztendlich vergeblichen – Vorarbeiten für das Projekt Polizeischule Sand/Schönbühl verbunden und was war der Grund, dass Basel-Stadt nicht zugestimmt hat?

Antwort: Die Kosten belaufen sich auf Fr. 42 885.00. Die entsprechenden Arbeiten wurden aber nicht vergebens geleistet. Ein Grossteil kann bei den Arbeiten zu Hitzkirch wiederverwendet bzw. darauf aufgebaut werden.

Für Basel stimmte der Kosten-/Nutzen-Faktor nicht.

II. Stadtpolizei

B. Stabs- und

Kommandodienste

1. Bereich Personal

S. 53

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Auf welche Bedürfnisse im Bereich Betreuung musste nach dem Tod von Cemal G. konzeptionell eingegangen werden, was genau ist darunter zu verstehen?

Antwort: Es zeigte sich die generelle Notwendigkeit eines internen Betreuungskonzeptes, dass heisst die bereits vorhandenen Angebote wie sofortige und weiterführende Betreuung / Unterstützung durch Vorgesetzte, Peers (EQ-Team) und Begleitung durch die Polizeipsychologin wurden neu konzipiert. Dadurch sollen die Abläufe und Zuständigkeiten in diesem Bereich transparenter werden.

S. 53

FDP-Fraktion (U. Haudenschild/P. Müller):

Im Fall Cemal G. wurden diverse Gespräche und Debriefings durchgeführt.

Was wurde für den zukünftigen Einsatz an Lehren aus dem Fall gezogen?

Antwort: Ein **psychologisches Debriefing/Gespräch** ist keine einsatztaktische Besprechung. Es dient der individuellen, emotionalen Verarbeitung eines belastenden Ereignisses und der Unterstützung der Einsatzfähigkeit und Vermeidung oder Verringerung späterer psychischer und physischer Folgeerkrankungen.

Der Fall Cemal G. zeigt die Notwendigkeit dieses Angebotes neben den anderen notwendigen Massnahmen auf, gerade auch im Hinblick auf die nicht zu unterschätzende traumatische Belastung durch die Medienberichterstattung.

Ueli Haudenschild (FDP) hat wissen wollen, welche Schlüsse aus dem psychologischen Debriefing gezogen worden sind, damit eine ähnliche Eskalation in Zukunft vermieden werden kann.

Direktor DSI *Kurt Wasserfallen* antwortet, erstens würden die Abklärungen abgewartet. Zweitens bereite sich die Gruppe „Stern“ laufend auf solche Fälle vor, wobei jedoch nicht jedes Ereignis vorausgesehen werden könne, denn ein Ernstfall sei immer anders als Übungen. Diese Gruppe werde jedoch auf alle Eventualitäten hin ausgebildet. Hier ging es vor allem darum, den Betroffenen bei der Verarbeitung des belastenden Ereignisses zu helfen.

S. 53

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Wie sieht die Grundausbildung „Verhandlungsgruppe Geiselnahme“ aus, wo liegen die Schwerpunkte dieser Sonderausbildung und wie lange dauert sie?

Antwort a): Das Schweizerische Polizeiinstitut bietet einen 3-tägigen Grundkurs mit den folgenden Schwerpunkten an:

- Grundsätze der Gesprächs- und Verhandlungsführung
- Organisation und Arbeitsweise der VG
- Kriminologie der Geiselnahme
- Psychologische Grundlagen

Zusätzlich besuchen die Mitglieder der Verhandlungsgruppe Stadtpolizei/Kantonspolizei jährlich intern und extern organisierte Weiterbildungsveranstaltungen und mindestens eine gemeinsame Übung.

Nach welchen Kriterien wurden die erwähnten 6 MitarbeiterInnen ausgewählt (wieviele davon sind Frauen)?

	<i>Antwort b):</i> Aufnahmekriterien: Neben grundsätzlichen Anforderungen an eine gute Polizistin oder einen guten Polizisten an Sozial- und Fachkompetenz, wird im Speziellen überdurchschnittliche Offenheit für Wertvorstellungen (keine fundamentalistische Haltung in gesellschaftlichen, politischen u.ä. Belangen) verlangt. Von Seiten der Stadtpolizei besteht die Verhandlungsgruppe aus 2 Frauen (Polizeipsychologin als Leiterin) und 4 Männern.
2. Mediendienst S. 53	SP/JUSO-Fraktion: Erwägt der Gemeinderat im Rahmen seines geplanten Kommunikationskonzeptes die Zusammenlegung der bestehenden Mediendienste (PRD und DSI)?
S. 53	<i>Antwort:</i> Nein. FDP-Fraktion (U. Haudenschild/P. Müller): Von der Kommunikation per E-Mail wird in zunehmendem Masse Gebrauch gemacht. Führt dies zu einer Entlastung der bisherigen Tätigkeit oder ist im Gegenteil mit zusätzlichen Aufwendungen zu rechnen?
	<i>Antwort:</i> Mit der Bearbeitung von E-Mails nimmt die Summe der Aufwendungen innerhalb der betroffenen Abteilungen nicht ab, denn ein Anliegen kann rasch, ohne grösseren Aufwand, vom Büro oder von zu Hause aus und rund um die Uhr ohne grössere Kostenfolge vorgebracht werden.
II. Stadtpolizei	
B. Stabs- und Kommandodienste	
3. Technik	
S. 54	SP/JUSO-Fraktion: Führt die Vergabe von Service- und Reparaturarbeiten an Dritte unter dem Strich zu Einsparungen (unter Verrechnung der Vollkosten für den administrativen Mehraufwand für die Verwaltung)?
	<i>Antwort: Ja</i>
C. Sicherheitspolizei	
1. Polizeistützpunkte	
S. 55	GB/JA!/GPB-Fraktion: Was sind die Kriterien dafür, dass der Gemeinderat die im Berichtsjahr verfüigten 978 Wegweisungen (immerhin 2,6 pro Tag) als „adäquat und verhältnismässig“ bezeichnet und was ist die Kostenfolge (Personal- und Verwaltungskosten) pro Wegweisungs-Verfügung?
	<i>Antwort:</i> Die Wegweisungen werden insoweit adäquat und verhältnismässig ausgestellt, als sie ausschliesslich nur bei den neuralgischen Orten und nur dann ausgestellt werden, wenn die strengen Voraussetzungen gemäss Artikel 29 Buchstabe b des Polizeigesetzes des Kantons Bern und Artikel 292 des Schweizerischen Strafgesetzbuches erfüllt sind.
	Die genauen Arbeitszeiten pro einzelne Wegweisungsverfügung werden nicht systematisch erfasst. Für das Ausstellen einer Wegweisung werden ca. 5 – 10 Minuten benötigt, was bei einem Stundenansatz gemäss Gebührentarif von Fr. 120.00 einen Betrag von ca. Fr. 10.00 bis 20.00 ergibt. Dazu kommen zusätzlich ca. 10 Minuten für die vorgängigen Abklärungen vor Ort; dies ergibt insgesamt 20 Minuten oder

Fr. 40.00 pro Fall. Nicht erfasst sind allfällige Einsparungen, indem Szenenbildungen (und damit wiederholtes Ausrücken) verhindert werden können.

2. Planung und
Einsatz
S. 55

GB/JA!/GPB-Fraktion:

718 Alarmmeldungen: Um was für Ernstfälle (38) handelte es sich und wie viele der 13 Festnahmen führten zu Anklagen oder Verurteilungen?

Antwort: Bei den 38 Ernstfällen handelt es sich ausnahmslos um Einbrüche. Für 13 festgenommene Personen wurden 11 Anzeigen an das Untersuchungsrichteramt erstattet, für eine Person wurde ein Rapport an die Direktion für Soziale Sicherheit erstellt. Einer angehaltenen Person konnte der Sachverhalt nicht nachgewiesen werden (Rapport).

Die Stadtpolizei Bern wird über den Ausgang von Gerichtsverfahren nicht informiert.

3. Informations-
dienst
S. 55

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Welche Resultate erzielte die erwähnte Vielzahl von Verdachtsmeldungen die überprüft und verifiziert worden sind? Kam es zu weitergehenden Ermittlungsverfahren (z.B. Telefonabhörungen) oder gar zu Anklagen?

Antwort: Die Verdachtsmeldungen aus der Bevölkerung konnten in der Regel nach Gesprächen und Abklärungen „ohne Folgen“ abgeschrieben werden. In zwei Fällen liessen sich die verdächtigen Feststellungen weder abschliessend klären, noch waren Ansätze für weitergehendere Massnahmen gegeben. Ermittlungsverfahren, Telefonkontrollen, etc. resultierten hieraus keine.

S. 56

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Bei wie vielen von den, im Auftrag des Bundes durchgeführten 350 Aufträgen handelte es sich um „Präventive Operationen und Fahndungsprogramme“ (Art. 14 VWIS) oder Prüfverfahren (Art. 15 VWIS)?

Antwort: Der Informationsdienst der Stadtpolizei Bern führt selbstständig keine präventiven Operationen, Fahndungsprogramme und Prüfverfahren. Die angeführten Geschäfte wurden allesamt im Rahmen des Gesamtauftrages gemäss den vorhandenen Rechtsgrundlagen des Bundesgesetzes über die Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS), Artikel 2, 4, 6 und 7 bearbeitet. Ob und inwieweit die eingegangenen Ersuchen jeweils Teil von Operationen, Fahndungsprogrammen oder Prüfverfahren darstellten, stand in der Kompetenz und Verantwortung des Bundes. Die Frage kann deshalb in der gestellten Form nicht beantwortet werden.

D. Kriminalpolizei
Dezernat 1
S. 56

SP/JUSO-Fraktion:

Aus welchen Gründen werden Suizide als Straftaten verzeichnet?

Antwort a): Der Grund liegt darin, dass bei der Auffindung von Leichen in der Anfangsphase immer von einer Straftat ausgegangen werden muss. Deshalb wird auch die Bezeichnung aussergewöhnlicher Todesfall verwendet. Oft kann dann (erst) im Verlaufe der Ermittlungen

von einem Suizid/Selbstmord ausgegangen werden. Die Verwendung des Begriffes "Straftat" im Verwaltungsbericht ist in diesem Zusammenhang tatsächlich etwas irreführend, zumal heute einzig noch die "Verleitung und Beihilfe zum Selbstmord (Art. 115 StGB)" mit Strafe bedroht ist.

Dazu: Anhang, DSI, A78, Tabelle 7: Wäre es möglich, an Stelle des Begriffes „Selbstmord“ den wertneutralen Begriff „Suizid“ zu verwenden?

Antwort b): Die Verwendung des Begriffs „Suizid“ an Stelle des Wortes „Selbstmord“ wäre zwar möglich, doch besteht dazu keine Veranlassung. Auch der Gesetzgeber spricht von Selbstmord (Art. 115 StGB).

S. 56

FDP-Fraktion (U. Haudenschild/P. Müller):

Welches ist der Anteil ausländischer Staatsangehöriger unter den Tätern von Kapitalverbrechen?

Antwort:

Delikt:	Anzahl:	ausl. Täter:
Tötungsdelikt	0	0
Raub	105	11
Erpressung	2	2
Freiheitsberaubung/Entführung	8	4
Geiselnahme	0	0
Vergewaltigung	15	5
Brandstiftung	44	3

Dezernat 2

S. 56

FDP-Fraktion (U. Haudenschild/P. Müller):

In allen Bereichen der Vermögensdelikte war ein zunehmender Organisationsgrad der Tätergruppierungen festzustellen.

Was heisst das?

Antwort: Das heisst beispielsweise, dass grössere Einbruchdiebstähle heute hauptsächlich durch ausländische Tätergruppierungen begangen werden, die gut strukturiert sind. Die Strukturen reichen meist bis ins jeweilige Herkunftsland zurück. Sowohl die Vorbereitung und Begehung der Straftaten wie auch der Abtransport des Diebesgutes ist arbeitsteilig durchorganisiert. Es konnte auch festgestellt werden, dass in der Schweiz ansässige Landsleute dabei logistische Unterstützung leisten.

S. 56

FDP-Fraktion (U. Haudenschild/P. Müller):

Der zunehmende Organisationsgrad der Delinquenten erinnert an einen Rüstungswettlauf, in welchem die Polizei immer einen Schritt hinterher hinkt.

Was wird getan, um der zunehmenden Professionalisierung, z.B. durch den Einsatz mobiler Kommunikationsmittel, entgegenzuwirken?

Antwort: Tatsache ist, dass die Polizei - allein aufgrund der vorhandenen Ressourcen - in den meisten Fällen nur die Möglichkeit hat, zu reagieren und nicht selbst agieren kann. Die Polizei strebt an, technisch und taktisch auf gleich hohem Niveau zu wirken, wie die Gegen-

seite. Dies gelingt recht gut. Gleichzeitig wird der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Polizeikörpern der Kantone und der Bundeskriminalpolizei grosse Beachtung geschenkt.

E. Verkehrspolizei

1. Allgemeines

S. 58

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Was bedeutet die Bemerkung, dass es „unumgänglich“ sei, das Verkehrssystem in der Stadt Bern, speziell in der Altstadt „wieder zu vereinfachen“?

Antwort: Durch die Teilrevision vom 22. Juni 2000 des Reglements vom 21. Mai 2000 über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement; GebR; SSSB 154.11) führte der Stadtrat für die Untere Altstadt Parkiergebühren von Fr. 2.00 pro Stunde rund um die Uhr ein. Diese Teilrevision zog die Totalrevision vom 6. Juni 2001 der Verordnung vom 17. Februar 1999 über Fahr- und Parkierbeschränkungen in der Unteren Altstadt (Parkierverordnung Untere Altstadt; PVUA; SSSB 761.212) nach sich. Das darauf basierende neue Verkehrssystem (am 1. Oktober 2001 eingeführt) ist relativ komplex und nicht mehr für alle auf Anhieb durchschaubar (Gebührenpflicht rund um die Uhr / von 19.00 Uhr bis 06.00 Uhr zeitlich unbeschränktes Parkieren / tagsüber eine maximale Parkierdauer von 60 Minuten / fünf verschiedene Ausnahmegewilligungen mit strengen Voraussetzungen für Anwohnende und Geschäftsbetriebe).

In der Oberen Altstadt besteht mit den Güterumschlags- und Sperrzeiten ein anderes System, welches noch zusätzlich unterteilt ist (Nachtparkierung in der Aarberger- und Neuengasse / Durchfahrtsachsen z.B. Bundesgasse, Kochergasse, Amthausgasse, Speichergasse, Nägeligasse, Postgasshalde, Brunngasshalde). Auch hier werden Ausnahmegewilligungen (für den Güterumschlag während den Sperrzeiten) abgegeben.

In der Matte wurde mit der Blauen Zone mit Parkkartenregelung und einer Durchfahrtssperre wiederum ein anderes System gewählt.

In den Wohnquartieren sieht es nochmals anders aus. Dort besteht das System der Zonen mit Parkscheibenpflicht (Blaue oder Weisse Zone) und Parkkartenregelung. Innerhalb dieser Zonen gibt es aber auch gebührenpflichtige und/oder zeitlich beschränkte weiss markierte Parkplätze. Für die Parkkarten werden gemäss Gebührenreglement unterschiedliche Gebühren (je nach Voraussetzungen) erhoben.

Schliesslich bestehen verschiedene P+R-Plätze mit unterschiedlicher Zuständigkeit (für Gangloff ist die Stadt und für die Allmend die EWAG zuständig).

Als Spezialität kann nebenbei die Fussgängerzone Bümpliz aufgeführt werden. Unter Umständen liessen sich weitere Besonderheiten finden.

S. 58

FDP-Fraktion (U. Haudenschild/P. Müller):

Die Anzahl der „Fussgängerunfälle“ hat im Berichtsjahr um fast einen Drittel zugenommen. Gibt es Gründe?

Was wird getan, um diesem Trend entgegenzuwirken?

Antwort: Die Fussgängerunfälle 2001 haben gegenüber dem Vorjahr um 18 Unfälle zugenommen (27 %).

Die mutmasslichen Hauptursachen für Fussgängerunfälle sind im un-

	vorsichtigen Überqueren der Fahrbahn (+ 6 Unfälle) und dem Nichtbeachten der Anhalterpflicht vor Fussgängerstreifen (+ 9 Unfälle) zu finden. Zu beobachten ist ferner eine vermehrte Unaufmerksamkeit, die Anhalterpflicht wird verletzt, das Vortrittsrecht wird einseitig interpretiert und Rotlichter werden immer mehr missachtet. Die Information über das richtige Verhalten aller Verkehrsteilnehmenden und die Präsenz im Bereich von Fussgängerstreifen wird intensiviert.
3. Einsatzpolizei Verkehr S. 59	SP/JUSO-Fraktion: Gemäss Legislaturrichtlinie 3.5 soll der Bereich „Verkehrsinstruktion“ optimiert werden. Mit welchen konkreten Schritten gedenkt der Gemeinderat dieses Ziel angesichts der Aussagen im Verwaltungsbericht zu erreichen? <i>Antwort:</i> Die Sicherheit der Schulwege hat beim Gemeinderat höchste Priorität. In der Kernmassnahme "Sichere Verkehrswege für schwache Verkehrsteilnehmende" sind vier Indikatoren erwähnt. - Aufhebung von Konfliktgrün (1. und 2. Priorität) erfüllt; Prüfung weiterer baulicher und gestalterischer Massnahmen; - Sichere Schulwege erstellt; - Vorbeugende Massnahmen getroffen bei Baustellen auf Kindergarten- und Schulwegen; - Konzept Schulwegsicherung/Verkehrsinstruktion in Anlehnung an Modell Stadt Zürich überprüft und angepasst.
BtMG Statistik S. 71 Anhang	GB/JA!/GPB-Fraktion: Wie hoch wird der Aufwand (Stunden / Kosten) geschätzt für die ausgewiesenen 1'089 Anzeigen wegen Marihuana und/oder Haschisch? <i>Antwort:</i> Pro Anzeige beträgt der Aufwand durchschnittlich 1 Stunde.
Tabelle 5/1 S. 73 Anhang	GB/JA!/GPB-Fraktion: Wie erklärt sich die aufgeführte Anzahl TäterInnen unter der Rubrik Sachbeschädigungen von insgesamt 990 gegenüber der Zahl von abgeklärten Fällen von 242? <i>Antwort:</i> Die Zahlen lassen sich dadurch erklären, dass an mehreren Sachbeschädigungen mehrere Täter mitgewirkt haben. Herauszuheben sind zum Beispiel die Sachbeschädigungen im Zusammenhang mit der Antifa-Blitzdemo vom 02.06.2001. Dort kam es zu 5 Anzeigen wegen Sachbeschädigungen, an denen jeweils mehr als 100 Personen der Altersklasse "über 18", "15-18" und "8 -15" beteiligt waren. Für die Statistik schlug die besagte Demo damit mit 5 (von 242) Fällen und über 500 Täterinnen und Tätern zu Buche.
Statistik 2001 S. 78 Anhang	GB/JA!/GPB-Fraktion: Wieviele einfache Personenüberprüfungen (ohne weitere rechtliche Folgen für die Betroffenen) wurden im Berichtsjahr vorgenommen (z.B.

Münsterplattform) und wieviele von den so überprüften Personen wurden im Berichtsjahr zur weiteren Personenüberprüfung auf den Polizeiposten mitgenommen?

Antwort a): Die Zahl der vorgenommenen "einfachen" Personenüberprüfungen werden statistisch nicht erfasst. Ebenso wenig diejenige der Personen, die zur weiteren Überprüfung auf den Polizeiposten überführt wurden.

Daniele Jenni (GPB) findet, einfache Personenüberprüfungen durch die Polizei würden oft sehr schikanös eingesetzt. Er wundert sich deshalb über die obige Antwort. Es sollte wenigstens bekannt sein, wie oft dieses Instrument eingesetzt wird. Der Einsatz dieses Mittels wird oft zu Zwecken verwendet, wofür sie nicht gedacht sind. Gedenkt der Gemeinderat in Zukunft mindestens statistisch zu erfassen, wie viele solche Interventionen vorgenommen werden?

Direktor DSI *Kurt Wasserfallen* weist die Behauptungen *schikanös*, *Willkür* und *Zweckentfremdung* zurück. *Daniele Jenni* bleibt immer jeglichen Beweis schuldig. Es geht ihm nur darum die Polizei „in die Pfanne zu hauen“. Die Zusatzfrage kann kurz mit Nein beantwortet werden.

Wie sind solche Personenkontrollen zu vereinbaren mit der Tatsache, dass in der Schweiz keine Ausweistragepflicht besteht?

Antwort b): Die Polizei ist zur Vornahme von Personenkontrollen hinreichend ermächtigt. Eine Grundlage findet sich beispielsweise in Artikel 171 ff. Strafverfahren (StrV) und Artikel 27 des Polizeigesetzes. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch eine "Namensverweigerung" mit Busse bis zu Fr. 100.00 und Haft bis zu 8 Tagen sanktioniert.

Statistik 2001
S. 78 Anhang

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Wie handhabt die Stadtpolizei elektronisch übermittelte Berichte (E-Mail-Notizen) zu einem Ereignis - handelt es sich dabei immer um Rapporte, die zu den Akten gelegt werden oder gibt es eine spezielle Regelung, wann eine Email-Notiz/informeller Bericht nicht als Rapport eingestuft wird?

Antwort: Die in der Statistik erfasste Anzahl an Rapporten umfasst definierte Aktenstücke wie z.B.

- Befragungsprotokolle
- Effektenverzeichnisse für Arrestanten
- Beantwortungen von Rechtshilfegesuchen
- Nachträge zu Anzeigen
- Leumundsberichte
- Etc.

Diese Liste ist nicht abschliessend. Ein E-Mail ist somit nur ein Rapport, wenn der Inhalt einem Aktenstück gemäss Liste entspricht. Übermittelte Berichte (E-Mail-Notizen) von Externen zu einem Ereignis sind nicht als Rapporte erfasst.

III. Polizeiinspek- FDP-Fraktion (U. Haudenschild/P. Müller):

torat
C. Gewerbepolizei
S. 61

Bei den kulturellen Strassenaktivitäten ist eine Beruhigung zu verzeichnen.
Was wird darunter verstanden (wird weniger laut gesungen)?

Antwort: Weder die Lautstärke noch die Anzahl oder Qualität von kulturellen Strassenaktivitäten führten zu dieser Feststellung, sondern die Tatsache, dass im Berichtsjahr weniger Reklamationen eingegangen sind, was sich allerdings 2002 wieder änderte.

IV. Sanitätspolizei
A. Allgemeines
S. 62

FDP-Fraktion (U. Haudenschild/P. Müller):
Im Bereich der Krankentransporte ist ein markanter Anstieg zu verzeichnen.
Gibt es erkennbare Gründe?

Antwort: Es gibt 2 Hauptgründe:

1. Als Folge der Spitalschliessungen Grosshöchstetten und Jegenstorf (mit Aufhebung der jeweiligen Rettungsdienste) wurde das Einsatzgebiet der Sanitätspolizei erweitert.
2. Aus Kostengründen bietet nicht mehr jedes Spital alle Untersuchungs- und Therapieformen an. Zur Sicherstellung der notwendigen Behandlungen sind vermehrte Krankentransporte zwischen einzelnen Spitälern notwendig.

V. Feuerwehr, Zivilschutz und Quartieramt
B. Feuerwehr
S. 65

SVP/JSVP-Fraktion:
Wie weit ist die Planung der Feuerwache Bern-West? (Standort, Mannschaft, Finanzen)

Antwort: Verhandlungen bezüglich COOP Verteilerzentrale an der Riedbachstrasse (ehemaliges Swisscom-Gebäude) laufen.
Die Grobkonzeption sieht vor, den heutigen Ausrückungsbestand von 18 beizubehalten und ca. im Verhältnis 2 zu 1 zugunsten Viktoriastrasse 70 aufzuteilen. Es wird vorerst ein Versuchsbetrieb von einem Jahr ohne grössere Folgekosten angestrebt und versucht, den Mietzins teilweise mit Dienstleistungen zu verrechnen.

Direktion für Soziale Sicherheit
SVP/JSVP-Fraktion:
Gibt es nachvollziehbare Gründe für die Verdoppelung der Gefährdungsmeldungen bei Kindern und Jugendlichen?

I. Direktion
Allgemeines
S. 71

Antwort:

Die Gesamtzahl der Gefährdungsmeldungen auf den Beratungsstellen der ambulanten Jugendhilfe hat sich auf dem hohen Niveau des Vorjahres stabilisiert. Die Aussage der Verdoppelung trifft nicht zu. Einzig im Bereiche der Gefährdungsmeldungen durch das Regierungsstatthalteramt gibt es eine starke Zunahme. Dabei handelt es sich vorwiegend um Gefährdungsmeldungen als Folge häuslicher Gewalt. Dies ist im Sinne der Fachstellen eine gewünschte Entwicklung. Andererseits führen gerade auch diese oftmals sehr komplexen Einzelfälle zu einer hohen Belastung der Fachstellen; die Problematik hat sich in dem Sinne qualitativ zunehmend akzentuiert, nicht jedoch quantitativ.

Kurt Hirsbrunner (SVP: Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, die Verdoppelung treffe nicht zu. Im Verwaltungsbericht steht jedoch: Dies gilt in gleichem Mass für den Beratungsdienst für Kinder und Jugendliche, wo sich die Gefährdungsmeldungen verdoppelt haben.

Direktorin DSO *Ursula Begert* entschuldigt sich für diese Undeutlichkeit im Verwaltungsbericht. Es geht vor allem um Gefährdungsmeldungen die direkt via Regierungsstatthalteramt laufen und nicht um solche, die direkt zur DSO gelangen. Beim Regierungsstatthalteramt gehen nicht nur Meldungen aus der Stadt Bern ein, sondern aus dem ganzen Amt.

S. 72

SVP/JSVP-Fraktion:

Im Bericht wird aufgeführt, dass durch die geplanten Sparmassnahmen Dienstleistungen abgebaut werden müssen. In welchen Bereichen ist dies vorgesehen?

Wie werden die Auswirkungen des Abbaus von Dienstleistungen aufgezeigt?

Antwort:

Angebote für junge Menschen dürfen nicht gegen solche für alte Menschen „ausgespielt“ werden. Die finanziellen Vorgaben werden aber in erster Linie dazu führen, dass neue Aufgaben und Wünsche des Stadtrats nicht mehr umgesetzt werden können.

III. Fürsorgeamt

Einleitung

S. 77

FDP-Fraktion (K. Suter/Ch. Müller):

Integrationsquote: Es wird beklagt, dass die Schere zwischen den Anforderungen im Arbeitsmarkt und den Qualifikationen der Hilfesuchenden immer weiter auseinander klaffe.

Welche Anstrengungen werden gemacht, um diesem Problem beizukommen? Sind dabei auch vorbeugende Massnahmen?

Antwort:

Die Abklärungs- und Qualifizierungsangebote des Bereichs Weiterbildung und Beschäftigung (BWB) werden genutzt, um diese Defizite auszugleichen. Insbesondere bei jungen Erwachsenen hat dies hohe Priorität! Das neue Projekt ioJob ist eine zusätzliche Möglichkeit, den Weg in eine verpasste Ausbildung zu finden. Erwähnenswert ist auch die steigende Anzahl Sprachkurse, welche vom Sozialdienst finanziert werden.

Fahrende

S. 79

FDP-Fraktion (K. Suter/Ch. Müller):

Die zunehmende Abhängigkeit der Fahrenden vom Sozialsystem währenddessen sie darüber hinaus von besonderen Privilegien profitieren, stellt für viele Bürger ein Ärgernis dar.

Welche konkreten Massnahmen sind hier geplant?

Antwort:

Die Unterstützungspraxis des städtischen Sozialdienstes für Fahrende wurde in dem Sinne angepasst, dass von unterstützungsbedürftigen Fahrenden vermehrte Anstrengungen zur Verselbständigung zwecks Unabhängigkeit von der Sozialhilfe gefordert werden. So werden beispielsweise in den Unterstützungsverträgen stufenweise mehr Eigenleistungen verlangt. Während der Zeit des Fahrens wird erwartet, dass

der Lebensunterhalt selbst verdient wird. Sofern mit selbständiger Erwerbstätigkeit über längere Zeit nur ein ungenügendes Einkommen erzielt wird, kann eine unselbständige Tätigkeit verlangt werden. Jugendlichen Fahrenden werden Qualifikationsangebote im Bereich Weiterbildung und Beschäftigung gemacht. Diese neue Praxis wurde den betroffenen Personen mündlich und schriftlich kommuniziert und grossmehrheitlich akzeptiert.

S. 79

SVP/JSVP-Fraktion:

Es wurde festgestellt, dass die fahrenden Personen zunehmend unterstützungsbedürftig werden und dass damit die Gefahr der Gettoisierung und Abhängigkeit von staatlichen Leistungen zunimmt. Dies veranlasste den Sozialdienst die Unterstützungspraxis zu überprüfen. Welche Resultate zeigte diese Überprüfung auf?

Wie soll die Koordination der städtischen Massnahmen bezüglich der Lebenssituation in Buech konkret verbessert werden?

Antwort:

Wir verweisen auf die Antwort zur Frage der FDP-Fraktion. Ergänzend ist noch festzuhalten, dass die Koordination der städtischen Massnahmen durch eine interdirektionale Arbeitsgruppe unter Leitung der Direktion für Soziale Sicherheit wahrgenommen wird. Damit soll das Vorgehen im Sinne einer einheitlichen Strategie besser abgestimmt werden. Im Vordergrund stehen Fragen bezüglich Baugesuche, Mietzinsausstände und Schulbesuch

Bereich Soziale
Einrichtungen
S. 79

FDP-Fraktion (K. Suter/Ch. Müller):

Angestrebt sind mehrjährige Leistungsverträge mit den spezialisierten Institutionen.

Für welche Institutionen gilt das und bis wann werden diese Leistungsverträge voraussichtlich realisiert sein?

Antwort:

4-jährige Leistungsverträge ab dem Jahr 2003 sind mit folgenden Trägerschaften vorgesehen: Heilsarmee D.H.Q. Bern (Passantenheim und Notwohnungen), Verein Obdach Bern, Aktion Bettwärme, Verein Wohn- und Lebensgemeinschaft (Schwandengut und Frauenwohngemeinschaft), Vereinigung für Beratung, Intergrationshilfe und Gemeinwesenarbeit VBG,

Familientreff Bern-Stadt, Mütterzentrum Bern-West und Beratungsstelle Xenia. Die Vorlage mit den Leistungsverträgen der Direktion für Soziale Sicherheit wurde an der Finanzkommissionssitzung vom 27. Mai 2002 behandelt und zur Verabschiedung an den Stadtrat weitergeleitet (Sitzung vom 15. August 2002). Nach Zustimmung des Stadtrates zu den Finanzkrediten (bei der VBG der Gemeinde) können die Verträge rechtzeitig abgeschlossen werden. Vorgesehen ist ausserdem ein 4-jähriger Leistungsvertrag mit der Speiseanstalt der unteren Stadt (Spysi), dessen Abschluss allerdings in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Einjährige Verträge im Rahmen der Budgetkompetenz sind schliesslich für folgende Organisationen vorgesehen: Betreute Wohngemeinschaft für Drogenabhängige Albatros sowie Arbeit statt Fürsorge.

Obdachlosigkeit
S. 79

FDP-Fraktion (K. Suter/Ch. Müller):

Die erwähnte Studie zur Alkoholszene auf öffentlichen Plätzen soll die REINE Alkoholszene nicht als besonders störendes Phänomen festgestellt haben. In der Öffentlichkeit wird das anders empfunden.

Welche Bedeutung hat die Bezeichnung REIN in diesem Zusammenhang? Ab wann wird ein Phänomen als störend eingeschätzt? Welche wesentlichen Erkenntnisse beinhaltet der auf Ende März 2002 vorliegende Schlussbericht?

Antwort:

Mit der Bezeichnung „reine Alkoholszene“ ist gemeint, dass sich die Studie auf Alkoholikerinnen und Alkoholiker bezieht, die ausschliesslich Alkohol (keine illegalen Suchtmittel) konsumieren. Die Studie zur Alkoholszene in der Berner Innenstadt kommt zum Schluss, dass die nachgewiesene offene Alkoholszene von circa 20 Personen gemäss Interviews mit Geschäftsinhabern/-inhaberinnen und Passanten/Passantinnen nicht als besonders störend oder belastend empfunden werde und auch gegenüber anderen Städten der Schweiz keine Besonderheiten aufweise. Es bestehe deshalb zur Zeit kein Handlungsbedarf für die Schaffung eines Alkoholikerstübli mit zusätzlichen Betreuungsangeboten. Vorgeschlagen wird hingegen die Bildung einer Informationsplattform, um die Zusammenarbeit zwischen den niederschweligen und höherschweligen Angeboten zu verbessern. Zudem soll eine Informationsbroschüre über die bestehenden Angebote für die Zielgruppe erarbeitet werden.

Bereich Arbeit
S. 81

FDP-Fraktion (K. Suter/Ch. Müller):

Lehrstellenmarkt: Es wird festgestellt, dass die Klientel zunehmend anspruchsvoller wird und dies aus einer Vielzahl von Gründen. Diese könnten zusammengefasst werden unter der Oberbezeichnung 'abnehmende Tüchtigkeit'.

Welche Massnahmen werden getroffen, um die Tüchtigkeit und die Eigenverantwortung der Klientel zu fördern?

Antwort:

Diverse Faktoren beeinflussen die Tüchtigkeit und Eigenverantwortung der Klientel: Motivation/Zielsetzung, Lernfähigkeit, Einsatzbereitschaft und Selbstwertgefühl.

Motivation/Zielsetzung: Der Bereich Weiterbildung und Beschäftigung (BWB) erarbeitet gemeinsam mit den Betroffenen eine realistische Berufswahl. Lernfähigkeit: Den Jugendlichen werden Lerntechniken vermittelt. Einsatzbereitschaft: Es werden klare Spielregeln (zum Beispiel Disziplin) vereinbart, welche den Normen und Werten der Arbeitswelt entsprechen.

Selbstwertgefühl: Die Betroffenen erhalten klare Rückmeldungen (Lob oder auch Kritik).

Zweite Unterbringungsphase
S. 83/84

FDP-Fraktion (K. Suter/Ch. Müller):

Im Flüchtlingswesen sollen die EDV-Bedürfnisse durch eine Software der GEF abgedeckt werden.

Sind dadurch Kompatibilitätsprobleme mit KISS zu erwarten?

III. Statistik Fürsorgeamt
S. 102 Anhang

Antwort:

Zur Zeit existiert kein Anwenderprogramm, welches den Bedürfnissen des Bereichs Asyl in Verbindung mit den Vorgaben der GEF gerecht wird: Ein jedes benötigt Anpassungen. Der Bereich evaluiert zur Zeit die Programme nach den Kriterien Umfang der Anpassungen, Kosten und Dienstleistungen/Wartung durch die Softwarefirma. Ein Antrag an die Projektsteuerungsgruppe wird diesen Sommer noch folgen.

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Was unternimmt der Sozialdienst bei den 179 KlientInnen, die eine zu teure Wohnung haben, resp. welches sind die Kriterien des Sozialdienstes, nach denen eine Wohnung als „zu teuer“ eingestuft wird?

Antwort:

Das Fürsorgeamt hat in eigenen Mietzinsrichtlinien die maximale Obergrenze der noch als vertretbar angesehenen Wohnungsmieten nach Haushaltsgrösse festgelegt. Gegenwärtig sind Bestrebungen im Gang, die Mietzinsansätze und die Bemessungsgrundsätze in der Region (Verein Region Bern) einheitlich zu gestalten. Werden die internen Mietzinsobergrenzen überschritten, richten sich die Sanktionen nach den verbindlich erklärten Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe.

Rechtsdienst
S. 105 Anhang

GB/JA!/GPB-Fraktion:

17% der eingereichten Beschwerden wurden gegen das Fürsorgeamt entschieden: Um was für Fälle (inhaltlich/ technisch) handelt es sich und welche Konsequenzen zieht die DSO daraus?

Antwort:

Diejenigen Fälle, die gegen das Fürsorgeamt entschieden wurden, lassen sich zwei Gebieten zuordnen: Einerseits handelte es sich um Kostengutsprachen für Zahnbehandlungen. Das Fürsorgeamt hat im Mai 2002 das entsprechende interne Stichwort überarbeitet und das Vorgehen noch klarer festgelegt. Andererseits ging es um Fälle von Rückerstattungen von bezogenen Sozialhilfeleistungen. Dabei standen juristisch anspruchsvolle Details zur Frage, weshalb keine generelle Aussage möglich ist.

Rechtsdienst
S. 105 Anhang

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Sie wann sind die fraglichen Formulare mit der entsprechenden Rechtsmittelbelehrung versehen und welche Erfahrungen hat man damit gemacht?

Antwort:

Der Sozialdienst gibt Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern das „Informationsblatt zur Sozialhilfe“ ab, in dem diese auf die wichtigsten Rechte und Pflichten aufmerksam gemacht werden. Entscheide des Sozialdienstes wurden der Klientschaft bisher in Briefform mitgeteilt und nur dann formell verfügt, wenn dies von der Klientschaft verlangt wurde (zweistufiges Verfahren). Seit Inkrafttreten des neuen Sozialhilfegesetzes kommt das einstufige Verfahren zur Anwendung: Ablehnende Entscheide werden formell verfügt, das heisst sie enthalten in jedem Fall neben der Begründung des Entscheides auch eine Rechtsmittelbelehrung.

IV. Vormund-

FDP-Fraktion (K. Suter/Ch. Müller):

schaftsverwaltung
/Erbschaftsamt
S. 85

Vormundschaftsverwaltung: Die tiefgreifenden Probleme in diesem Bereich wird einer Reorganisationsüberprüfung unterzogen. Welches sind die ersten vorliegenden Ergebnisse? Wie ist das weitere Vorgehen? Wie wird die momentane Wahrnehmung der anstehenden Aufgaben in diesem Bereich eingeschätzt?

Antwort:

- Der Projektbericht liegt vor. Es wird vorgeschlagen, die beiden Ämter Vormundschaftsverwaltung und Amtsvormundschaft zu einem Amt mit dem Namen ‚Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz‘ zusammen zu legen. Die neue Struktur wird dem Gemeinderat im Juni 2002 zum Entscheid vorgelegt.
- Nach dem Entscheid des Gemeinderats erfolgt die Erarbeitung der Feinstruktur der einzelnen Bereiche, sowie deren organisatorische Umsetzung.
- Die anstehende Umsetzungsphase wird einen Mehraufwand an Arbeit für alle Beteiligten des neuen Amtes erfordern, was zu einer Beeinflussung des normalen Geschäftsganges führen wird. Bis die erwarteten Effizienzsteigerungen greifen können, werden zwei bis 2005 befristete Sonderstellen benötigt, welche dem Gemeinderat auch beantragt werden.

Erbschaftsamt
S. 85

FDP-Fraktion (K. Suter/Ch. Müller):

Die Gestaltung des Erbschaftsamts als bürgernahes Kompetenzzentrum mit Ausstrahlung bis in den Kanton hinaus wird begrüsst.

Wie gross ist die Belastung durch Anfragen von ausserhalb der Gemeinde und werden dafür ggf. Kompensationsforderungengestellt?

Antwort:

- Auskünfte an und Beratungen von Gemeinden: durchschnittlich eine bis zwei pro Woche, ohne Gebühren und Kompensationsforderungen.
- Für Beratungen von Banken und Vermögensverwaltern (erbenlose Guthaben etc) werden Gebühren verlangt.

VI. Jugendamt
Jahresbericht NSB
S. 24

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Es ist von „überdurchschnittlichen Krankheitsabwesenheiten in den Betreuungseinrichtungen“ die Rede, die zu zusätzlichen Kosten für Aushilfen geführt haben. Gibt es Hinweise, worauf sind diese überdurchschnittlichen Krankheiten zurückzuführen sind (hohe Arbeitsbelastung, Stress, Burn-out, anderes, etc)?

Antwort:

Die hohen Krankheitsabwesenheiten wurden im Wesentlichen beeinflusst durch die monatelange Abwesenheit von 4

Mitarbeitenden (Krebserkrankung (Übernahme durch IV), Rückenleiden, psychische Erkrankung (IV-Abklärung) und eine Erkrankung im Zusammenhang mit Schwierigkeiten am Arbeitsplatz). Ausser im letzten Fall gibt es keine Hinweise, dass die Krankheiten einen Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz haben. Es handelt sich vielmehr um eine zufällige Häufung von tragischen Erkrankungen.

Jahresbericht NSB GB/JA!/GPB-Fraktion:

S. 25

Tagesbetreuungsangebote: Die Zusammenarbeit der Stadt mit der Privatwirtschaft für mehr Tagesbetreuungsangebote wird erwähnt, welche mit „einer möglichst geringen Belastung des städtischen Budgets“ geschaffen werden sollen. Welche Art von Betreuungs-Angeboten und wie viele Plätzen sind aufgrund dieser neuen Zusammenarbeit von Seiten privater ArbeitgeberInnen realisiert, bzw. in Planung?

Antwort:

Im Rahmen der Aktivitäten Public Partner Partnership PPP im Bereich Tagesstätten wurde ein neues Finanzierungsmodell für private Firmen entwickelt. Dieses sieht eine Finanzierung von Tagesbetreuungsplätzen auf drei Beinen vor:

- Die Firma bezahlt einen fixen Beitrag von Fr. 500.00 pro Monat und Platz
- Die Eltern bezahlen Beiträge gemäss dem städtischen Tarifreglement
- Ein eventuell verbleibender Restbetrag übernimmt die Stadt Bern.

Das Modell wird in diesen Tagen bei ausgesuchten Firmen lanciert. Vorgesehen sind dafür 2002 höchstens 17 Plätze in städtischen und privaten Kitas.

**VII. Alters- und
Versicherungsamt**

1.Ambulante Dienste/Alter

S. 88

SVP/JSVP-Fraktion:

Welche konkreten Verbesserungen haben die VAP-Massnahmen gebracht? Wie hat sich die Stresszulage ausgewirkt?

Antwort:

Von der DSO werden folgende Einrichtungen erfasst: Domicil für Senioren die Alters- und Pflegeheime Kühlewil und Neuhaus, Spitex Bern.

Im Ganzen wurde die Auszahlung der lohnrelevanten VAP-Massnahmen beim Personal, das in den Genuss davon kam (dipl. Pflegepersonal) als Anerkennung geschätzt. Sie hat sicher dazu beigetragen, die Fluktuation relativ gering zu halten, resp. vakante Stellen auch wieder besetzen zu können. Der Stress selber ist dadurch selbstverständlich nicht zurückgegangen und besteht auch beim Personal, das von diesen Massnahmen nicht profitieren kann (pflegerische Hilfskräfte, Hauswirtschaft), und sie deshalb in ihrer Ausgestaltung als ungerecht betrachtet.

Kurt Hirsbrunner (SVP) fragt, was der Gemeinderat zu unternehmen gedenke, um die erwähnte Ungerechtigkeit zu mildern?

Gemeinderätin *Ursula Begert* erklärt, die VAP-Massnahmen seien vom Kanton beschlossen worden. Aus dem Heim Kühlewil wurde kritisiert, dass nur das ausgebildete Personal diese Zuschläge erhalte. Gemeinderätin Begert hat keine Möglichkeit, diese Situation zu ändern. Die Stadt kann nicht Mehrkosten übernehmen, die sie zu 100% selber tragen müsste. Eine Alternative wäre, dass diejenigen, welche Zuschläge erhalten, diesen Betrag mit denjenigen teilen, die keine Zuschläge erhalten. Gemeinderätin Begert glaubt, dass sehr gut ausgebildetes Personal besser mit Belastungen umgehen können sollte. Wir müssen den Beschluss des

Kantons jedoch umsetzen. Die Stadt Bern wird keine zusätzlichen Beträge ins Budget aufnehmen, die nicht lastenverteilungsberechtigt sind.

S. 88

SVP/JSVP-Fraktion:

Sind die städtischen Institutionen auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig? Wie viele offene Stellen (getrennt nach Alters- und Pflegeheimen sowie Spitäler) gibt es in den städtischen Institutionen?

Antwort:

Im Ganzen betrachten die Personalverantwortlichen der obigen Institutionen die Löhne und Arbeitsbedingungen, die sie im Pflegebereich anbieten können, heute als konkurrenzfähig. Dazu haben die VAP-Massnahmen wesentlich beigetragen. Das Problem liegt darin, dass z.Z. sehr wenig Fachpersonal überhaupt auf dem Markt ist. Wenn Anstellungsgespräche stattfinden, seien die Löhne, die angeboten werden können, akzeptabel.

Offene Stellen (28.5.2002):

Domicil für Senioren: insgesamt 10, Pflege 6 (500 Stellenprozent)

Kühlewil: keine, per 1.7. 300 % Pflege gekündigt, noch nicht besetzt

Neuhaus: 80% Pflege

Spitex: 200% Pflege

S. 88

SVP/JSVP-Fraktion:

Wie viele Stellen, die durch qualifiziertes Personal besetzt werden müssten, sind durch Hilfspersonal besetzt ?

Antwort:

Keine. Sowohl für die stationären Einrichtungen wie für die Spitex gibt es Qualitätskriterien (durch Krankenkassen, kantonale Heimverordnung), die bestimmte Verrichtungen nur durch Fachpersonal zulassen, resp. den Anteil Fachpersonal auf das gesamte Personal vorschreiben. Diese Kriterien werden in den genannten Einrichtungen stets erfüllt.

I. Direktion

(Anhang)

S. 94 Anhang

SVP/JSVP-Fraktion:

Wie wird die ständige Abnahme der Rücklaufquote gebrauchter Spritzen interpretiert und wie wird darauf reagiert?

Antwort:

Die genauen Gründe sind nicht erklärbar. Die Kontakt- und Anlaufstelle hat bereits vor einiger Zeit damit begonnen, die Benutzerinnen und Benutzer anzuhalten, gebrauchte Spritzen zur fachgerechten Entsorgung in die Kontakt- und Anlaufstelle zurückzubringen. Es wurde ein „Belohnungssystem“ eingeführt, indem den Drogenabhängigen neben neuen Spritzen (Spritzentausch 1:1) kleine Belohnungen ausgerichtet werden: Pro 50 Spritzen gibt es beispielsweise die Gutschrift eines Tagesmenüs, für eine kleinere Anzahl zurückgebrachter Spritzen kleinere Toilettenartikel. Über den Erfolg dieser Massnahmen kann im jetzigen Zeitpunkt noch keine konkrete Aussage gemacht werden.

VII. Alters- und Versicherungsamt

(Anhang)
S. 97 Anhang

SVP/JSVP-Fraktion:

Warum haben die Nettobetriebskosten des Alters- und Pflegeheim Kühlewil im Berichtsjahr um mehr als 20% zugenommen?
Ist eine Veränderung in Sicht oder geht das munter so weiter?

Antwort: Die Gründe für die grosse Zunahme des Betriebsdefizits Kühlewil sind im wesentlichen:

1. Kostenseite: VAP-Massnahmen
2. Ertragsseite: Schlechte Auslastung, Rückgang der Nachfrage nach Altersheimplätzen

Zukunftsprognosen:

1. Das finanzielle Ergebnis ist von vielen Faktoren abhängig, die von der DSO nicht beeinflusst werden können (Tarife, Krankenkassenvergütungen, Einführung 40-Stunden-Woche, VAP-Massnahmen usw.) Ausser den VAP-Massnahmen sind aber gegenüber dem Vorjahr keine Mehrkosten entstanden.

2. Das Problem ist die schlechte Belegung. Um der Nachfrage nach Plätzen für hohe Pflegebedürftigkeit nachzukommen, soll deshalb noch im Jahre 2002 die Pflege in zusätzlich 26 Betten ermöglicht werden. Im Gegenzug werden im gleichen Umfang die weniger gefragten Altersheimplätze reduziert. Dafür sind jedoch bauliche, organisatorische und personelle Massnahmen erforderlich, die sich mittelfristig entlastend auf die Rechnung auswirken. Der Gemeinderat hat den erforderlichen Investitionskredit bereits genehmigt.

Direktion für Bildung, Umwelt und Integration

I. Einleitung

S. 93 ff.

FDP-Fraktion (M. Blatter/M. Marti/M. Suter):

Per 1.1.2002 wird die Schulzahnpflege ausschliesslich Gemeindsache.

Welche Auswirkungen/Konsequenzen evtl. Abbau/Ausbau wird diese Kommunalisierung haben?

Welche Einsparungen konnten im Rahmen der Kantonalisierung erzielt werden?

Antwort: Die FILAG-bedingten Änderungen im Bereich Gesundheit führen zu einem insgesamt um Fr. 45,8 Mio. tieferen Nettoaufwand. Einerseits ist dies auf die Aufhebung des Lastenausgleichs im Spitalwesen (inkl. Betriebsdefizite der Spitalverbände) zurückzuführen; der neu von den Gemeinden alleine zu tragende Aufwand der Schulzahnpflege bringt andererseits Mehrkosten von rund 1,0 Mio. Fr. (s. Budgetbericht vom 22. November 2001: Voranschlag 2002, Vorlage des Stadtrates an die Gemeinde, Seite 11).

II. Generalsekretariat

S. 95

FDP-Fraktion (M. Blatter/M. Marti/M. Suter):

Die Berufsschulen wurden per 1.1.2001 kantonalisiert. Welche Auswirkungen personeller Art hatte dies für die BUI?

Antwort: Im Zuge der Kantonalisierung der Berufsbildung wurde das Personal der Allgemeinen Berufsberatung der Stadt Bern sowie das gemäss städtischem Personalrecht angestellte Verwaltungs- und Betriebspersonal der städtischen Berufsschulen auf den 1. Januar 2001 in den Verantwortungsbereich des Kantons überführt. Es handelte sich

um insgesamt rund 100 öffentlich-rechtlich angestellte Mitarbeitende auf 74.6 geschaffenen Stellen und 125 vertraglich angestellte Mitarbeitende auf Sonderstellen. Auf denselben Zeitpunkt hin wurden im Schulamt die 100 Stellenprozente zur Bearbeitung von Berufsschulgeschäften gestrichen. Als Umsetzungsmassnahme der Regierungsreform überprüfte der Gemeinderat die Personallage in allen Direktionen und nahm die nötigen Kapazitätsverschiebungen in den Stabsdiensten vor. Dabei berücksichtigte er die Umgestaltung der BUI, das heisst einerseits den Transfer des Zentralen Diensts Bau mit dem gesamten Personalbestand in die HSE, andererseits die folgenden neuen Aufgaben- und Verantwortungsbereiche der Direktion BUI: das Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle, die Badebetriebe und Eisbahnen, die Koordinationsstelle Integration, den Spitalverband und alle damit in Zusammenhang stehenden Verpflichtungen sowie die Heilpädagogische Sonderschule. Diese Fachbereiche und Dienststellen beanspruchen neu die Personalkapazitäten der Stabsdienste der BUI.

S. 96

SVP/JSVP-Fraktion:

Die Reduktion des Jahresbeitrages an die StUB wurde im Stadtrat festgelegt. In einem Brief an die FIKO-Mitglieder wurden die Konsequenzen der Kürzung aufgezeigt. Wo stehen die Verhandlungen zwischen der Stadt und der StUB? Wie stellt sich die StUB zu diesen Kürzungsmassnahmen?

Antwort: Kanton, Burgergemeinde und die StUB haben davon Kenntnis genommen, dass der Stadtrat das vom Gemeinderat beantragte Vorgehen gut geheissen hat, dass also die Stadt ihre jährlichen Beiträge sukzessive auf einen Betrag von Fr. 120 000.00 (ab 2004) reduzieren will. Natürlich bedauern die beiden andern Stiftungsträger und die StUB-Leitung diesen Kürzungsentscheid der Stadt. Sie bringen ihm jedoch angesichts der schwierigen finanziellen Situation der Stadt auch gewisses Verständnis entgegen. Die Anstrengungen von Kanton, Burgergemeinde und StUB konzentrieren sich gegenwärtig darauf, die resultierenden Einnahmeausfälle durch Mehrbeiträge der beiden andern Stiftungsträger grösstmöglich ausgleichen zu können.

IV. Koordinationsstelle für Integration

S. 98

FDP-Fraktion (M. Blatter/M. Marti/M. Suter):

Welche Leistungen hat die Koordinationsstelle 2001 erreicht?

Kommunikationskonzept der Koordinationsstelle: Welche Rahmenbedingungen und Vorgaben neben dem Integrationsleitbild wurden der Erarbeitung zugrunde gelegt?

Welche andere Kommunikationskonzepte, inner- und ausserstädtisch, werden beigezogen?

Antwort: Im ersten halben Jahr ihrer Existenz hat die Koordinationsstelle die im Integrationsleitbild vorgesehene Organisation aufgebaut. Dazu gehört einerseits der Aufbau der Stelle selbst (Schwerpunktthemen, Zuständigkeiten, Dokumentation, Sekretariat). Ausserdem findet jetzt über die Konferenz der Integrationsverantwortlichen eine Koordination der verwaltungsinternen Integrationsarbeit statt und über die Fachkommission für Integration die Vernetzung zu verwaltungsexternen Kreisen (Migrationsfachpersonen verschiedener Bereiche, Wirt-

schaft, Kirchen etc.). Mit beiden Gremien sind inzwischen Jahresplanungen und ein mittelfristiges Arbeitsprogramm erarbeitet, um die städtische Integrationsarbeit möglichst zielgerichtet und effizient zu gestalten. Ferner hat die Koordinationsstelle Öffentlichkeitsarbeit geleistet in Form einer ersten, sehr gut besuchten Versammlung mit Migranten und Migrantinnen sowie durch diverse Vorträge, Teilnahme an Podiumsveranstaltungen oder Medienarbeit. Die Koordinationsstelle hat einen engen Kontakt zu den zuständigen Bundesbehörden und zu entsprechenden Ansprechpartnern auf Kantonsebene aufgebaut. Ausserdem bringt sie in der Arbeitsgemeinschaft Ausländerkriminalität der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren ihr Integrationsfachwissen ein.

Das Kommunikationskonzept ist in Erarbeitung und stützt sich auf eine Erhebung des Ist-Zustandes in der Stadt Bern zum Thema „Kommunikation im Bereich Integration“, auf eine Analyse der Schwachstellen (Beispiel: Förderung der Information über die Notwendigkeit des Spracherwerbs, Kenntnisse über das Leben in der Stadt Bern etc.) sowie auf diverse einschlägige Kommunikationskonzepte anderer Städte oder Kantone. Wichtige Massnahmen – nicht zuletzt im Sinne des ökonomischen Einsatzes der Mittel – werden die Vernetzung oder Bündelung vorhandener Informations- und Kommunikationskanäle sowie die gezielte Sensibilisierung der Öffentlichkeit für brennende Fragen des Zusammenlebens von Männern, Frauen und Kindern mit und ohne Schweizer Pass sein.

Als Mitglied der Konferenz der Integrationsbeauftragten der Städte und Kantone hat die Koordinationsstelle Zugang zu den Kommunikationskonzepten anderer Stellen, soweit diese schon über solche verfügen (der gesamte Bereich „Integration als Aufgabe des Staates“ befindet sich überall erst im Aufbau). Der innerstädtische Know-how-Transfer wird selbstverständlich sichergestellt. Die Voraussetzungen sind jedoch nicht überall vergleichbar. Beispielsweise ist es in einigen Bereichen üblich, Kommunikationsmassnahmen in Projektierungs- und Ausführungskredite von vornherein einzuschliessen.

SVP/JSVP-Fraktion:

Was wurde im Berichtsjahr von Seite der BUI unternommen, um die grosse Benachteiligung der fahrenden Kinder und Jugendlichen punkto Lern- und Ausbildungsmöglichkeiten zu reduzieren?

Antwort:

Die Kinder der Fahrenden haben weniger Schulunterricht als die andern Kinder aus Oberbottigen. Die Lehrerschaft unterrichtet die Kinder gezielt entsprechend ihren Lernvoraussetzungen, ihrem Leistungsstand und ihren kognitiven Fähigkeiten auf differenzierte Weise. Sie bemüht sich systematisch, die Kinder dort abzuholen, wo sie sind, und ihnen eine minimale Allgemeinbildung zu vermitteln. Wenn die Kinder „auf Fahrt“ sind, gibt ihnen die Lehrerschaft Aufgaben mit. Die Lösungen und Arbeiten werden der Schule von unterwegs zugestellt, die Kinder erhalten sie dann korrigiert und kommentiert zurück. Einige Eltern unterstützen die Kinder bei diesen Hausaufgaben, andere kümmern sich weniger darum. Das Schulinspektorat, dem die Aufsicht über

V. Schulamt
S. 99 - 104

den Unterricht obliegt, hat bereits vor Jahren die Dispensation der Kinder vom Unterricht gestattet, weil es sich dabei um eine Art Gewohnheitsrecht handelt und um die gängige Praxis in der ganzen Schweiz. Nach den Herbstferien nehmen alle Kinder der Fahrenden in Oberbottigen den Unterricht auf. Das Schulinspektorat stellt der Schule Oberbottigen je nach Anzahl fahrender Kinder Lektionen für abteilungsweisen Unterricht zur Verfügung. Im Frühling wird der Schulschluss mit den einzelnen Familien individuell besprochen und geregelt. Grundsätzlich sind die Möglichkeiten der Einflussnahme beschränkt. Die Schule macht jedoch positive Erfahrungen mit Überzeugungsarbeit und konnte einige Eltern von der Wichtigkeit überzeugen, ihre Kinder vor der Schulzeit den Kindergarten besuchen zu lassen. Diese Kinder haben beim Schuleintritt die besseren Lernvoraussetzungen und Chancen für eine gute Integration

Margrit Thomet (SVP) stellt fest, dass nach wie vor in der Ausbildung der Kinder und Jugendlichen der Fahrenden eine unbefriedigende Situation besteht. Dass diese Kinder ein gutes halbes Jahr nicht in die öffentlichen Schulen gehen und die Gemeinde keinen Handlungsbedarf sieht, ist keine Entschuldigung. Es ist Tatsache, dass viele Familien auch nach der Schulentlassung der Kinder auf dem Standplatz verweilen und deshalb die Schulabsenzen nicht gerechtfertigt sind. Oft gehen nicht alle Familienmitglieder „auf Fahrt“, einzelne bleiben auch im Sommer auf dem Standplatz. Mit gutem Willen könnten diese Kinder somit das ganze Schulpensum bewältigen. Dass sich das jetzige System – Aufgaben auf die Fahrt mitgeben – nicht bewährt, zeigen die Ergebnisse. Diese Jugendlichen verfügen über einen derart minimalen Ausbildungsstand, dass eine Abhängigkeit von der Sozialhilfe vorprogrammiert ist. Die Integration in unsere Gesellschaft muss auch bei den Fahrenden ein Thema sein, damit sie überleben können. Der Kanton und die Gemeinde Bern müssen unbedingt zugunsten der Kinder und Jugendlichen der Fahrenden grössere Anstrengungen zur besseren Ausbildung unternehmen.

S. 99

SVP/JSVP-Fraktion:

Was bedeutet der Zusammenschluss der Kindergärten und der Volksschulen für die Kindergärtnerinnen und vor allem für die Kinder? Gibt es neue Kindergartenlehrpläne?

Antwort:

Im pädagogisch-didaktischen Bereich ändert sich für die Kindergärtnerinnen nichts. In ihrer Arbeit mit den Kindern sind sie dem neuen kantonalen Lehrplan für den Kindergarten verpflichtet. Aufsichtsorgan in diesem Bereich ist das kantonale Schulinspektorat. Neu sind die Kindergärtnerinnen einer Schulleitung unterstellt. Diese hat gemäss Schulleitungsverständnis der Erziehungsdirektion des Kantons Bern die Pflicht, die berufliche Befindlichkeit aller Lehrpersonen, nun auch der Lehrpersonen im Kindergarten, zu fördern. In periodischen Evaluationsgesprächen zwischen Schulleitung und Lehrpersonen wird deren berufliche Situation beurteilt. Im weiteren sind die Lehrpersonen für den Kindergarten voll im Kollegium einer Schule integriert, mit allen Rechten und Pflichten.

Ab Schuljahr 2004/2005 werden erstmals Absolventinnen und Absol-

venten der neuen Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung zur Verfügung stehen. Dank der Zusammenführung von Kindergarten und Volksschule steht den Lehrpersonen mit Stufenausbildung für Kindergarten und 1. und 2. Klasse Primarstufe auch in Bern ein attraktives Angebot zur Verfügung.

Eine wichtige Phase im Schulleben eines Kindes ist der Übergang vom Kindergarten in die Volksschule. Mit dem Zusammenschluss von Kindergarten und Volksschule wird dem noch vermehrt Gewicht beigemessen. Der Kindergarten ist wenn immer möglich in die pädagogischen Zielsetzungen der Schule und in Schulentwicklungsfragen einzubeziehen. Zwischen den Lehrpersonen im Kindergarten und in der Volksschule sind regelmässige Kontakte und Aktivitäten zu planen wie Erfahrungsaustausch, Übergabegespräche, Rückmeldungen nach der Einschulung, gegenseitige Unterrichtsbesuche, Zusammenarbeit mit Beratungsinstitutionen, Anlässe mit Eltern. Dies fand bisher vielerorts statt und kann nun, nach Zusammenschluss von Kindergarten und Volksschule, gezielter und systematischer gestaltet werden.

Margrit Thomet (SVP) findet es erstaunlich, dass beim in der Antwort des Gemeinderats erwähnten begrüssenswerten Zusammenschluss von Kindergarten und Schule nicht auch der Lehrplan den neuen Verhältnissen angepasst worden ist. Das spielerische und musische Betätigen und Wirken hat auf der Kindergartenstufe sicher Priorität. Dies schliesst jedoch nicht aus, die Schreib- und Lesefähigkeit in die Themenbereiche der Kindergärten einzubeziehen. Der Kanton hat hier offensichtlich eine Chance verpasst. Es wäre deshalb wichtig, dass die Direktion BUI in dieser Richtung aktiv und beim Kanton vorstellig würde.

Direktorin BUI *Edith Olibet* nimmt die Bemerkungen von Margrit Thomet, die keine Fragen sind, zur Kenntnis.

S. 101 FDP-Fraktion (M. Blatter/M. Marti/M. Suter):
Integrierte Schulsozialarbeit im Schulkreis Brunnmatt: Die aufgezählten "Erfolgsfaktoren" stellen formelle, selbstverständliche Voraussetzungen für eine effektive Sozialarbeit dar.

Welches sind die Erfolgsfaktoren in materieller Hinsicht?

Antwort:

Der Evaluationsbericht, der explizit auf die gestellte Frage betreffend „Erfolgsfaktoren in materieller Hinsicht“ eingeht, erscheint offiziell Ende Juni 2002. Im weiteren wird der Gemeinderat im Prüfungsbericht zum Postulat Fraktion CVP/ARP (Daniel Kast, CVP): Sozialarbeit an die Schulen, die Erfolgsfaktoren nennen. Die Evaluationsergebnisse werden im Verwaltungsbericht 2002 dargelegt.

S. 101 SP/JUSO-Fraktion:
Integration – für eine multikulturelle und sozial vielfältige Schule: Sind die Ursachen für die im VB angegebene Übervertretung von ausländischen und fremdsprachigen Kindern in Klassen mit reduzierten Leistungsanforderungen bekannt?
Wenn Ja: Welche sind dies? Wie will der Gemeinderat diese Überver-

betreuung reduzieren?

Wenn Nein: Ist eine entsprechende Analyse geplant?

Antwort:

Der Gemeinderat hat zur angesprochenen Problematik anlässlich der Beantwortung des Postulats Liselotte Lüscher (SP): Städtische Kleinklassen: Inflation statt Integration, festgehalten, dass die Zunahme der Kleinklassen mit der Zunahme von schwierigen Situationen mit Schülerinnen und Schülern zusammenhängt und dies begründet. Die Ursachen liegen einerseits an der soziodemografischen Entwicklung der Stadt Bern. Mehr sozial benachteiligte Familien sind auf Grund ihrer existenziellen Problematik weniger in der Lage, ihren Kindern ein förderndes Umfeld zu bieten. Andererseits steht fest, dass sich der hohe Anteil fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler direkt auf die Anzahl Kleinklassen auswirkt, weil Schwierigkeiten auftreten, welche die Zuweisung in eine Kleinklasse nötig machen, obschon die Ursache in der fehlenden Sprachkompetenz liegt. Mit dem Projekt „Integration für eine multikulturelle und sozial vielfältige Schule“ (IMSS) soll verhindert werden, dass in Zukunft ausländische und fremdsprachige Kinder in Klassen mit reduzierten Leistungsanforderungen klar übervertreten sind. Das vorgesehene Konzept wird im Herbst 2002 im Entwurf vorliegen. Die Umsetzungsarbeiten können im Schuljahr 2003/2004 beginnen.

S. 101

SP/JUSO-Fraktion:

Integration – für eine multikulturelle und sozial vielfältige Schule: Im Text wird darauf hingewiesen, dass fremdsprachige Kinder in den KK übervertreten sind und der Anteil gesamtstädtisch 35% ausmacht. Wieso wird diese Tatsache im Anhang nicht aufgenommen, so dass eine Entwicklung sichtbar würde und klar würde, welche Quartiere speziell betroffen sind (falls es Unterschiede gibt)?

Antwort:

Der zahlenmässige Anteil fremdsprachiger Schülerinnen und Schüler in den Quartieren wurde bisher nicht separat erhoben; die Durchführung einer getrennten Erhebung wird für die Zukunft überprüft.

S. 101

SP/JUSO-Fraktion:

Integration – für eine multikulturelle und sozial vielfältige Schule: „Unter einer Vielzahl wichtiger Aufgaben gilt es, klare Schwerpunkte zu definieren.“

Welche Schwerpunkte sind dies? Wie sollen diese umgesetzt werden?

Antwort:

Die Förderung muss sich an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler orientieren und diesen gerecht werden. Die Lehrpersonen müssen auf diese Förderaufgabe professionell vorbereitet werden. Ferner muss eine Organisationsstruktur geschaffen werden, welche den optimalen Einsatz der Mittel gewährleistet.

S. 102

SP/JUSO-Fraktion:

Schwabgut: „Integration der Lehrpersonen und des Unterrichts für heimatliche Sprache und Kultur in die Primarschule.“

- Stand der Umsetzung?
- Wie steht es mit der Zusammenarbeit mit anderen Projekten dieser Art (kantonal und interkantonal)?

Antwort:

Nachdem die Erziehungsdirektion im Sinne von Empfehlungen Modelle für die Integration des Unterrichts in heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) veröffentlicht hatte (2001), wurde die Zusammenarbeit zwischen der Schule Schwabgut, der BUI und der Erziehungsdirektion erneut aufgenommen. Gegenwärtig erarbeitet die Schule mit der Erziehungsdirektion ein Grobkonzept für einen integrierten HSK-Unterricht in ihrem Schulkreis. Die Erfahrungen ausserkantonaler Projekte und Modelle werden in die konzeptionelle Arbeit mit einbezogen.

S. 102

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Informatik an den Volksschulen: Weshalb genau erfuhr dieses Projekt eine Verzögerung resp. warum muss das Konzept überarbeitet werden und bis wann ist mit der Lancierung zu rechnen?

Antwort:

Die Verzögerung ist zurückzuführen auf den Umfang des Projekts, die zu erwartenden massiven finanziellen Auswirkungen für die Stadt, die zum Teil noch ungeklärte Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich Informatik an Volksschulen, die Erweiterung des Informatikunterrichts auf die Primarstufe, die zu überprüfenden didaktischen Anforderungen an die Schule sowie die Ausschöpfung von Synergien mit dem EDV-Bereich der Stadt. Im Rahmen eines Vorprojekts wird eine Kreditvorlage erarbeitet. Mit der Umsetzungsphase im Rahmen eines Gesamtkonzepts ist ab Schuljahr 2004/2005 zu rechnen.

S. 102

FDP-Fraktion (M. Blatter/M. Marti/M. Suter):

Informatik an den Volksschulen: Die Verzögerungen seien auf die "laufende Entwicklung im EDV-Bereich" zurückzuführen. Konnte diese "laufende Entwicklung" nicht vorausgesehen werden? Wann verlässt das Projekt das Stadium der Konzepterarbeitung?

Antwort:

Wie in der vorhergehenden Antwort dargelegt wird, hat die Komplexität und der Umfang des Projekts eine zeitliche Verzögerung zur Folge. Die Realisierung erfolgt ab Schuljahr 2004/2005.

S. 103

FDP-Fraktion (M. Blatter/M. Marti/M. Suter):

Herbstlaub: Die Aktion wird als gelungen und sinnvoll bezeichnet. Durch wen (Eltern, Schülerschaft, Lehrkräfte ...) wurde die Aktion und nach welchen Kriterien beurteilt?

Antwort:

Der leitende Ausschuss der Konferenz der Schulleitungen schätzte die Aktion als gelungen und sinnvoll ein. Die Stadtgärtnerei bezeichnet die Aktion als vollen Erfolg. Durch den Einsatz der Schülerinnen und Schüler konnte deutlich mehr Laub der Rosskastanie vernichtet werden, als dies den Angestellten der Stadtgärtnerei möglich gewesen wäre. Der Erfolg der Aktion kann erst in einigen Jahren beurteilt werden.

den.

VII. Schulzahnmedizinischer Dienst

GFL/EVP-Fraktion (Michael Burri):

Welches war 2001 der Kostendeckungsgrad der Schulzahnklinik (aufgeteilt je auf die Filialen Rodtmattstrasse und Bümpliz) im Vergleich zu den Vorjahren?

S. 123 Anhang

Antwort:

Auch wenn der SZMD noch über keine Kostenrechnung verfügt, ergibt eine Zusammenstellung und Auswertung der Datenlage 2000, dass die Schulzahnklinik kostendeckend arbeitet. Bei Anwendung des Schulzahnpflegetarifs resultiert ein Kostendeckungsgrad von 102%, bei Anwendung des Sozialtarifs einer Privatpraxis ergibt sich gar ein Deckungsgrad von 113%. Dies trotz der hohen Mietzinsbelastung. Die Datenlage 2001 ist noch nicht ausgewertet. Eine Erhärtung der internen Kostendeckungsanalyse ist erst mit Installierung der neuen EDV möglich. Eine Trennung hinsichtlich der Kostenstruktur zwischen den Kliniken Bümpliz und Breitenrain wird nicht durchgeführt.

VIII. Amt für Umweltschutz und Lebensmittelkontrolle

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Was waren die genauen Gründe dafür, dass Eigentümer/Verwaltungen dem Einbau von Schallschutzfenstern nicht zugestimmt haben, wieviele MieterInnen sind davon betroffen, bzw. wurden die MieterInnen in diese Diskussion miteinbezogen und was sind die Konsequenzen?

2.5 Lärmschutz an Stadtstrassen

S. 110

Antwort:

Die Gründe waren:

- Die Notwendigkeit einer Gesamtsanierung der Gebäude. Dadurch übernehmen Bund und Stadt nur einen kleinen Teil der gesamten Renovationskosten.

- Unklare Zukunft der Liegenschaften (evtl. Abbruch, evtl. Umnutzung in Büros).

- Finanzprobleme. Es handelt sich um Liegenschaften des Inselspitals, des Kantons und der Stadt.

Es sind 35 Wohneinheiten vom Nichteinbau der Schallschutzfenster betroffen. Die Anzahl dadurch betroffener Personen ist nicht bekannt. Die Eigentümerinnen und Eigentümer führen den Schallschutzfenstereinbau durch, und sind Partnerinnen und Partner des AfUL. Wie weit Mieterschaften einbezogen werden, ist nicht bekannt.

In der Folge können die nicht berücksichtigten Liegenschaften grundsätzlich wieder in ein Sanierungsprogramm aufgenommen werden. Der Termin der späteren Sanierung ist nicht prognostizierbar (u.a. wäre ein erneuter Kreditbeschluss erforderlich).

IX. Sportamt

SVP/JSVP-Fraktion:

S. 115

Im vorliegenden Bericht wird dargelegt, dass ein enorm grosses Manko an Sportanlagen besteht. Wie sieht die erwähnte Sportanlageplanung aus? Was für Massnahmen werden getroffen um dieser Misere zu begegnen?

Antwort:

Auf Grund der letzten Sportstättenplanung 1991 wurde ein grosses Manko an Hallen und Rasenplätzen ausgewiesen. In einem Massnah-

menkatalog wurden über 50 Positionen aufgelistet, welche mehrheitlich in die Mittelfristige Investitionsplanung (MIP) aufgenommen wurden. Aus finanzpolitischen Gründen musste jedoch der Grossteil der eingegebenen Projekte in der MIP nach hinten verschoben bzw. gänzlich gestrichen werden. Ein Beispiel eines realisierten Projekts ist die Sporthalle Wankdorf.

Gegenwärtig erarbeitet das Sportamt die Sportanlagenplanung 2002-2010. Sie soll dem Gemeinderat im Oktober 2002 zur Genehmigung vorgelegt werden. Tatsache ist, dass ein grosses Defizit an Sportanlagen besteht. Sportvereine können keine Jugendlichen mehr aufnehmen. Mit kurzfristigen Massnahmen bemüht sich das Sportamt, das Grundproblem des Sportanlagenmankos für die betroffenen Vereine und Benutzenden ein wenig erträglicher zu gestalten. Das Sportamt versucht, die Rasenfelder anders zu verteilen und kleine Juniorenmannschaften auf Schulrasenfeldern (ohne Garderoben) spielen zu lassen. In den Hallenbädern werden Blockzeiten für Vereine zusätzlich auch ausserhalb der offiziellen Öffnungszeiten reserviert, was jedoch mit Mehrkosten verbunden ist. Bei den Turnhallen prüft das Sportamt u.a. längere Öffnungszeiten. All diese Massnahmen ändern jedoch nichts an der Tatsache, dass die Stadt Bern einen dringenden Bedarf an zusätzlichen Sportanlagen hat.

Margrit Thomet (SVP) findet den Mangel an Sportanlagen und Sportplätzen katastrophal, da die Sportverbände keine Jugendlichen mehr neu aufnehmen können. Sie kann nicht verstehen, dass die Sportangebote dermassen vernachlässigt werden. Wenn mit fehlenden finanziellen Mitteln argumentiert wird, müssten die Prioritäten anders gesetzt werden.

Direktorin BUI *Edith Olibet* bestätigt, dass Sportanlagen eine wichtige präventive Wirkung haben und Sportvereine nebst der Gesundheitsvorsorge grosse Integrationsarbeit leisten. Die Sportanlageplanung ist in Vorbereitung und wird dem Rat nach den Sommerferien unterbreitet. Gemeinderätin Olibet hofft, dass der Rat die nötigen finanziellen Mittel sprechen wird. Prioritäten setzen: Sollen wir die Schulhäuser vergessen oder den Bahnhofplatz nicht umgestalten? Sollen andere Gebäude, die dringend saniert werden müssen, verschoben werden? Tatsache ist, dass zuwenig finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Wenn dem Gemeinderat weitere Steuermittel verwehrt werden, ist er gezwungen, Prioritäten zu setzen. Sie freut sich auf eine breite Unterstützung weiterer Sportanlagen im Rat.

S. 115

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Nach welchen Kriterien erteilt das Sportamt jeweils Aufträge für Renovations- oder Unterhaltsarbeiten an den öffentlichen Bädern?

Antwort:

Das Sportamt ist nur für den betrieblichen Unterhalt zuständig. Bauliche Renovations- und Unterhaltsarbeiten werden von der Direktion HSE (Stadtbauten) in Auftrag gegeben und abgegolten. Die Prioritäten und Gegenstände der Auftragserteilung werden in gemeinsamer Absprache zwischen HSE (Auftraggeberin) und BUI (Bedürfnisdirektion) festgelegt. Kriterien für die Auftragserteilung sind an erster Stelle Sicherheitsaspekte sowie die Werterhaltung und Attraktivität. Diese Kriterien werden bei allen Anlagen gleichermassen angewendet, unter

Direktion für Planung, Verkehr und Tiefbau

den Anlagen bestehen keine Prioritäten.

SVP/JSVP-Fraktion:

Bewirkte die Übernahme des Strasseninspektorates durch die PVT und die Abtrennung der Stadtgärtnerei und des Hochbauamtes Kosteneinsparungen?

I. Einleitung

S. 121

Antwort: Die Direktionswechsel des Strasseninspektorats sowie der Stadtgärtnerei und des Hochbauamts erfolgten im Rahmen der Regierungsreform. Deren primäres Ziel waren nicht Kosteneinsparungen, sondern die Bildung von sieben einigermaßen gleich gewichtigen Verwaltungsdirektionen und der Abbau hinderlicher Schnittstellen. Entsprechend der neuen Aufgabenverteilung wurden auch die Stabskapazitäten ausgeglichen. Durch die neue Verwaltungsorganisation konnte die Aufgabenerfüllung ohne Zweifel effizienter gestaltet werden. Ihre Wirkung lässt sich aber nach nur einem Jahr nicht in Franken und Rappen ausdrücken.

S. 121

Was heisst „neues Organisationsmodell“? Die strassenorientierten Bereiche des SIB werden in das Tiefbauamt überführt und es entsteht ein neuer Bereich „Betrieb und Unterhalt“ mit 6 autonom geführten Betrieben. Wird dabei die Verwaltung nicht aufgebläht unter dem Begriff „Veränderung“?

Antwort: Nein, im Gegenteil. Die Verwaltungsprozesse wurden durch die Integration der strassenorientierten Bereiche des ehemaligen SIB ins Tiefbauamt vereinfacht. Um im Bereich Betrieb + Unterhalt die nötige Transparenz (auch hinsichtlich Kosten / Wirtschaftlichkeit) zu erreichen, wurde die Organisation mit sechs autonomen Betrieben gewählt. Der Verwaltungsaufwand kann durch die Reorganisation des SIB erheblich gesenkt werden.

S. 121

Was wurde konkret zur Förderung des Wohnens unternommen? Welche Wohnformen und welches Mietersegment wurde vor allem „gefördert“?

Antwort: Die Fachstelle Wohnen wurde per 1. September besetzt. In den ersten drei Monaten hatte die Stelleninhaberin vor allem eine erste Infrastruktur aufzubauen und parlamentarische Vorstösse zu bearbeiten.

Gemäss Legislaturrichtlinien soll vor allem der Bau „neuer Wohnungen für Familien und hohe Ansprüche“ gefördert werden. Die Hauptaufgabe der Fachstelle besteht darin mitzuhelfen, dass baureife Areale effektiv und möglichst rasch genutzt werden. Weiter hilft sie mit, Planungsverfahren zu beschleunigen und bei bevorstehenden Umnutzungen die Rückführung von Wohnraum zu fördern.

S. 122

SVP/JSVP-Fraktion:

Warum wird die Prioritätenordnung bezüglich der Realisation der Investitionsplanung (5 Jahresplan) nicht nach stadträtlichen Vorgaben gesetzt?

Antwort: Die mittelfristige Investitionsplanung und das Investitionsbudget sind Instrumente des Gemeinderats, die dazu dienen, die für Investitionen verfügbaren, aus bekannten Gründen begrenzten Mittel optimal einzusetzen. Dabei werden die Vorgaben des Stadtrats durchaus berücksichtigt – soweit möglich: Die Bestellungen, die z.B. auch in Form von erheblich erklärten parlamentarischen Vorstössen aufgegeben werden, übersteigen indessen zusammen mit den aufgrund gesetzlicher Vorschriften und anderer zwingender Aufträge zu erfüllenden Aufgaben das verkraftbare Investitionsvolumen um ein Mehrfaches. Deshalb müssen Prioritäten gesetzt werden. Der Gemeinderat tut das und orientiert den Stadtrat jährlich im Rahmen des Finanzplans darüber. Der Stadtrat seinerseits hat die Möglichkeit, sich bei der Behandlung des Finanzplans und auch bei der Behandlung jeder einzelnen Kreditvorlage zu den gesetzten Prioritäten zu äussern und sie gegebenenfalls zu korrigieren. Um Priorisierungen wird aber auch er nicht herumkommen.

S. 122

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Süffisant fragt sich der Gemeinderat, ob der Stadtrat wohl von der Prioritätenordnung der PVT im Rahmen der MIP Kenntnis genommen habe. Umgekehrt kann man sich fragen, inwiefern die Äusserungen des Gemeinderates im Alltagsgeschäft mit

jenen in der MIP übereinstimmen. Konkret: Die Erschliessungskosten für die Überbauung Weissenstein und Obermatt/Wangenmatt figurieren in der 2./3. Priorität. Entspricht dies dem Gewicht, welches der Gemeinderat dem Wohnungsbau zumisst bzw. nach welchen Kriterien wurden die einzelnen Vorlagen den Prioritäten-Kategorien zugeteilt?

Antwort: Bei der Priorisierung wird systematisch beurteilt, welchen Beitrag ein Vorhaben zu den Zielbereichen Wohnstandort und Lebensqualität, Wirtschaftsförderung und Sicherheit leistet. Ferner wird darauf geachtet, dass eine nach-vollziehbare räumliche Verteilung der Investitionen resultiert. Der knappe Spielraum für Neuinvestitionen führt allerdings dazu, dass längst nicht alle sinnvollen und wünschbaren neuen Vorhaben in die 1. Priorität aufgenommen werden können. In vielen Fällen können zudem aufgrund von politischen Beschlüssen oder weil es sich um Beitragsgeschäfte der Stadt handelt (z.B. Beiträge an den Kanton) die Prioritäten nicht frei gesetzt werden. Diese Situation ist auch aus der Sicht des Gemeinderats alles andere als befriedigend.

Vorhaben der 2. und 3. Priorität werden vorgezogen, wenn ein Projekt der 1. Priorität nicht oder erst später als geplant realisiert werden kann oder wenn sich aufgrund anderer Umstände eine raschere Ausführung aufdrängt. Die Überprüfung der Prioritäten erfolgt laufend. In diesem Sinne wurde die Direktion für Planung, Verkehr und Tiefbau vor kurzem beauftragt, eine Kreditvorlage für die Erschliessung des Gebiets Obermatt / Wangenmatt zu erarbeiten. Dasselbe wird für das Gebiet Weissenstein geschehen, sobald sich hier konkrete Realisierungstermine für die Wohnüberbauungen abzeichnen.

S. 123

SVP/JSVP-Fraktion:

Die PVT trägt die Hauptverantwortung für die Sauberkeit im öffentlichen Raum. In welcher Form wird „sanfter Druck“ auf die Bevölkerung ausgeübt? In welcher Form werden Repressalien ergriffen?

Antwort: Im Verwaltungsbericht ist nicht von „sanftem Druck“, sondern von „sanften, an Vernunft und Einsicht appellierenden Massnahmen“ die Rede. Zu verstehen sind darunter die Aktionen, die im vergangenen Jahr zum Thema „Saubere Innenstadt“ durchgeführt wurden und über die der Stadtrat, u.a. im Rahmen von Antworten zu parlamentarischen Vorstössen, orientiert worden ist. Das Schwergewicht der Bemühungen lag – und liegt auch in diesem Jahr – auf der Sensibilisierung der Bevölkerung für die Spielregeln im Umgang mit dem öffentlichen Raum. Soweit Urheberinnen und Urheber von krassen Verstössen gegen diese Spielregeln mit vernünftigem Aufwand eruiert werden können, werden auch repressive Massnahmen ergriffen.

S. 123

SVP/JSVP-Fraktion:

Wie wirkt sich die Belastung durch das Doppelmandat des Direktors auf die Führung der Direktion aus?

Antwort: Es liegt auf der Hand, dass die mit der Doppelbelastung verbundenen Abwesenheiten des Direktors eine entsprechend gestaltete Führung verlangen – eine Art Führung nämlich, die stark auf die Eigeninitiative und Eigenverantwortung der direktunterstellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter baut. Diese werden primär mit klar umschriebenen Zielen geführt, vom Direktor aber nachhaltig unterstützt. Die grössten Schwierigkeiten erwachsen aus der Vielzahl von Terminen, die wahrgenommen und koordiniert werden müssen.

S. 123 ff.

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Viel Raum in der Berichterstattung der PVT nimmt die Vorlage über die Verkehrsberuhigung in der Länggasse ein (Variante A und B) – wobei vor allem Lob ausgeschüttet wird. Umgekehrt findet sich im Verwaltungsbericht kein Wort zu der Auseinandersetzung um den Linksabbieger an der unteren Breitenrainstrasse, welchen die Stadt Bern wegen Verfahrensmängeln immer noch nicht realisieren kann. Wo steht die Auseinandersetzung um den Linksabbieger Breitenrainstrasse und wie gedenkt der Gemeinderat zu verhindern, dass bei der Vorlage «Verkehrsberuhigung Länggasse» Verfahrensmängel dazu führen, dass vom Souverän legitimierte Anliegen nicht umgesetzt werden können?

Antwort: Die gemäss bisheriger Praxis kombinierte Publikation von Baumassnahmen und Verkehrsbeschränkungen wurde im Fall der Breitenrainstrasse erst vom Verwaltungsgericht als Verfahrensmangel gerügt. Nach dem inzwischen rechtskräftigen Verwaltungsgerichtsurteil gelten die baulichen Massnahmen als bewilligt; hingegen muss für den Linksabbieger selbst das Publikationsverfahren neu durchgeführt werden.

Das Publikations- und Auflageverfahren für die Verkehrsberuhigung in

der Länggasse wurde mit dem Regierungsstatthalter, dem Amt für Gemeinden und Raumordnung und dem Rechtsdienst der Direktion für Planung, Verkehr und Tiefbau festgelegt. Das Risiko zeitlicher Verzögerungen durch Einspracheverfahren lässt sich in einem demokratischen Staatswesen nicht ganz ausschalten. Aufgrund des deutlichen Abstimmungsergebnisses darf aber erwartet werden, dass die Umsetzung der Massnahmen zur Verkehrsberuhigung und -lenkung auf dem Rechtsmittelweg nicht grundsätzlich verhindert werden kann. Für die Realisierung der Sperren sind die entsprechenden Zeitreserven vorhanden, so dass eine termingerechte Umsetzung aller flankierenden Massnahmen bis zur Tunneleröffnung aus heutiger Sicht nicht gefährdet sein sollte.

II. Generalsekretariat

Fachstelle Wohnen
S. 125

FDP-Fraktion (T. Balmer/U. Jaberg/A. Lehmann):

Welche Projekte, die Wohnraum für gehobene Ansprüche (gute Steuererzahlende) bieten, werden durch die Fachstelle Wohnen initiiert, koordiniert und begleitet?

Antwort: Die Funktion und die Aufgaben der Fachstelle Wohnen variieren je nach Art des Projekts beziehungsweise der Projektphase. In den ersten vier Monaten ihrer Tätigkeit hat die Leiterin der Fachstelle Wohnen u.a. bei den Projekten Viererfeld, Weissenstein, Elfenau, Sandrainstrasse, Gaswerk-Areal und Stämpfli-Areal gewirkt. Alle diese Projekte zielen auf die Schaffung von Wohnraum „für gehobene Ansprüche“. Hinzu kam die Bearbeitung zahlreicher Einzelanfragen von Privatpersonen, Architekturbüros und Investorinnen beziehungsweise Investoren.

VI. Stadtplanungsamt

S. 132

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Paul Klee Zentrum/Ostermundigenstrasse. Was forderte die erwähnte Einsprache? Was genau sieht die geringfügige Änderung der UeO vor?

Antwort: Die Einsprache richtete sich gegen den separaten Fussweg, der die Parzelle der Einsprecherin zerschneidet. Die neue Lösung sieht nun eine Trottoirverbreiterung auf etwa 3 m auf der Bergseite der Ostermundigenstrasse vor.

VIII. Tiefbauamt

S. 142

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Worin bestehen die angesprochenen Mängel in der Führung und der Aus- und Weiterbildung beim SIB? Inwiefern wird das Jahr 2002 „nicht einfach“ werden?

Antwort: Im Bereich Weg- und Strassenunterhalt gibt es beispielsweise keine gelernten Strassenbauer und Mitarbeiter mit einer höheren bautechnischen Ausbildung. Die Mitarbeiter und Vorgesetzten müssen sich die fehlenden Qualifikationen (z.B. bezüglich Kostenbewusstsein und technischem Wissen) nun durch eine entsprechende Ausbildung aneignen. Gleichzeitig muss der Betrieb und Unterhalt aber voll leistungsfähig sein, was zu einer Doppelbelastung führt. Die Umsetzung der Reorganisation verlangt deshalb gerade von den verantwortlichen

Führungspersonen ein ausserordentliches Engagement.

Strassen

S. 145

FDP-Fraktion (T. Balmer/U. Jaberg/A. Lehmann):

Bahnhofplatz: Oberstes Ziel der Projektorganisation Masterplan Bahnhof Bern ist die Aufwertung des gesamten Bahnhofgebietes. Ist der Gemeinderat der Meinung, dass er auf dem Bahnhofplatz Entscheidendes dazu beigetragen hat? Wenn ja, was?

Antwort: Zum Beispiel durch die Verringerung des Flächenbedarfs der Tramhaltestellen, durch neue oberirdische Fussgängerübergänge, durch die geplante Aufwertung der Christoffelunterführung mit neuen Aufgängen, etc. Mit dem SRB 324 vom 29. November 2001 zum Projektierungskredit für die Sanierung und Umgestaltung des Bahnhofplatzes, des Bubenbergrplatzes und der Christoffelunterführung und in der am 14. Mai 1998 erheblich erklärten Motion GB / JA!, GFL, EVP / LdU, SP (Michael Jordi) „Bahnhofplatz für alle!“ hat auch der Stadtrat zu verschiedenen Punkten inhaltliche Vorgaben formuliert.

Der Prozess, der zum bestmöglichen Projekt für die Aufwertung des gesamten Bahnhofgebiets führen soll, ist im Übrigen noch nicht abgeschlossen. Bei der Überarbeitung des Wettbewerbsergebnisses (Vorprojekt) und bei der Vorbereitung der Kreditvorlage (Bauprojekt) wird der Gemeinderat seinen Einfluss für weitere Optimierungen nutzen.

S. 145

FDP-Fraktion (T. Balmer/U. Jaberg/A. Lehmann):

Bahnhofplatz: Der Wettbewerbssieger Bahnhofplatz / Christoffelunterführung schlug eine diagonale Verkehrsführung und nicht eine orthogonale Verkehrsführung vor. Oder?

Antwort: Ja. Die Wettbewerbsergebnisse haben aber gezeigt, dass eine orthogonale Verkehrsführung verschiedene Vorteile aufweist. Deshalb hat der Stadtrat diese Variante – gemäss Empfehlung der Wettbewerbsjury und auf Antrag der PVK – als Vorgabe für die Projektierung definiert.

Direktion für Finanzen, Personal und Informatik

SP/JUSO-Fraktion:

8. Sparpaket, was wurde umgesetzt was nicht und weshalb nicht?

I. Direktion Finanzhaushalt

S. 191

Antwort: Von den insgesamt 7 Massnahmen sind bisher folgende umgesetzt worden:

- Verkauf der Berufsschulgebäude, Buchgewinn Fr. 60'163'000 (prov. Ergebnis, vor Genehmigung Kreditabrechnung Campus). Zusätzlich 3,5 Mio. Fr. Zinszahlung durch Kanton für das Jahr 2001 (Kaufpreiszahlung erfolgt bis spätestens Ende 2004)
- Teuerungsausgleich auf Renten (min. 12,6 Mio. Fr. jährlich) seit 2002
- Reduktion Globalvorgaben (rund 6 Mio. Fr. jährlich) seit 2001
- Wertschriftenverkauf Bern Mobil (3,3 Mio. Fr. per 1.1.2002)

Ausstehend sind:

- Wertschriftenverkauf GFW Wohnbau AG, von Stadtrat beschlos-

sen, Verkauf bis Ende 2002, max. 1 Mio. Fr. Gewinn. Kein Verkauf bisher der BLS-Aktion wegen schlechter Marktlage.

- Herabsetzung ALV-Beiträge, gemäss Entscheid Bundesrat erst ab 2004 (Einsparung 1,2 Mio.Fr.)
- Teuerungszulageneinbau-Verschiebung (Annuitäten), von Stadtrat für 2001 abgelehnt
- Rationalisierungsmassnahmen bei der Feuerwehr von 1 Mio. Fr.

S. 191

FDP-Fraktion (Ch. Bosshardt/St. Hügli/H. Rub):

Gesund schrumpfen oder kaputt sparen (25 Mio. Fr.): Wo wurde konkret bei Leistungen für den Bürgerinnen und Bürgern gespart und welches waren die merkbaren Auswirkungen für diese?

Antwort:

Die im 9. Haushaltsverbesserungs-Paket anvisierten Aufwandkürzungen und Mehreinnahmen können bezüglich ihrer Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger noch nicht abschliessend beurteilt werden, da die vorgesehenen Massnahmen erst budgetmässig „umgesetzt“ (VA 2002) bzw. in Umsetzung begriffen sind (VA 2003). Erste Ergebnisse werden mit dem Controllingbericht vom September 2002 vorliegen. Direkte oder indirekte Auswirkungen werden folgende Massnahmen haben:

- Reduktion Pflege Internetauftritt (Benutzerfreundlichkeit)
- Kürzung Beiträge DESK an Veranstaltungen (erschwert Durchführung)
- Kürzung Sanierungsbeiträge Denkmalpflege
- Reduktion Personal Bürgerrechtsdienst (längere Wartezeiten)
- Abgeltung Verkehrserziehung an Schulen
- Verzicht auf Notschlafstelle (weniger Übernachtungsmöglichkeiten)
- Verzicht auf Unterstützung Frauengesundheitszentrum
- Reduktion Fürsorgeleistungen
- Reduktion Beiträge an Stadt- und Unibibliothek
- Streichung Beiträge an Ecole de langue française
- Aufhebung Gratisbestattungen (Entscheid noch offen)
- Kürzung Beitrag Berner Münster
- Kürzung Mittel Sozialstellenpool (keine Mittel mehr für Auswärtige)

S. 191

SVP/JSVP-Fraktion:

Wieviel kostet die Broschüre „Gesund schrumpfen oder kaputt sparen“?

Antwort: Fr. 9'290.00

S. 191

GB/JA!GPB-Fraktion:

Um welche „Instrumente des New Public Managements“ handelt es sich, die, wie hier erwähnt, „konsequent eingesetzt werden“?

Antwort:

Mit dem Instrument des politischen und operativen Controllings wird das Kostenbewusstsein gestärkt. Das Instrument der Leistungsverträge wird dort eingesetzt, wo die Aufgabenerfüllung bedürfnisgerechter und wirtschaftlicher über Dritte erfolgt.

FDP-Fraktion (Ch. Bosshardt/St. Hügli/H. Rub):

10. Massnahmenpaket: Die Arbeit für dieses Paket wurde erst Ende Jahr in Angriff genommen.

Ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Finanzen der Stadt so gut bestellt sind, dass sich kein früheres in Angriff nehmen aufgedrängt hat? Sieht der Gemeinderat die Sanierung der Stadtfinanzen nicht als vordringlich an?

Wie schätzt der Gemeinderat die Erfolgsaussichten der Solidarität von Bund, Kanton und Region ein?

Wie sieht das Ergebnis der gemeinderätlichen Delegationen aus, deren Vorarbeiten im Berichtsjahr aufgenommen wurden?

Antwort:

Die Haushaltsanierung ist ein Schwerpunkt der Legislaturrichtlinien 2001-2004 und damit ein vordringliches Ziel des Gemeinderats. Die Inangriffnahme des 10. Massnahmenpakets gegen Ende Jahr ergab sich aus der Aufteilung des 9. Pakets in zwei Teile (das 9. Paket wurde im Herbst 2002 verabschiedet). Ausserdem erfordert die Umsetzung der bisherigen Haushaltverbesserungspakete grossen Einsatz. Zahlenmässige Ergebnisse aus den Kontakten zu Bund, Kanton und Region liegen nicht vor und es ist äusserst heikel, bezüglich der Solidarität Prognosen abzugeben. Die Haltungen von Kanton und Bund auf dem Gebiet der Kultur dürfen als positive Zeichen gewertet werden. Die Finanzsituation des Kantons dagegen ist nicht eine ideale Rahmenbedingung für Entlastungsbedürfnisse der Zentrungsgemeinden.

II. Finanzverwaltung

Allgemeines
S. 194

FDP-Fraktion (Ch. Bosshardt/St. Hügli/H. Rub):

Beratungsleistungen der Finanzverwaltung: Grosse Teile der Stadtverwaltung haben diese Dienstleistungen in Anspruch genommen.

Wurden die Leistungen verrechnet und unter welchem Konto ausgewiesen?

Antwort:

Die Finanzverwaltung ist ein Querschnittsamt, welches seine Dienstleistungen intern nicht verrechnen darf (Grundsatzbeschluss des Gemeinderats betreffend interne Verrechnungen).

Stephan Hügli (FDP): Ist der Gemeinderat bereit, auf seinen Beschluss zurückkommen, dass die Finanzverwaltung Leistungen, die sie für andere Verwaltungseinheiten erbringt, nicht verrechnen darf? Es gehört zu einer transparenten Kostenrechnung, dass letztlich alles verrechnet wird.

Für die Direktorin FPI *Therese Frösch* hat eine echte Kostenrechnung nichts damit zu tun, dass alles verrechnet wird. Es ist möglich darüber zu diskutieren, ob es sinnvoll ist Leistungen, die weit weg sind vom Markt, wie Bildungsaufgaben oder Vorstösse beantworten, zu verrechnen. Wir haben uns bei Firmen und andern Verwaltungen erkundigt, wie sie z.B. die Weiterbildung oder die Personalarbeit verrechnen. Die Direktion FPI hat gemeinsam mit Beat Büsschi einen Antrag an den Gemeinderat ausgearbeitet, dem dieser zugestimmt hat, d.h. der Gemeinderat hat beschlossen, gewisse Querschnittsaufgaben nicht zu verrechnen, denn da-

mit würde nur der Verwaltungsapparat aufgebläht. Bei der Umsetzung wurde dieser Beschluss ein wenig aufgeweicht. Bei der definitiven NSB-Einführung muss geprüft werden, ob dieser GRB 1 : 1 umgesetzt werden soll. Ein muss ein sinnvoller Weg gesucht werden, womit nicht unnötig Kräfte gebunden werden.

S. 194 SP/JUSO-Fraktion:
Mitwirkung im Gesamtpjektausschuss für ein künftiges multifunktionales Stadion.
Was wird geplant, wo wird geplant? Wer ist im Projektausschuss vertreten?

Antwort:

Geprüft wird der Bau eines neuen Eisstadions, welches nicht nur für den Eissport, sondern multifunktional verwendet werden könnte (Stadtsaal, Konzerte usw.) im Perimeter des heutigen Allmendstadions. Im Projektausschuss unter Leitung des Stadtpräsidenten wirken mit die Gemeinderatsmitglieder Alex Tschäppät und Therese Frösch, aus der Verwaltung die Leiter Wirtschaftsamt, Stadtplanungsamt und Finanzverwaltung sowie der Generalsekretär PRD. Beteiligt sind weiter Vertretungen von BEA Bern Expo, SC Bern AG, Sportbetriebe Bern AG, Bern Arena Stadion AG, Bund (BBL) und Burgergemeinde.

S. 194 SVP/JSVP-Fraktion:
Gemäss Bericht stellt die Finanzverwaltung auch den gesamtstädtischen Versicherungsschutz sicher, wobei sich das zentrale Management mit einer besseren Risikoabdeckung bei geringeren Kosten auszahle. Wieviel geringere Kosten?

Antwort:

Auf Seite 203 sind dazu detaillierte Ausführungen zu finden. Die Einsparungen seit Einführung des zentralen Versicherungsmanagements Ende der 80er Jahre betragen gegenwärtig 1,2 Mio. Fr. pro Jahr.

Finanzlage
S. 194 GB/JA!/GPB-Fraktion:
Welche Bilanz zieht der Gemeinderat aus den bisherigen 9 Paketen zur Haushaltsanierung? Welchen Erfüllungsgrad ergibt der Controllingbericht über die beschlossenen Massnahmen?

Antwort:

Eine Gesamtbilanz ist nicht so leicht zu erstellen, weil neben dauernd wirksamen Einsparungen auch einmalige Verbesserungen und Mehreinnahmen realisiert worden sind.

Konkret ergibt sich folgender Zwischenstand:

Pakete 1-5 abgeschlossen, 6-9 teilweise noch in Umsetzung:
340 Massnahmen mit einer Totalvorgabe von Fr. 315 Mio.Fr.

5 Massn. davon einmalig mit Vorgabe von Fr. 36 Mio.Fr.
abgeschrieben bzw. nicht angerechnet bisher Fr. 42 Mio. Fr.
(aus abgeschlossenen Paketen 1-5)

umgesetzt (Stand April 2002) insgesamt Fr. 219 Mio. Fr.

davon einmalig Fr. 39 Mio. Fr.

Dabei ist zu beachten, dass Massnahmen erst dann als erfüllt gelten, wenn die Erfüllung im Rahmen der halbjährlichen Controlling-Berichte nachgewiesen werden kann (mit Paket 6 eingeführt). Da mit jedem weiteren Paket die Umsetzung schwieriger wird, darf die bisherige Umsetzung in den letzten 10 Jahren als Erfolg gewertet werden.

S. 195

FDP-Fraktion (Ch. Bosshardt/St. Hügli/H. Rub):

Schulden: Die laufende Rechnung schliesst mit einem Überschuss von 68.577 Mio. Fr. ab; trotzdem erhöhen sich die Schulden um 83.3 Mio auf 1.887 Mrd. Fr. – warum?

Antwort:

Aufgrund der äusserst günstigen Marktlage wurde durch die Finanzverwaltung eine Refinanzierung, welche im Januar 2002 anstand, bereits im November 2001 vorgenommen. Dadurch erhöhte sich die Verschuldung kurzfristig um 150 Mio. Fr. Die Aufnahme erfolgte zu 2,925%, im Januar wären es für die gleiche Laufzeit ca. 3,35% gewesen (Zinseinsparung für die Laufzeit von 5 Jahren = 3,2 Mio Fr.). Von November bis Januar wurden die 150 Mio Fr. kurzfristig angelegt, was zusätzliche Zinseinnahmen bewirkte. Effektiv hätte also das Fremdkapital ohne diese vorzeitige Refinanzierung um 66,7 Mio Fr. abgenommen statt um 83,3 Mio Fr. zugenommen.

Vermögensverwaltung

c) Das Spezialfondsvermögen
S. 198

FDP-Fraktion (Ch. Bosshardt/St. Hügli/H. Rub):

Wie kommt man auf die Zahl 73'035'240.40? Eine Addition des Vermögens anfangs 2001 zuzüglich Netto-Vermögensvermehrung Fr. 341'142.19 ergibt eine ganz andere Zahl.

Antwort:

- Das Eingangsvermögen wurde irrtümlich falsch ausgewiesen.
- Das Spezialfondsvermögen, das sich auf Jahresende aus 48 Fonds zusammensetzt, betrug zu Beginn des Geschäftsjahres 2001 Fr. 72'694'148.21. Die Netto-Vermögensvermehrung 2001 beträgt Fr. 341'142.09. Das Spezialfondsvermögen per 31.12.2001 beträgt Fr. 73'035'290.30.

Separate Schulfonds
S. 199

SP/JUSO-Fraktion:

Gemäss Verwaltungsbericht beträgt das Vermögen der total 41 separaten Schulfonds nach der Kantonalisierung der Berufsschulen Fr. 2'242'857.55. Es stellen sich die nachstehenden Fragen

- Entsprechen die Fondszwecke heutigen Bedürfnissen?
- Gibt es Fonds, die 2001 keine Finanzierungen im Sinne ihrer Zweckbestimmungen vornahmen? Wenn Ja: Um welche Fonds mit jeweils welchen Vermögen handelt es sich?
- Besteht eine zentrale Strategie betreffend Einsatz der Fondsmittel?

Antwort:

Es ist grundsätzlich zwischen 48 Spezialfonds und 41 separaten Schulfonds (ebenfalls Spezialfonds) zu unterscheiden.

Jeder Spezialfonds hat individuelle Zweckbestimmungen, die sich nach dem Stifterwillen richten. Die separaten Schulfonds haben alle einheitliche Fondsbestimmungen.

1. Sämtliche Fondsbestimmungen wurden in den Jahren 1976 - 1979 letztmals einer umfassenden Revision unterzogen. Um den Veränderungen der vergangenen 25 Jahre Rechnung zu tragen werden im Rahmen der Querschnittsrevision des städtischen Rechts die Bestimmungen über die zweckbestimmten Zuwendungen Dritter einer Totalrevision unterzogen und in die städtische Rechtsammlung aufgenommen. Der Gemeinderat hat am 15.5.2002 die Präsidialdirektion (Arbeitsgruppe Rechtssetzung) mit der Revision beauftragt.

2. Die separaten Schulfonds werden von allen Schulen regelmässig genutzt.

Bei den Spezialfonds haben folgende Fonds im Jahre 2001 keine zweckbestimmten Finanzierungen auszuweisen:

Bandelier-Fonds:	Fr. 1'424.35
Gebäudebesitzer-Fonds:	Fr. 26'012.35
Baufonds der Roschi-Stiftung:	Fr. 602'664.50
Personalvorsorge-Fonds der Roschi-Stiftung:	Fr. 105'489.05
Schmeller-Fonds der Roschi-Stiftung:	Fr. 26'085.75
Hilfsfonds der Roschi-Stiftung:	Fr. 171'879.40
Fonds für das industrielle Anbauwesen:	Fr. 467'289.10

Die einzelnen Spezialfonds sind den jeweiligen Direktionen zur zweckbestimmten Verwendung zugeordnet.

Statistikdienste

S. 200 – 202

s. 192 Anhang

GFL/EVP-Fraktion (Michael Burri):

1) Wieviele Stellen und Beschäftigte umfassen die Statistikdienste der Stadt Bern?

Antwort:

Die Statistikdienste verfügen über 6,7 besetzte Stellen, in die sich 8 Personen teilen.

2) Welche Tätigkeiten der Statistikdienste sind durch das übergeordnete Recht (von Kanton und Bund) vorgegeben, welche nicht ?

Antwort:

Das übergeordnete Recht schreibt die Durchführung einzelner Erhebungen vor, während Datenanalyse und Informationstätigkeit (von der Auskunftserteilung über die Publikationen bis zum Internet-Auftritt) freiwillige Arbeiten darstellen. Neben den von Bund und Kanton vorgeschriebenen Erhebungen führen die Statistikdienste weitere Erhebungen gestützt auf die städtische Statistikverordnung durch.

Von Bund und Kanton angeordnet sind insbesondere die periodischen Grosszählungen Volkszählung und Betriebszählung sowie die jährlichen Erhebungen zur Wohnbautätigkeit, die Leerwohnungszählung

und Teile der Bevölkerungsstatistik. Vom Gemeinderat angeordnet sind insbesondere die periodisch durchgeführten Einwohnerinnen- und Einwohnerbefragungen, die Mietpreiserhebungen, die Zählungen der leerstehenden Geschäftslokale und die Berechnung des Wohnbaukostenindex sowie Einzelerhebungen wie die Befragung der wandernden Personen.

Aufgabe der Statistikdienste ist weiter die Diffusion der statistischen Informationen zuhanden der Behörden, der Verwaltung und der Öffentlichkeit als Service public: Auskunftserteilung, Medienmitteilungen, Publikationen, Internet-Auftritt (statistik.bern.ch). Sie erstellen ausserdem spezielle Auswertungen und Datenanalysen für städtische Stellen (z.B. Koordinationsstelle für Integration, Fachstelle Wohnen) und beraten in statistischen Fragen. Schliesslich erledigen sie auch Aufträge Dritter (Beispiele: Verein Region Bern VRB; Regionale Verkehrskonferenz Bern-Mittelland RVK).

3) Welchen Arbeitsanteil (in Prozenten) verursachen die einzelnen, unter Ziff. 2) aufgelisteten Tätigkeiten der Statistikdienste ?

Antwort:

Die durch das übergeordnete Recht vorgegebenen Arbeiten sind von Jahr zu Jahr unterschiedlich. Ihr Anteil schwankt von gegen 40% bis maximal 60% in Volkszählungsjahren (Schätzung).

4) Erbringen die Statistikdienste Leistungen an Dritte, die von diesen abgegolten werden ?

Antwort:

Ja. Dazu gehören sowohl der Verkauf von Publikationen wie die Durchführung von statistischen Datenauswertungen für Dritte. Hauptkündin ist jedoch die Stadtverwaltung.

5) Wie verteilte sich der den Statistikdiensten durch die Volkszählungen 1990 und 2000 entstandene Arbeitsaufwand auf die Jahre 1990 bis 2001?

Antwort:

Die Vorarbeiten zur Volkszählung 1990 begannen im Jahr 1989. Die Jahre 1990 und 1991 brachten den grössten Arbeitsaufwand mit der Vorbereitung und Durchführung der Personen- und Haushaltserhebung sowie der Gebäude- und Wohnungserhebung (Erhebung mehrheitlich durch Zählpersonal, ergänzt durch postalische Erhebung) und dem Betrieb eines Volkszählungsbüros u.a. zur Kontrolle und Vervollständigung des Zählmaterials. Die Auswertungen und die Herausgabe der Publikationen erfolgten in den Jahren 1992 bis 1994.

1996 begannen die Vorarbeiten zur Volkszählung 2000. 1998 wurde eine Probezählung durchgeführt. 1999 lag der Schwerpunkt bei konzeptionellen Arbeiten (Umstellung auf die neue Erhebungsform: postalisch mit Vorbedruck der Fragebogen; weitgehende Auslagerung der Erhebungs- und Kontrollarbeiten auf ein vom Bund bestimmtes

Dienstleistungszentrum). Nach dem neuen Konzept wurden im Jahr 2000 insbesondere das Gebäude- und Adressverzeichnis sowie der Datenauszug aus der Einwohnerdatenbank für den Vorbedruck und den Versand der Fragebogen erstellt und Informationsaufgaben (inkl. Betrieb einer Auskunftsstelle) erfüllt. 2001 waren Mutationen nachzuführen und die sog. Restfälle (die vom Dienstleistungszentrum nicht abschliessend behandelt werden konnten) abzuklären.

6) Welchen Arbeitsanteil (in Prozenten) an der gesamten Tätigkeit der Statistikdienste nahm die Volkszählung 2000 in den beiden letzten Jahren in Anspruch?

Antwort:

Schätzung 2000: 30 %; 2001: 20 % (inkl. Aushilfen, aber ohne ausgelagerte Arbeiten).

7) In welcher Form und wie oft wurde in den beiden letzten Jahren ein Datenschutz-Monitoring durchgeführt?

Antwort:

Die Statistikdienste überprüfen Persönlichkeitsschutz und Datensicherheit laufend, insbesondere aber bei der Konzeption neuer Erhebungen (Beispiel Volkszählung). Sie unterstehen der Überwachung durch den städtischen Datenschutzbeauftragten, bei eidgenössischen Erhebungen ebenfalls den Datenschutzbestimmungen des Bundes. Im Rahmen der Volkszählung 2000 wurde von Beginn weg mit dem Datenschutzbeauftragten zusammengearbeitet; dieser wurde während der Erhebung laufend über den Stand der Arbeiten orientiert. Die Kontrolltätigkeit (Besuche, Fragen, Abklärungen usw.) wurden vom Datenschutzbeauftragten nach seinem Ermessen durchgeführt.

d) Wirtschaftsstatistik
S. 202

SVP/JSVP-Fraktion:

Der Statistikdienst übernahm von der Regionalen Verkehrskonferenz einen Auswertungsauftrag bezüglich Mobilität und Verkehrsverhalten der Bevölkerung. War der Auftrag entgeltlich; wenn Ja: Wieviel wurde bezahlt und wie gross war der Aufwand seitens der Stadt?

Antwort:

Ja. Die Arbeiten der Statistikdienste wurden vollkostendeckend gemäss Gebührenreglement offeriert und abgerechnet. Bereits eingegangen sind Zahlungen der RVK im Ausmass von Fr. 32 400.00; die Schlussabrechnung wird sich im Rahmen der offerierten Fr. 34 960.00 bewegen.

**III. Liegenschafts-
verwaltung
Vermietung und
Verwaltung
Wohnungswesen**
S. 206

SVP/JSVP-Fraktion:

Warum ist der Leerwohnungsbestand bei den städtischen Wohnungen - abgesehen von um ein halbes Jahr verschobenen Stichtag - mehr als doppelt so hoch wie bei der gesamten Leerwohnungsnummer? Hat dies mit der Verwaltung zu tun?

Antwort:

Der Leerstand im Juni kann nicht mit jenem per Jahresende verglichen werden, und zwar aus folgenden Gründen: Die LV belässt einen Grundstock von 2 bis 5 Wohnungen absichtlich leer; es handelt sich um sogenannte Notwohnungen zur kurzfristigen, vorübergehenden Unterbringung von Personen oder Familien in Notsituationen. Zudem erhöht die LV auf Dezember hin die Anzahl der Notwohnungen, da über die Festtage erfahrungsgemäss ein grösserer Bedarf an Notunterkünften besteht. Per 1. Dezember frei werdende Wohnungen können im übrigen oft erst auf den 15. Januar oder 1. Februar vermietet werden, da die Handwerker im Dezember reduziert arbeiten und der 1. Januar kein Umzugstermin ist.

Für den 1. Juni lauten die Vergleichszahlen der LV: Leerstand 21 Wohnungen (0,65%), davon am Stichtag auf einen späteren Zeitpunkt bereits wieder vermietet 8 Wohnungen, effektiv bezugsbereit 13 Wohnungen (0,4%). Der Leerstand lag somit per 1. Juni 2001 unter dem städtischen Mittel.

S. 206

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Leerstand städt. Wohnungen: Um was für Wohnungen (Grösse, Lage, Zustand) handelt es sich bei den aufgeführten leeren Wohnungen per 31. Dezember 2001 (41) und was sind nach Einschätzung des Gemeinderates die Gründe dafür?

Antwort:

Es handelt sich um 1 1-Zimmer-Wohnung, 33 2- und 3-Zimmer-Wohnungen, 3 4-Zimmer-Wohnungen, je 1 5- und 6-Zimmer-Wohnung sowie 2 Notwohnungen. Die Wohnungen befinden sich mehrheitlich in Bern-West. Zur Begründung vgl. Antwort auf obenstehende Frage.

S. 206

FDP-Fraktion (Ch. Bosshardt/St. Hügli/H. Rub):

Wohnungswesen: Um welche Fremdmandate handelt es sich, die hier durch die Stadt betreut werden?

Antwort:

Es handelt sich um Immobiliengesellschaften, bei denen die Stadt Bern massgebend oder mehrheitlich beteiligt ist (Wyler-Baugenossenschaft, Nydegg AG, BIWO AG, Baugenossenschaft Terra Bern), sowie um drei private Liegenschaftsbesitzer.

Restaurationsbe-
triebe
S. 207

SVP/JSVP-Fraktion:

Gab es im Restaurant Dählhölzli anlässlich des Pächterwechsels bauliche Veränderungen die von der Stadt bezahlt werden mussten? Wenn Ja: Was war der Grund?

Antwort:

Im Rahmen der vor einigen Jahren vorgenommenen Sanierung des Restaurants Dählhölzli wurde der Garten mit der bisherigen Möblierung weitgehend unverändert belassen. Die heutige Gartenterrasse wirkt ungepflegt und unattraktiv. Erfahrungen der letzten Jahre haben zu-

dem gezeigt, dass die Selbstbedienungsanlage der hohen Gästefrequenz nicht gerecht wird. Die für das Image des Restaurants notwendigen Investitionen sind mieterunabhängig. Die Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik hat deshalb einen Kredit von Fr. 250'000 für die Aufwertung des Aussenraumes gesprochen. Die neue Mieterschaft investiert ihrerseits rund Fr. 500'000 in betriebliche Anpassungen im Gebäudeinnern.

Wohnbauförderung
S. 208

FDP-Fraktion (Ch. Bosshardt/St. Hügli/H. Rub):
Wie viele Einheiten von grossen Wohnungen (grösser 5 Zimmer) und Einfamilienhäusern wurden in der Berichtsperiode erstellt? Wie viele davon direkt durch die Stadt oder den Fonds?

Antwort:

Der Rahmenkredit von 1990 dient gemäss Volksbeschluss der Förderung des Wohnungsbaues, des Wohneigentums und der Altbausanierung. Im Berichtsjahr wurde die Sanierung von 108 kleineren Wohnungen in Altbauten und von 18 Reiheneinfamilienhäusern (Mietobjekte) unterstützt. Mit Ausnahme von 5 Wohnungen handelt es sich um Mietobjekte des städtischen Fonds für die Boden- und Wohnbaupolitik (insbesondere in den Siedlungen Ausserholligen und Oberes Murifeld).

IV. Steuerverwaltung
Organisation
S. 212

GB/JA!/GPB-Fraktion:
Wieweit hat die Steuerverwaltung der Stadt Bern Einfluss auf die (steuerliche) Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Nichtregierungsorganisationen, bzw. wie viele Gesuche sind gutgeheissen oder abgelehnt worden und aus welchen Gründen?

Antwort:

Prüfung und Entscheidung sind Aufgaben der Steuerverwaltung des Kantons Bern. Die Prüfung erfolgt aufgrund von Art. 83 Abs. 1, Buchstabe g des bernischen Steuergesetzes (StG) und Art. 56 Buchstabe g des Gesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG). Die Steuerverwaltung der Stadt Bern hat und nimmt zur Vermeidung von Doppelspurigkeiten keinen Einfluss auf die Entscheidungen. Sie führt auch keine Statistiken.

S. 213

SVP/JSVP-Fraktion:
Der Bericht führt aus, dass zwischen der Steuerverwaltung des Kantons und jener der Stadt eine klare Aufgabenteilung bestehe, wobei die städtische Steuerverwaltung ausschliesslich Gemeindeaufgaben erfülle, welche auf einer gesetzlichen Grundlage basieren. Unseres Erachtens ist dies Selbstverständlich. Gab es früher speziell abgerechnete Aufgaben, welche die Stadt auf vertraglicher Basis für den Kanton erfüllte?

Antwort:

In den letzten Jahren wurden in Zusammenarbeit mit der Steuerverwaltung des Kantons Bern die Doppelspurigkeiten eliminiert. Der Kanton kann gemäss Art. 150 StG den Gemeinden Aufgaben gegen Ent-

schädigung übertragen. Die Steuerverwaltung der Stadt Bern erfüllte früher speziell abgerechnete Aufgaben für den Kanton. Sie tut dies noch heute.

S. 213

FDP-Fraktion (Ch. Bosshardt/St. Hügli/H. Rub):

Bis Ende 2000 wurden die Steuererleichterungsgesuche durch die Engere Steuerkommission behandelt. Seit dem Berichtsjahr durch den Gemeinderat.

Sieht der Gemeinderat hier nicht auch einen Zusammenhang zwischen den Indiskretionen im Rahmen des Gesuches der ZLB Bio-Plasma und der neuen Zuständigkeit?

Antwort:

Die neue Zuständigkeit (macht strategisch einen grossen Sinn) hat keinen Zusammenhang zwischen Gemeinderat und Engerer Steuerkommission. Die Indiskretionen entstanden nicht bei der Stadtverwaltung (inkl. Gemeinderat).

V. Personalamt

5. Städt. Lehrlings-
wesen
S. 221

SP/JUSO-Fraktion:

Bei den Lehrabschlussprüfungen war im Berichtsjahr eine erhöhte Durchfallquote zu verzeichnen. Ein Massnahmenplan für die Verbesserung der Lehrabschlüsse wurde erarbeitet.

Was wurde untersucht um die Gründe zu erfahren? Was wird unternommen um bessere Resultate zu erreichen?

Antwort:

Die erhöhte Durchfallquote bei den Lehrabschlussprüfungen ist wahrscheinlich auf die Rekrutierungspolitik der Stadt Bern zurückzuführen. Verschiedene Direktionen geben Schulabgängerinnen und Schulabgängern die Chance für eine Lehre, die in der Privatwirtschaft geringere Chancen hätten. Die Fachstelle unterstützt diese Politik, stellt aber fest, dass ihr gewisse Grenzen gesetzt sind. Die städtischen Lehrpersonen dürfen nicht schlechter als der kantonale Durchschnitt einer Branche abschneiden.

6. Personalbera-
tung
S. 221

SVP/JSVP-Fraktion:

Die Personalberatung berät die Angestellten nicht nur in Arbeitsplatzfragen sondern auch in Gesundheits- und Suchtfragen und im Privatbereich inkl. Finanzen, Budgetberatung und Schulden. Braucht es in Anbetracht vieler anderer Beratungsinstitutionen diese auf arbeitsplatzfremde Themen ausgerichtete Personalberatung? Wie viel muss die Stadt für diese Beratungen zahlen?

Antwort:

Grundsätzlich besteht immer eine Wechselwirkung zwischen dem Privat- und dem Arbeitsbereich. Gesundheitliche oder finanzielle Probleme wirken sich früher oder später auch in der Arbeit aus. Zwischenmenschliche Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, abfallende Leistungen, Fehler und Fehlzeiten sind häufige Folgen. Zudem ist nicht auszuschliessen, dass die Ursachen auch im Arbeitsumfeld zu finden sind.

Zum Teil besteht die Dienstleistung der städtischen Personalberatung als Erstanlaufstelle ausschliesslich darin, eine Triage vorzunehmen indem sie die Betroffenen an die passenden Beratungsstellen weiter weist. Da diverse der öffentlichen Stellen – zum Beispiel der Verein Schuldensanierung – überlastet sind oder mit sinnvollem Aufwand innerhalb der Stadtverwaltung Bern eine Lösung erarbeitet werden kann, nimmt die Personalberatung aber auch weiter führende Beratungen wahr.

Die jährlichen Kosten für die städtische Personalberatungsstelle betragen insgesamt Fr. 85'000. Ausser der Beratung von Betroffenen gehören auch Teile der innerbetrieblichen Information und Weiterbildung sowie die Betreuung des Sozialstellenpools zum Aufgabengebiet der Personalberatung.

8. Stellenschaffungen und -aufhebungen
S. 222

SVP/JSVP-Fraktion:

Gemäss Bericht entstanden in einigen Direktionspools durch die Sparmassnahmen bzw. Personalabbau grössere Punktereserven, die im Laufe des Jahres 2002 abgebaut werden sollen. Werden also Leute angestellt? Falls Ja: Für welche Aufgaben?

Antwort:

Unter Abbau ist eine Punkteverschiebung von den Direktionspools in den Gemeinderats-Pool zu verstehen. Damit wird verhindert, dass mit den Punktereserven in den einzelnen Direktionen ohne Einwilligung des Gemeinderates neue Stellen geschaffen bzw. Stellen aufgestockt werden.

9. Personalbestand
S. 222

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Wieweit hat das Personalamt Einfluss resp. wie sieht die Zusammenarbeit mit der DSI aus bezüglich der dort bekannten Probleme bei der Personalrekrutierung und Personalführung?

Antwort:

Das Personalamt setzt sich für ein modernes, faires und effizientes Personalmanagement in der ganzen Stadtverwaltung, so auch bei der DSI, ein.

Die Personalrekrutierung ist Sache der Direktionen. Das Personalamt stellt Grundlagen und Instrumente zur Verfügung. Die Gewinnung neuer Mitarbeitender für Polizeiberufe ist momentan eher schwierig; dies hat u.a. mit dem Ausbau von Polizeidiensten bei der Bundesverwaltung wie auch mit der relativ günstigen Wirtschaftslage zu tun. Massnahmen zur Positionsverbesserung auf dem Arbeitsmarkt wurden getroffen; so sind in der ganzen Verwaltung die Anfangslöhne überprüft und soweit nötig angepasst worden.

Die Personalführung ist Sache der Linie, nicht des Personalamtes. Die anlässlich der Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage aufgetauchten Problempunkte sind von der Direktion DSI mit einem Massnahmenpaket angegangen worden. Das Personalamt hat die Umsetzungsmassnahmen initiiert. Im Bereich Führungsaus- und Weiterbildung sowie bei der

Selektion von Führungskräften nimmt das Personalamt wichtige Dienstleistungsaufgaben für alle Direktionen war.

Personalamt
S. 205 Anhang

GB/JA!/GPB-Fraktion:

Gemäss Tabelle V: Verteilung des Personals auf die Lohnklassen hat die Anzahl Frauen in der Lohnklasse 14 gegenüber dem Vorjahr von 80 auf 185 zugenommen. Was sind Gründe für diese im Vergleich zu den anderen Zahlen grosse Veränderung in dieser Lohnklasse?

Antwort:

Wie der Vergleich des Totals der aufgeführten Zahlen pro Klasse mit dem (richtigen) Gesamttotal der weiblichen Angestellten von 1072 zeigt, hat sich bei der Lohnklasse 14 ein Druckfehler eingeschlichen. Die richtige Zahl lautet nicht 185 sondern 85 (Sorry!)

Beschluss

Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2001 wird einstimmig genehmigt.

3 NSB-Jahresbericht 2001

Antrag Nr. 82

Der Stadtrat genehmigt die Jahresberichte 2001 der Pilotabteilungen Informatikdienste, Berufsfeuerwehr, Jugendamt, Gesundheitsdienst, Stadtgärtnerei, Schul- und Büromaterialzentrale sowie Strasseninspektorat (Entsorgung und Strasse).

Für die FIKO spricht deren Präsidentin *Rosmarie Okle Zimmermann* (SP). FIKO und GPK haben den NSB-Jahresbericht der einzelnen Piloten in einer gemeinsamen Sitzung diskutiert, nachdem je eine Delegation beider Kommissionen die Berichte der Verwaltung vorbesprochen haben. Für 3 NSB-Piloten, die Berufsfeuerwehr, das Jugendamt und das Strasseninspektorat liegt bereits der 6. Jahresbericht vor. Für die andern vier, nämlich die Informatikdienste, den Gesundheitsdienst, die Stadtgärtnerei und die Schulmaterialzentrale, ist es der 4. Jahresbericht. Und bald wird es der letzte sein, sofern die flächendeckende NSB-Einführung termingerecht läuft. Dann werden wir die Jahresberichte aller Ämter (rund 50) und nicht nur die von 7 Pilotabteilungen einsehen und bewerten müssen. Die Reformkommission arbeitet zurzeit intensiv an den Vorarbeiten für diese Umsetzung. Im Laufe der letzten Jahre wurde der NSB-Jahresbericht immer besser. Die Darstellung ist übersichtlicher und transparenter. Auch inhaltlich hat sich einiges geklärt und eingespielt. Der Bericht ist aber sehr umfangreich geworden. Wir müssen im Hinblick auf die flächendeckende Einführung von NSB unbedingt eine Form finden, mit welcher der Stadtrat nicht bereits vom Umfang her überfordert ist.

Die finanzielle Betrachtung zeigt klar, dass ausser im Jugendamt in allen Piloten der Nettoaufwand kleiner und der Kostendeckungsgrad besser ist als budgetiert. Bei den Informatikdiensten ist sogar der Erlös gewachsen. Das ist erfreulich. Vorgaben, die zum Teil zusätzliche Einsparungen verlangten, sind klar eingehalten worden. Die NSB-Piloten haben aber auch versucht, trotz Spardruck und zum Teil unter massiver Belastung des Personals die hohen Qualitätsanforderungen zu halten oder sogar zu verbessern. Für diese Anstrengungen, die zu

einem guten Ergebnis geführt haben, dankt die FIKO-Präsidentin dem Gemeinderat und der Verwaltung.

Als Dauerbrennerthema ist auch diesmal das Bonus/Malus-System diskutiert worden. Offensichtlich ist das heutige System nicht optimal, und man ist sich einig, dass es geändert werden muss, jedoch nicht im jetzigen Zeitpunkt während der Projektphase. Die NSB-Projektleitung ist dabei, das Bonus/Malus-System zu überprüfen und im Zusammenhang mit dem ganzen Steuerungs- und Controllingsystem eine neue Lösung auszuarbeiten. Die Referentin geht davon aus, dass die neue Lösung in der Reformkommission diskutiert wird. Die Frage von „NSB-Light“, d.h. der Umgang mit Verwaltungszweigen, bei denen eine Steuerung durch den Stadtrat kaum möglich ist, wie z.B. bei den Informatikdiensten, muss vor allem im Hinblick auf die gesamstädtische Einführung von NSB diskutiert werden.

Bei der *Berufsfeuerwehr* ist einerseits die Verbesserung gegenüber dem Budget von 400 000 Franken als erfreulich zu bezeichnen. Andererseits hat ein nicht umgesetzter Sparauftrag von 1 Mio Franken zu Diskussionen Anlass gegeben. Die Meinungen gingen auseinander. Diese Diskussion wird sicher bei der Behandlung des Budgets fortgesetzt werden. Weiter ist festgestellt worden, dass die Freiwillige Feuerwehr nicht in einer Produktgruppe aufgeführt ist. Es wurde angeregt, sie künftig mindestens in eine Kennzahl aufzunehmen.

Das *Jugendamt* weist trotz Sparmassnahmen von 600 000 Franken bei Nettokosten von rund 27 Mio Franken eine beeindruckend kleine Abweichung zum Budget auf. Weil die Nettokosten jedoch um 33 000 Franken höher waren als budgetiert, musste dem Jugendamt ein Malus von 25 000 Franken angerechnet werden. Diskutiert worden sind auch die hohen Mietzinse, welche das Jugendamt der Stadt für Tagesbetreuungsplätze bezahlen muss und die neu geschaffenen Kita-Plätze, die bis Ende 2003 noch durch einen Fonds finanziert werden. Es muss politisch entschieden werden, ob die Kosten für diese Plätze in die Laufende Rechnung überführt werden sollen. Ein weiterer Diskussionspunkt war das schlechte Verhältnis der Tageseltern zu Kita-Plätzen. Es sind bis heute grosse Anstrengungen unternommen worden, um neue Tageseltern zu finden und im nächsten Jahr ist eine Werbekampagne dafür vorgesehen. Beim *Gesundheitsdienst* hat die zunehmende Beanspruchung des Personals im Kampf um die immer geringeren finanziellen Ressourcen zu denken gegeben. Es wurde auch darauf hingewiesen, wie wichtig die Aufgabe des städtischen Gesundheitsdienstes im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention ist.

Bei der *Stadtgärtnerei* waren trotz Würdigung des guten Ergebnisses einmal mehr die Overhead-Kosten ein Thema. Es wurde jedoch attestiert, dass die Stadtgärtnerei verglichen mit der Privatwirtschaft konkurrenzfähig ist. Dies obwohl die Overhead-Kosten in die Berechnung einbezogen worden sind. Die Stadtgärtnerei hat ihren Sparauftrag sehr ernst genommen. Dank einer Raumverdichtung konnte sie 1,5 Mio Franken einsparen, dies jedoch auf Kosten von zum Teil bedrückend engen Platzverhältnissen. Kritische Fragen wurden auch zum Kostendeckungsgrad der Familiengärten gestellt. Es wurde auf ein Familiengartenkonzept hingewiesen, das zurzeit in Arbeit sei.

Die *Informatikdienste* haben sich im vergangenen Jahr intensiv mit dem Aufbau des Benchmarking mit verschiedenen andern Städten auseinandergesetzt. Die FIKO/GPK-Kommission wurde eingehend über die komplexen Probleme informiert, die sich beim Aufbau des Benchmarking stellen.

Bei der *Schul- und Büromaterialzentrale* hat die FIKO/GPK-Kommission einen Antrag der Delegation, der SBZ einen Bonus von 3000 Franken zu gewähren, obwohl dies vom Steuerungsdienst nicht vorgesehen war, abgelehnt. Dieser Antrag wurde damit begründet, dass die SBZ das Ergebnis gegenüber dem Budget um 67 500 Franken habe verbessern können. Die Begründung für diesen negativen Bonusentscheid war, man wolle die Spielregeln der Bonus/Malus-Berechnung nicht im laufenden Pilotprozess ändern.

Die beiden Ämter *SIB Strasse und Entsorgung* sind im Jahresbericht neu als eigenständige Ämter aufgeführt. - SIB-Strasse konnte die Nettokosten um rund 1,5 Mio Franken senken. Davon soll ein Bonus von 300 000 Franken ausgeschüttet werden. Kritisiert worden ist die Miete für Reinigungsmaschinen, obwohl der Stadtrat vor einiger Zeit eine mechanische Strassenreinigung abgelehnt hat, um Arbeitsplätze zu erhalten. Laut Gemeinderat haben diese Reinigungsmaschinen im Herbst kurzfristig zugemietet werden müssen, um die Laubentsorgung bewerkstelligen zu können. Es sei immer schwieriger, Leute für die Strassenreinigung zu finden. Deshalb werde der Gemeinderat dem Stadtrat voraussichtlich über kurz oder lang einen neuen Antrag für eine zusätzliche Mechanisierung unterbreiten. – Bei der SIB-Entsorgung handelt es sich um eine Spezialfinanzierung. Weil der Aufwand nicht ganz durch Gebühren gedeckt werden konnte, musste der Spezialfinanzierung ein Betrag von rund 880 000 Franken entnommen werden.

Rosmarie Okle Zimmermann und die FIKO/GPK-Kommission empfehlen dem Stadtrat den NSB-Jahresbericht einstimmig zur Annahme.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion GB/JA/GPB spricht *Catherine Weber* (GB). Auch die diesjährige Beratung des NSB-Jahresberichts hat gezeigt, dass in Sachen Neue Stadtverwaltung noch viele Mängel und Unklarheiten bestehen. Das Projekt NSB ist weit davon entfernt, pfeifenfertig zu sein. Auf die zuständige Kommission und die Angestellten der Stadtverwaltung wartet noch enorme Arbeit, bis NSB sämtliche technischen und politischen Anforderungen erfüllt und vor allem allen Mitarbeitenden gerecht wird. Unsere Fraktion meldete von Anfang an grösste Bedenken gegen NSB an – und das tun wir auch noch heute. Wir möchten vor allem davor warnen, NSB zu hoch zu loben, nur weil oberflächlich betrachtet bei den Informatikdiensten, der Berufsfeuerwehr und beim Strasseninspektorat Einsparungen erzielt werden konnten. Wir hegen grosse Vorbehalte gegen die Interpretation, dass tel quel ein Bonus daraus abgeleitet werden kann, dass budgetierte Stellen durch Maschinen ersetzt worden sind oder dass aufgrund einer beschlossenen Gebührenerhöhung mehr Geld eingenommen worden ist. Vielmehr müssten wir uns fragen, welche Konsequenzen dies für die Mitarbeitenden hatte und künftig haben wird, wenn budgetierte Stellen nicht besetzt werden, respektive der Druck auf die Arbeitsleistung permanent wächst. Wir stellen auch fest, dass es letztlich nicht der Übergang zu einer neuen Stadtverwaltung ist, der heute in der Verwaltung die grössten Spuren hinterlässt. Es sind vielmehr die Sparpolitik generell und die damit verbundenen strategischen Entscheide, die – NSB hin oder her – gefällt werden. Als Beispiel sei hier der Wille genannt, den Zivilschutz, bzw. den Teil, der auf dem städtischen Budget lastet, radikal zu redimensionieren, die Reformen innerhalb der Sozialdienste, die Verbesserung der Bewilligungsabläufe im Bauplanungsverfahren oder die Umsetzung einer Langsamverkehrstrategie in der Stadt Bern. Ob nun die Steuerung der Prozesse mit NSB besser ablaufen, wagt Catherine Weber zu bezweifeln, denn dazu brauche es immer politische Mehrheiten und den klaren Willen zur Umsetzung von Seiten der Verwaltung. Wir gönnen allen Piloten ihren Erfolg. Das erwirtschaftete Geld wird sicher sinnvoll angelegt und verwendet. Nur – vielleicht müsste man sich bei der Bonus/Malus-Diskussion auch einmal darüber unterhalten, dass diese Erfolge nicht losgelöst vom Ganzen gesehen werden können. Die Bonus/Malus-Strategie darf nicht dazu führen, dass jeder/jede nur an sich denkt, sich nur noch für sein/ihr Produkt einsetzt und sich um alle andern foutiert. Vielmehr sollten alle gleichermassen an einem umfassenden Projekt mitarbeiten, am Projekt eines soliden Service public für die Stadt Bern und ihre Einwohnerinnen und Einwohner. NSB darf nicht dazu führen, dass dieser Solidaritätsgedanke innerhalb der gesamten Verwaltung verloren geht. Wir haben einerseits gespart – auch auf Kosten von Stellen –, andererseits weist der Jahresbericht der Stadtverwaltung allein für das Jahr 2001 ausbezahlte Überstunden in der Höhe von mehr als 2,5 Mio Franken aus. Von 1996 bis 2001

wurden insgesamt 13 Mio Franken aufgewendet, um geleistete Überstunden auszuzahlen. Dazu kämen noch die kompensierten Überstunden. Es ist unserer Meinung nach tückisch, wenn die einen gelobt werden, obwohl sie teils nur zufällig einen Bonus verbuchen können, und andere, die keinen Bonus erwirtschaften konnten, Gefahr laufen, mit dem Label schlecht und recht gearbeitet zu haben, versehen zu werden. Solche Entwicklungen sind vor allem für den Service public gefährlich. Sie fördern die Tendenz, die solchermassen als schlecht laufend definierten Dienstleistungen auszulagern, zu privatisieren, abzugeben und nur die gut laufenden behalten zu wollen. Oder dass – wie beim SIB – laufend optimiert wird, der Druck auf die Leute ständig zunimmt und immer mehr Menschen durch Maschinen ersetzt werden. Die Frage der Steuerung sollte sich deshalb vermehrt auch um diese Problematik drehen. Kennzahlen und Belohnung von Mitarbeitenden sind das eine, die Kehrseite ist die stetig steigende Arbeitsbelastung – immer mehr Überstunden statt neue Stellen - und der nicht abnehmende Finanzdruck. Auch der Stadtrat hat gegenüber den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung eine Sorgfaltspflicht. Er täte gut daran, sich darüber Gedanken zu machen, wenn er NSB in allen Verwaltungsabteilungen einführen will. Unsere Fraktion wird dem Jahresbericht 2001 zustimmen, unsere Skepsis gegenüber NSB bleibt jedoch bestehen.

Peter Künzler (GFL) spricht für die Fraktion GFL/EVP über das inhaltliche NSB und nicht über das finanzielle NSB und auch nicht über soziale Folgen von NSB. Die Pilotprojekte sind ein lehrreiches Beispiel und eine Spielwiese zum Ausprobieren, was mit NSB möglich ist und was nicht. Wir möchten den Mitarbeitenden der Verwaltung, die für NSB sehr viel Mehrarbeit auf sich genommen haben und auch eine gewisse Experimentierlust zeigen mussten, für ihren Einsatz ganz herzlich danken. Peter Künzler findet, diese Piloten hätten einige wichtige positive Ergebnisse gezeitigt. Die Probleme sind anhand der Piloten erkannt worden und es werden nun Lösungen geprüft. Auch negative Lehren sind aus den Piloten gezogen worden – auch dies ist verdienstvoll. Ein grosses Problem ist, wie in einer Verwaltung Bonus und Malus verteilt werden sollen. Wir werden Lösungen finden müssen. Diejenigen Leute der Verwaltung, die Vorschläge gemacht haben, die auch bei den Ratsmitgliedern Konfusion verursacht haben, sie haben ein grosses Verdienst daran, dass die flächendeckende Einführung von NSB im Wissen um diese Probleme und mögliche Lösungen angegangen werden konnte.

Stephan Hügli (FDP) bestätigt, dass der Antrag der FIKO/GPK-Delegation, der Schul- und Büromaterialzentrale einen Bonus von 3 000 Franken zu gewähren, von der FIKO/GPK-Kommission abgelehnt worden sei. Es geht darum, dass die SBZ 67 500 Franken Gewinn erwirtschaftet hat und keinen Bonus erhält. Gemäss Vereinbarung im NSB-Vertrag hätte sie jedoch 35 000 Franken zugute. Stephan Hügli hat gefordert, dass 3 000 Franken ausbezahlt werden, um ein Symbol zu setzen. Letztes Jahr hat die SBZ einen Verlust von 85 000 Franken ausgewiesen, weil sie Anschaffungen für die nächsten 10 bis 20 Jahre in einem Jahr abschreiben musste, was betriebswirtschaftlich für diesen Piloten falsch war. Der SBZ wurde für diesen Verlust symbolisch ein Malus von 10 000 Franken angerechnet. Mit der Begründung, die Spielregeln sollten nicht geändert werden, lehnte die FIKO/GPK-Kommission den Antrag auf Ausrichten eines Bonus für das Jahr 2001 ab. Die Spielregeln einzuhalten bedeutete jedoch, dass dieses Jahr ein Bonus von 35 000 Franken ausgerichtet werden müsste. Richtigerweise müsste aber eigentlich für 2001 ein Bonus ausbezahlt und der Malus des Jahres 2000 auf 85 000 Franken erhöht werden. Stephan Hügli beantragt deshalb, der SBZ sei für das Jahr 2001 in Kenntnis der Dinge ein Bonus von 10 000 Franken zu bezahlen, damit sie bei Null weiterfahren könne.

Rosmarie Okle Zimmermann (SP) wiederholt, dass die FIKO/GPK-Kommission einen Antrag auf Ausrichtung eines Bonus von 3 000 Franken abgelehnt habe, da sie nach einer Diskussi-

on mit Beat Büschi zur Ansicht kam, dass die Spielregeln nicht geändert werden sollten. Sie empfiehlt dem Rat, den heutigen Antrag Hügli auch abzulehnen.

Beschlüsse

1. Der Rat lehnt den Antrag Hügli mit 39 : 10 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.
2. Der Jahresbericht NSB 2001 wird einstimmig genehmigt.

Die Sitzung wird um 16.25 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Ratspräsidentin: *Annemarie Sancar-Flückiger*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*